

Paul Georg Ertl

KRIEG - EINE POLITISCHE KATEGORIE

DIPLOMARBEIT

Zur Erlangung des akademischen Grades
Magister der Philosophie

Studium: Philosophie, Grundlagen der Psychologie und sozialpsychologische
Praxis

Universität Klagenfurt
Fakultät für Kulturwissenschaften

Begutachter: o. Univ. Prof. Dr. Manfred Moser

Institut für Philosophie und Gruppendynamik

August/2004

EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Schrift verfasst und alle ihr vorausgehenden oder sie begleitenden Arbeiten durchgeführt habe. Die in der Schrift verwendete Literatur sowie das Ausmaß der mir im gesamten Arbeitsvorgang gewährten Unterstützung sind ausnahmslos angegeben. Die Schrift ist noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt worden.

(Paul Georg Ertl)

(Krumpendorf, 20.08.2004)

ABSTRACT

Die vorgelegte Arbeit behandelt zum Ersten die Tendenzen und Interdependenzen, welche der Krieg als Begriff des Menschen tätigt und zum Zweiten in welchen Handlungsfeldern der Krieg mit der Politik verstrickt ist.

Einerseits wird auf das Opfer und die Opferung in unserer postmodernen Kultur eingegangen und der Terminus der Nachahmung, des Systems „Gesellschaft“ und deren Machtausübung als zentrale Instanz der Manifestation von Krieg, (kriegerischer) Auseinandersetzung und politischer Agitation erkannt. Andererseits werden Politik und Krieg gleichermaßen als Verstrickung mimetisch generierter und durch Opferbildung ausdefinierter Analogien dargestellt.

Es wird gezeigt, dass der Ausspruch von Clausewitz über die Form des Krieges - der Krieg sei die Fortführung der Politik - unrichtig ist. Weiters wird dargelegt, dass der Ausspruch von Foucault, der Aphorismus von Clausewitz wäre nur umzukehren ebenso unrichtig ist. Der Diskurs wird dahingehend aufgebaut, dass der Krieg sich mit der Politik systematisch gleicht. Dass die Ausformungen unterschieden werden müssen, die Systeme jedoch denselben Regeln folgen und denselben Bedingungen unterliegen.

Es wurde gefunden, dass es keinen "reinen", "totalen" Krieg gibt, genauso keine "reine", "totale" Politik. Es gibt vielmehr "eher kriegerische" und "eher politische" Zustände, welche sich in einem Wechsel bedingen, sich ablösen, später verschwimmen und zuletzt in praxi nicht mehr unterschieden werden können.

INHALT

ABSTRACT	3
EINLEITUNG	7
A) PERSÖNLICHER ZUGANG.....	7
B) ERÖFFNUNG DES THEMAS	9
B.1. IST DER MENSCH EIN „HOMO OECOMICUS“?	9
B.2. WAS IST DAS MENSCHENBILD DER „WIRTSCHAFT“?	10
B.3. IST DER MENSCH „GESELLSCHAFT“?	11
B.4. IST DER KRIEG EIN MITTEL DER POLITIK?.....	12
B.5. STELLT DAS OPFER EIN POLITISCH-ÖKONOMISCHES MITTEL DAR?.....	13
B.6. IST DER KRIEG EIN MACHTFAKTOR DER POLITIK?	14
ANTHROPOLOGIE DER GEWALT.....	16
1.1. DER MENSCH UND DAS OPFER.....	16
1.2. „OPFERUNG“ IST SAKRALES AGENS	17
1.2.1. VERMITTLUNG ZWISCHEN TÄTER UND OPFER	19
1.2.2. DER OPFERKULT	20
1.2.2.1. Gewalt und Versöhnung in der Opferung	22
1.2.2.2. Ritus und Einheit des Opfers	23
1.3. NACHAHMUNG ALS ZENTRALER TERMINUS RITUELLEN AGIERENS.....	25
1.3.1. DAS OPFER IST MIMESIS DER „GRÜNDUNGSGEWALT“	25
1.3.2. DER RITUELLE STREIT KANALISIERT DIE GEWALT	27
1.3.3. DER RIVALE ALS URHEBER DES MIMETISCHEN BEGEHRENS	28
1.4. DIE EINHEIT ALLER RITEN AM BEISPIEL DES KRIEGES	30
1.4.1. DIE PRÄMISSEN DES KRIEGES SIND WANDLUNGEN	31
1.4.1.1. Hass und Feindschaft.....	31
1.4.1.2. Zufall und Wahrscheinlichkeit.....	31
1.4.1.3. Politisches Werkzeug	32
1.4.2. ABFOLGE UND FASZINATION DES STREITES ALS BEZIEHUNG	33
1.4.3. DER INNERE FEIND.....	35
1.4.4. DER ÄUßERE FEIND.....	36
KRIEG ALS DISKURSIVE MACHTSTRUKTUR	38
2.1. KRIEG ALS DISKURSFORM.....	38
2.1.1. POLARITÄT IST STABILISATOR DER KRIEGERISCHEN HANDLUNG	38
2.1.2. AUSWAHL IST DISKURSKRITERIUM	39
2.1.3. LOKALE KRITIK UND UNSICHERHEIT	39

2.1.3.1. Kritik generiert Unsicherheit	40
2.1.3.2. Unterworfenen Wissen	41
2.1.4. HISTORISCHES WISSEN VOM KAMPF	42
2.1.5. GENEALOGIE DER KÄMPFE	43
2.1.6. DER KAMPF IM DISKURS.....	43
2.2. DIE MACHTSTRUKTUR DES KRIEGES	46
2.2.1. DIE MACHT IST FORTFÜHRUNG DES KRIEGES.....	46
2.2.2. MACHT ALS MEDIUM DES KRIEGES	46
2.2.2.1. Wahrheit als machtgenerierendes Mittel	48
2.2.2.2. Konstitution der Gewalt in Machtverhältnissen.....	49
2.2.3. KONSTITUTION DER MACHT UND MACHTVERHÄLTNISSE	50
2.2.4. RECHT UND DISZIPLIN ALS VOLLZUGSMECHANISMEN DER MACHT	51
2.2.6. EINSATZ VON GENEALOGIE UND REPRESSION	53
2.2.7. MACHT UND KRIEG.....	55
2.2.7.1. Die historischen Subjekte der Macht.....	55
2.2.7.2. Gewalt als Machtmedium	55
2.2.7.3. Machtnutzung im Krieg.....	56
2.3. GESETZ UND NORMIERUNG IM KRIEG	57
2.3.1. RECHT UND GRENZE DER MACHT	57
2.3.2. GESETZ, HERRSCHAFT UND UNTERWERFUNG	59
2.3.2.1. Die Nation als Generierung von Herrschaft.....	59
2.3.2.2. Gesetzeskraft als Unterwerfungsstrategie.....	60
2.3.3. SOUVERÄNITÄT ALS DISZIPLINIERUNG UND NORMIERUNG	61
2.3.3.1. Souveränität und Disziplin	62
2.3.3.2. Souveränität und Norm.....	62
2.3.4. GESETZ UND KRIEG	64
2.3.4.1. Rassismus als Legitimation	65
2.3.4.2. Bio-Macht ist Disziplinierungsinstrument.....	66
2.3.4.3. Machtmittel des Krieges	67
<u>GEWALT UND HERRSCHAFT IM POLITISCHEN SYSTEM</u>	<u>69</u>

3.1. GEWALT IN DER POLITIK	69
3.1.1. KONFLIKTE IM POLITISCHEN SYSTEM.....	70
3.1.2. MACHTBEZIEHUNG UND GESELLSCHAFTSSTRUKTUR.....	71
3.1.2.1. Unsicherheitsabsorption als Bindungsmodus.....	72
3.1.2.2. Herrschaftsoperatoren im System	74
3.2. KAMPF ALS BEGRIFF DES STAATES.....	75
3.3. STAAT, NATION UND POLITISCHES SYSTEM.....	76
3.3.1. AUSSDIFFERENZIERUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS.....	77
3.3.1.1. Macht in der Systembildung	77
3.3.1.2. Operative Schließung des politischen Systems	79
3.3.2. STAAT, NATION UND NATIONALSTAAT	80
3.3.2.1. Staat ist Selbstbezeichnung politischer Ordnung.....	81
3.3.2.2. Militarismus ist Legitimation von Staatsgewalt	81
3.3.3. DIE NATION IST TRENNUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT	82

3.3.4. NATIONALSTAAT IST NEGATIONSUNMÖGLICHKEIT VON DIFFERENZ.....	84
3.4. DIE POLITISCHE ORGANISATION	85
3.4.1. ORGANISATION ALS HISTORISCH GEWACHSENES BEDÜRFNIS	86
3.4.2. ORGANISATION IST ENTSCHEIDUNGSKOMPETENZ	87
3.4.3. POLITISCHE PARTEI ALS EVOLUTIONÄRER DISSENS	88
3.4.3.1. Zentrum und Peripherie als Entscheidungsfaktoren	89
3.4.3.2. „Lobby“ als interne Unterscheidung.....	90
3.4.3.3. Entscheidungslosigkeit ist Dissenskriterium.....	91
3.5. POLITISCHE EVOLUTION.....	92
3.5.1. FESTSCHREIBUNG VON POLITIK	94
3.5.1.1. Politik braucht ein differenziertes Sozialsystem	94
3.5.1.2. Politische Rollen mit Nachfolgebedarf.....	95
3.5.1.3. Zentralismus durch Variation.....	95
3.5.2. HERRSCHAFT ALS POLITISCHER STABILITÄTSFAKTOR.....	96
3.5.3. KONTINGENZ DURCH REVOLUTION.....	98
<u>CONCLUSIO UND AUSBLICK.....</u>	<u>100</u>
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	<u>105</u>

EINLEITUNG

A) PERSÖNLICHER ZUGANG

Die Motivation zu dieser Arbeit gründet im speziellen in der Frage: Was beherrscht unser Denken und Handeln?

Erst in extremen Situationen können Gruppentrieb, Massentendenzen und ähnliche, wie in den Wissenschaften beschriebene, typisch menschliche Eigenschaften deutlich hervortreten. Hier wiederum tritt die Besonderheit des Streites in Form sozialer, zwischenstaatlicher und generalisierter „Kampfhandlungen“ auf den Plan. Der Krieg als extremster Faktor der politischen Möglichkeiten hat in seinen praktischen Ausprägungen eine interessante und durch populäre Darstellungen sogar faszinierende Eigenschaft. Wer kennt nicht die Bilder der letzten Dekade aus dem ehemaligen Jugoslawien, den beiden Golfkriegen der USA, in welchen der Krieg bis in unsere Wohnzimmer vorgerückt ist? Die Faszination, die von einem solchen „Spektakel“ ausgeht, ist allerdings nicht alleine mit „Blutdurst“ oder Medienpräsenz zu erklären. Vielmehr dürfte es sich hier um eine eigenartige Form von „Performance“ der kriegstreibenden Nationen handeln, verbunden mit relativ starken Interessen des Kapitals. Die Möglichkeit einer Verstrickung zwischen den Interessen von politisch handelnden Personen und der „Notwendigkeit“ Krieg zu führen ist in den letzten Jahren besonders stark kenntlich geworden. Dies impliziert auch die von Clausewitz'sche Formulierung der Weiterführung der Politik, welche der Krieg darstellen soll. Es stellt sich hier für den Autor jedoch die Frage, ob nicht Michel Foucault Recht behält, wenn er diesen Aphorismus umkehrt. Ist nicht der Krieg der ursprüngliche Zustand, aus dessen Überwindung sich Politik generiert? Braucht es in menschlichen Beziehungen nicht die „Abgrenzung“ vom jeweils Anderen? Wie verhält es sich mit der Wechselbeziehung von Mensch, Gesellschaft, Krieg und Politik? Sind es nicht die Opfer, die das Interesse und

die Faszination des „Events Krieg“ ausmachen? Inwieweit ist es möglich Verbindungen zwischen Krieg und Politik zu erkennen und welche kategorischen Unterschiede gibt es?

Der Themenkomplex streift nicht nur Gewalt, Aggression und Zerstörung. Assoziiert werden auch Gefühl, Liebe und Eros. Die Ambivalenz der Betrachtung liegt in vorliegender Arbeit bei den verschiedenen Zugängen der behandelten Autoren sowie in der Herangehensweise überhaupt.

Der Autor ist selbst in einer Institution tätig, die sich originär mit dem Thema Aggression, Gewalt und Krieg auseinandersetzen muss. Das österreichische Bundesheer hat, wie die meisten Armeen der Welt, ebenso eine „Rechtfertigungstendenz“, welche die oben gestellten Fragen nicht oder nur unzureichend beantwortet. Wiederum aus diesem beruflichen Spannungsfeld eröffnet sich das Interesse des Autors.

B) ERÖFFNUNG DES THEMAS

B.1. Ist der Mensch ein „homo oeconomicus“?

Die Gesellschaft wird heute in wesentlichen Bereichen von der Ökonomie beherrscht. Dabei ist die Herrschaft derselben nicht allein in kapitalistisch-ökonomischen Machtgewinnungs- und Machterhaltungstendenzen zu sehen, sondern vielmehr als „Chrestomanie“¹ – sozusagen verselbstständigte Handels- und Kapitalinteressen gegen die Bedürfnisse der Menschen und deren Befriedigung. Dies ist das bestimmende Element der Ökonomie im heutigen Zusammenhang.

Karl Marx kommt im Kapital auf das „Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ zu sprechen, in dem er den Einfluss des Kapitalwachstums auf die Arbeiter ausführt. Er etabliert hier den Begriff der „relativen Übervölkerung“ in welchem sich die Bevölkerung (Arbeiterklasse) immer weiter selbst reproduziert und somit eine „industrielle Reservearmee“ aufbaut. Dieser Dominanz ökonomischer Prinzipien über anthropologischer Duldsamkeit kann sich nur aus der Entfremdung des Arbeiters von seiner wie auch immer gearteten biologischen Funktion erfüllen. Der Arbeiter als Produktionsfaktor? Der Mensch als Ware, als „Menschenmaterial“?² (MARX, 2001, S. 657ff.)

¹ Der Begriff „Chrestomanie“ rekrutiert sich aus dem Begriff der „Chrestonomie“ bei Aristoteles, die er in Gegensatz zur Ökonomie stellt. Die eine bezeichnet den Erwerb von Geld und die Anhäufung von Reichtum, die andere die Haus- und Staatsverwaltung. Chrestomanie taucht in diesem Zusammenhang bei den verschiedensten Autoren auf. Nach unserer Überzeugung ist hier gemeint, dass die Verselbständigung des Kapitals proportional zur „Nicht - Bedürfnis – Befriedigung“ wächst.

² Marx, 2001, S.657ff. Karl Marx beginnt hier im dreiundzwanzigsten Kapitel über eben diesem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation beim Einfluß des Wachstums auf das Kapital. Dieses bestimmt das Geschick der Arbeiterklasse, die demnach nicht mehr unter typisch menschlichen Gesichtspunkten betrachtet wird, sondern nur mehr als Faktor der sich selbst überholenden Produktion.

Marx zeigt deutlich, dass Bedürfnisse generiert werden können und diese werden heute in weit stärkerem Ausmaß beeinflusst, um dem (ökonomischen?) Ziel „Gewinnmaximierung“ näher rücken zu können. Über diese Maximierung von „Gewinn“ in unserer Gesellschaft wird im Verlauf dieser Arbeit noch zurückzukommen sein.

Die Gesellschaft wird hier als „bedürfniszentriert“ und in höchstem Maße den wirtschaftlichen Interessen untergeordnet dargestellt.

Hier stellt sich auch die Frage, inwieweit unser Wirtschaftsliberalismus die Bedürfnisse generiert oder diese zu befriedigen versucht. Gelingt der „new economy“ eine effektive und bedürfniszentrierte neu etablierte Ordnung? Ist es überhaupt möglich in diesem Sinn ein System zu etablieren, welches ohne mannigfache Gewaltanwendung gegen einen einzelnen oder Gruppen auskommt? Oder stellt sich heraus, dass Bedürfnisse bewusst verändert werden, um oligarchisch organisierten Strukturen dienlich zu sein?

B.2. Was ist das Menschenbild der „Wirtschaft“?

Das Menschenbild, welches innerhalb unseres sozialen und politischen Systems etabliert ist, kann unverhohlen als „fatalistisch-degenerativ“ bezeichnet werden. Der Mensch wird als Gegner seiner selbst definiert, ja ihm muss in vorderster Linie ein dem Anderen feindlich gesinntes Wesen zugeschrieben werden, wenn man die Möglichkeit der Manipulation in Betracht kommen lässt. Hier ist nicht die Möglichkeit verschiedener einzelner Menschen einander zu hintergehen gemeint. Im Gegenteil ist mit dieser Manipulation etwas viel diffizileres und subtileres - etwas in beängstigendem Maße bereits internalisiertes - zu verstehen. Es gelten die „Regeln“ der Werbung, Nachahmung und „Gleichschaltung“. Das Hobbes'sche „Homo hominis lupus“ – schlage den Anderen, bevor er Dich schlägt! Es bedingt eine ambivalente Sichtweise des Individuums, des Individuellen überhaupt. Der Mensch wird einerseits als entscheidungsfähig, im Wesentlichen freien Willens und unbeeinflussbar geschildert, andererseits wird ihm im Rahmen von Werbung,

Nationalstaat (im herkömmlichen Sinn) und politischer Agitation jedwede Verantwortlichkeit genommen. Ja es geht dem Manipulator geradezu augenscheinlich darum: Liberalität wird vorgespielt, die eigentlich nicht vorhandene Individualität wird propagiert. Dagegen werden beinahe durchgehend Mittel angewandt, welche sich, bewusst oder unbewusst, mimetischer Werkzeuge bedienen.

Die mimetischen Verstrickungen werden in der Folge auf zwei Ebenen wirksam: zum einen wird, wie in der Werbung propagiert und von den Menschen angenommen, gezeigt, dass ein Individuum besser, reicher oder schöner sein muss, als es augenscheinlich notwendig ist. Durch Generierung von Bedürfnissen durch die Medien (seien es alte oder neue) wird eine Nachahmung gefördert, die als Ziel zu haben scheint, dass dieses im Werbebild gestellte Ideal unbedingt erreicht werden muss.

Die Menschen werden so in einen Konkurrenzkampf gedrängt, in welchem es darum geht, den Anderen zu übervorteilen, überholen oder zu verdrängen.

Erst wenn es sicher erscheint, den Anderen als Konkurrenz ausgeschaltet zu haben, erlebt das Individuum den Triumph, ihn überholt zu haben, nicht mehr auf derselben Stufe mit „Dem da“ zu sein.

Im gleichen Atemzug jedoch, in dem der Überholte vom Sieger verdrängt wird, weil er nicht mehr als Gefahr erkannt wird, erscheint schon der nächste Konkurrent auf der Bühne und das Spiel beginnt wie in einem Teufelskreis von neuem.

Nachahmung und Rivalität, Triumph und Verdrängung, die Triumphierenden die Augen abgewandt von den Überholten und Verdrängten. Das sind die Eckpfeiler, auf der sich unsere Gesellschaft fundamental abzustützen scheint.

B.3. Ist der Mensch „Gesellschaft“?

Betrachten wir diesen Vorgang etwas genauer, so zeigt sich klar, dass der Mensch sehr wohl anders gesehen werden muss, als die so genannte „Wirtschaft“ uns glauben machen will.

Der Mensch ist in diesem Zusammenhang ein bis ins Extrem von Gesellschaft determiniertes Wesen und in diesem Sinn als Einzelnes und Unabhängiges, wenn überhaupt nur in geringstem Umfang zu denken.

Die korrekte Spezifikation im Gegensatz zur herrschenden müsste im Gegenteil so lauten: *Der Mensch ist als Individuum überhaupt nur als Gesellschaftswesen denkbar, welches in Wechselwirkung und Verstrickung mit der Sozietät (und möglicher parallel existierender Sozietäten – denn diese bestimmen die Gesellschaft im großen) agiert und nur so agieren kann. Die Natur des Menschen zielt somit darauf ab, sich über den Anderen zu definieren. Die „Eigendefinition“ aus innerer Stärke oder eigenem Willen ist nur eine Fiktion, welcher sich der einzelne - wegen dem nicht zugeben wollen der eigenen Verstrickung ins „Allgemeine“, in die Gesellschaft - als Abwehrmechanismus bedient.*

B.4. Ist der Krieg ein Mittel der Politik?

Diese Abwehrhaltung wird des weiteren (oft unbewusst) von den meisten Menschen geteilt, sei es aus Kalkül (eines Zieles wegen, aus Angst vor Repressalien der vorherrschenden Meinung ...) , oder der Unwissenheit – dem „Mitschwingen“ mit dem Konglomerat der Masse von so genannten „Individuen“. Hier zeigt sich auch der Bedarf, sich gegen den Anderen abzugrenzen: Es werden in unserer Gesellschaft (auch in anderen, jedoch auf andere Weise und in keinem Fall in dieser Masse) immer wieder Einzelne und Gruppen ausgeschlossen, sozusagen „hinauskomplimentiert“, um sich als „Erfolgreich, der Wahrheit mächtig und somit als gut bewertet“ zu definieren. – Ein Ausfluss dieser Geisteshaltung ist unter anderem der Einsatz der internationalen „Friedenstruppe“ im ehemaligen Jugoslawien, welcher unter dem Vorwand des Schutzes der „richtigen“ Werte und der „Menschlichkeit“ legitimiert wurde.

Dies stellt wiederum einen politischen, wenn nicht gar universellen Anspruch dar: Nimm meine Geisteshaltung an, sonst werden wir dich vernichten.

Ist der Krieg hier Mittel der Politik? Ist er nicht vielmehr Selbstzweck? Die Frage brennt und erscheint als die zentrale Kategorie: Ist der Krieg der Auslöser für die Politik? Oder ist es nicht vielmehr umgekehrt? Auch das ist ein Teil der Frage, die der Autor hier aufzuwerfen versucht.

B.5. Stellt das Opfer ein politisch-ökonomisches Mittel dar?

Ein anderes Mittel, ist das Geld als modernes Herrschaftsmedium. In Ansehung der substantiell-magischen Funktion, welche dem Geld (der praktische Wert ist de facto gleich Null, über den Ästhetischen kann man streiten...) in unserer Gesellschaft zugeschrieben wird, ist es ein üblicher Faktor Erfolg zu beschreiben. In dieser Gesellschaft, in welcher Erfolg gemessen wird an „Überwindung des Gegners“ oder als „Mehrverdienst“ ist das Geld ein brauchbares Mittel des Vergleiches zwischen den Menschen. Andererseits sind die Mittel, die zur Herrschaftserhaltung in politischer Hinsicht notwendig werden, immer geringer. Die Opfer der modernen Gesellschaft werden als die „Grenze“ der Expansion beschrieben und sind doch nur die nächste Welle von Material zur Festigung der Herrschaft durch Ausgrenzung, Opferung und einer immer stärker werdenden politisch-ökonomischen Machtausübung und deren Festigung.

Die Rolle des Opfers wird hier ebenso zentral darzulegen sein, wie die des Täters und der Bedeutung derselben für den Menschen in anthropologischer Hinsicht.

Welche These steckt nun hinter der Aufbereitung und Manifestation von Täter, Opfer, Gewalt, Konflikt in der Gesellschaft? Welche sind die grundlegenden Tendenzen, die sich im Hintergrund bedeckt halten? Unausgesprochen und dennoch jedem in gewisser Weise bewusst?

Hier kommt wieder die Politik ins Licht unserer Betrachtungen:

B.6. Ist der Krieg ein Machtfaktor der Politik?

Die Wirtschaft sowie die Politik geben im Tandem die Parole aus, dass alles knapp bemessen ist. Dies gilt einerseits für Waren (Güter) genauso wie für personalisierte Modalitäten (Zeit, Freiheit, ...).

Der Politik kommt nun als „Hüterin der Wirtschaft“ die Aufgabe zu, im Rahmen der sozialen und gesetzlichen Gegebenheiten Sozietäten zu führen. Notwendigenfalls mit Gewalt, Krieg oder ähnlichen Repressalien. Analog der von Clausewitz'schen Formulierung der Krieg sei die Fortführung der Politik, nur mit anderen Mitteln.

Focault dagegen dreht den Aphorismus von Clausewitz um und behauptet, die Politik sei die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln

Nun stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten der Einflussnahme der Politik bleiben? Welche Interdependenz steht zwischen kriegerischem und politischem Handeln und wie „funktioniert“ diese?

Hier beschneidet auch die Möglichkeit der Internationalisierung des Kapitals als „Globalisierung“ maßgeblich den Einsatzraum der Politik. Die Nationalstaaten werden in zunehmenden Maß an regionales „Krisenmanagement“ und Befriedung für die immer stärker dominierende Ökonomie verwendet. In den meisten Fällen stabilisiert die reale Politik somit nur die ökonomischen Machtverhältnisse. Sie wird in immer zunehmenden Maße von der Gesellschaft und ihren Verstrickungen geformt. Wechselwirkungen zwischen Individuen (gemeint sind hier die interagierenden Menschen und ihre Abhängigkeit voneinander als partielle „Eigentlichkeit“) weiter ausgebildet. Nur über bereits in die Erfahrung der Menschen eingegangene Möglichkeiten werden hier auch tatsächlich die Entscheidungen getroffen. Gleichgeschaltete Interessen bedingen sozusagen den Weg, welcher einzuschlagen ist. Die globalisierte Gesellschaft muss hier durchaus mit Luhmann als „weltweites Kommunikationssystem“ verstanden werden. Die Funktion des Staates und dessen Bedeutung im 3. Jahrtausend ist eng verwoben mit diesem „Kommunikationssystem“ globale Gesellschaft.

Die Funktion der Kommunikationssysteme besteht in eben der Kommunikation zwischen denselben.

In Abgrenzung davon, wenn nicht sogar in Opposition zur Kommunikation stellt sich nun die Kooperation. Das Luhmann'sche Kommunikationssystem kommt somit auch ohne Kooperation aus, die allerdings im allgemeinen Lebensvollzug in praxi nicht ausgeschlossen werden kann.

Als Weiterführung von Luhmanns Theorie bietet sich eine andere Sicht von „Staatlichkeit“ und „politischer Führung“ an: Im Sinne des Verlustes des Staatsgebietes als staatsgenerierendes Faktum bleibt die Überlegung der „Entweltlichung“ des Staates und der Manifestation eines „Staates des Geistes“. Die Frage ist in einem dialektischen Verhältnis immanent: Nimmt man an, der Staat der Zukunft braucht keines der üblichen Staatsprinzipien, so ist weiter zu überlegen, ob es nicht schon lange solche „Staaten“ gibt, bzw. inwieweit diese Staaten in einer globalen Gesellschaft bereits als „Interessensgemeinschaften“ und Machterhaltungsfaktoren denkbar sind.

Nimmt man nun den Staat als besonderes, symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium, bleibt die Frage, wie denn die Machterhaltung und Konfliktbewältigung darin funktionieren, beziehungsweise entwickelt werden.

Auch wenn einzelne Menschen sich innerhalb dieses Einflusses abzugrenzen versuchen, kann eine bestimmte Position niemals klar festgemacht werden. So zeigt sich auch in einer solchen Beziehung (und hier entfernen wir uns von der Luhmann'schen Position!) der mimetische Charakter des Menschlichen.

Dies sind die Gedanken, welche der Autor der vorliegenden Arbeit zu Grunde legt. In diesem Spannungsfeld, vor allem des Krieges und der Politik, bewegt sich die Thematik und wird aufgeworfen.

Kapitel 1

ANTHROPOLOGIE DER GEWALT

1.1. Der Mensch und das Opfer

Um auf den Krieg und seine Verstrickung mit der Politik eingehen zu können, muss zuerst auf das typisch menschliche eingegangen werden, ohne das es beides nicht geben würde. Die Ausformungen des Krieges und der Politik werden nach menschlichen Gesichtspunkten bewertet und dargestellt. Die (scheinbare) Differenz, die sich aus den verschiedenen Betrachtungswinkeln ergibt, kann nur verstanden werden, wenn der Mensch als Betrachter des Szenarios in unser Blickfeld rückt. Ja, man muss den Menschen zuschreiben, beide Szenarien in der Auseinandersetzung mit Gesellschaft zu etablieren und überhaupt zu generieren.

So war und ist es in archaischen Gesellschaften Brauch, Menschen- und Tieropfer zur Besänftigung der Götter, zum Erbitten von Jagd-, Liebes- und auch Kriegsglück darzubieten. Doch in unserer postindustriellen Gesellschaft ist es verpönt (nicht tabu, doch dazu später!) ein Lamm, ein Huhn oder gar einen Menschen auf einen Opfertisch zu legen und diesem mittels eines Ritus das Leben zu nehmen. Im Gegenteil wurde die Opferung von Tieren und Menschen durch mannigfache zivilisatorische Prozesse in eine viel subtilere Form verwandelt. Nicht mehr der reale – lethale – Tod steht im Vordergrund einer Opferung, sondern der soziale – pecuniäre – „Tod“. Die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis, Mobbing und ähnliches bedingen die „zeitgemäße Opferung“. Sei es als Abgrenzung vom jeweils Anderen oder der Verstärkung des Eigenen.

Auch sind die Menschen der Postmoderne durch Verschleierung der Riten unempfindlich gegenüber dem Opfer und dessen Rezeption geworden. Es ist schon so alltäglich, dass Opfer in nächster Nähe passieren, sodass man gerade noch wahrnimmt, wenn es bei einem Selbstmordanschlag, einem

Erdbeben oder einer Überschwemmung Tote - „Opfer“ - gibt. Das Opfer innerhalb der Gesellschaft, welches in das Leben der einzelnen Menschen direkt und in das der Gesellschaft nur indirekt eingreift, wird jedoch kaum wahrgenommen.

1.2. „Opferung“ ist sakrales Agens

In vielen Ritualen kommt das Opfer auf sehr gegensätzliche Weise zum Ausdruck. Das eine Mal stellt es sich als zutiefst heilige Sache dar, das andere Mal als Verbrechen, welches zu unterlassen eine gravierende Nachlässigkeit darstellen würde. Diese müsste danach ebenso streng, vielleicht noch strenger, geahndet werden, als die Unterlassung des Opfers.

Das Opfer hat den Charakter des Heiligen, das zu töten als Sakrileg angesehen wird. Andererseits gilt das Opfer nur dann als Opfer und heilig, wenn es der Tötung dient. In diesem ambivalenten Feld liegt die Problematik der Opferung und des Opfers überhaupt.¹

Die Opferung birgt immer den Begriff der Gewalt in sich. Und dagegen gibt es in jeder Sozietät kaum Gewalt, welche sich nicht auf das Opfer beruft. Sei es bewusst oder unbewusst. Sie ist sozusagen Instanz dessen, das Opfer zu zerstören und dadurch zur Gewalt „legitimiert“.

Weiters muss das Opfer ein Geheimnis in sich tragen. R. Girard geht gar so weit, das Opfer als „Stellvertretung“ des Mordes zu bezeichnen und die beiden Termini gleichzusetzen. Wird das Opfer nämlich weitestgehend oder gänzlich auf symbolischer Ebene erklärt, kann die innewohnende Bedeutung auf vielfache Weise gedeutet werden, was beinahe an Beliebigkeit grenzt.

Er baut dahingehend den Diskurs auf praktischer Ebene auf, denn: „Im Bereich des Opfers gibt es keine Selbstverständlichkeiten.“²

Wenn ein Opfer erwählt wird, kann sich aufgestaute Aggression an ihm entladen. Die gewalttätige Stimmung hält allerdings eine Weile an. Ist das

¹ Girard, 1999, S.9.

² Girard, 1999, S.10.

Opfer nun nicht zugegen, wird ein neues, ein „Ersatzopfer“ gesucht. An diesem Ersatzobjekt wird kurzerhand die Aggression befriedigt.

Girard stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob das Ritualopfer nicht auf einer ähnlichen, gegenläufigen Stellvertretung beruht. So ist es auch denkbar, dass mit der Darbringung von Tieropfern die Gewalt von bestimmten, zu schützenden Individuen abgewendet wird, um sie auf andere, nicht so wichtige Individuen zu richten, deren Tod ebenfalls weniger wichtig ist.¹

Erwähnenswert erscheint auch die Tatsache, dass die Ersatzopfer immer eine Ähnlichkeit mit dem eigentlichen Opfer aufweisen müssen, um die Gewalt zu überlisten.

Hier stellt sich die Ansicht von C. F. von Weizsäcker entgegen, die das menschliche Verhalten in aggressiver Ausformung nur als „Kampf der Wahrheiten...“ sieht und die „friedlose Konfliktaustragung... seine Friedlosigkeit meist aus der Angst nährt.“²

Diese Ansicht im Gegenzug zu der von Girard bekräftigt nunmehr die These, dass, wenn man die Gewalt oder das Opfer in die Symbolik oder ins Ideelle verschiebt, Probleme nicht beseitigt werden, sondern in einem dialektischen Verhältnis eine Verdoppelung erfahren und endgültig unlösbar werden. Danach kann vieles gesagt werden, was allerdings nicht überprüft werden kann.³

¹ Girard, 1999, S.11.

² Weizsäcker, 1977, S.42.

Der genaue Text in diesem Zusammenhang lautet: „Friedenserziehung besteht darin, jedem Menschen dazu zu helfen, dass er die ihm zugängliche Wahrheit wirklich lebt. Dies führt aber auch zu der Kraft, diesen Kampf selbst friedlich, also schon im Licht einer erst geahnten höheren Wahrheit auszutragen. Angst ist die begründete Furcht vor der eigenen Unfähigkeit zum Frieden, und der friedlose Konfliktaustragung nährt seine Friedlosigkeit meist aus der Angst.“

³Von Weizsäcker begibt sich hier leicht verständlich in eine idealisierende Position, in welcher durch die oben genannte „Verschiebung“ viel theoretisiert werden kann, die praktischen Formen der Aggressionsbefriedigung jedoch vollkommen unzureichend beantwortet werden.

1.2.1. Vermittlung zwischen Täter und Opfer

Gewalt wird oft als „irrational“ bezeichnet, obwohl es ihr nicht an Gründen fehlt, auszubrechen. Die menschliche Geschichte, Literatur und Gesellschaft geben genügend Beispiele dafür. So ist „der Jude“ schuld an der Missernte, die „Al Kaida“ an der katastrophalen Wirtschaftslage, am schlechten Wetter... Oder der Außenseiter, welcher hinausgeworfen wird, um sich gegen ihn abzugrenzen, eine Gruppe zu bilden.

Dieselbe Gewalt ist es aber auch, die die Opferung definiert. Das Opfer wurde immer als Vermittler zwischen dem Menschen und einer, wie auch immer gearteten Gottheit gesehen. In unserer Zeit spielt allerdings das Blutopfer wenn überhaupt eine nur mehr marginale Rolle. Die Struktur jedoch, welche hinter der Opferbildung steht, ist immer noch intakt und wird gerade wegen unseres säkularisierten Wissens geleugnet. Die Gottheit wird heute ausgeklammert und nur mehr das Opfer besprochen. Der Opfervorgang setzt jedoch immer eine Gottheit voraus, was zum Verkennen der Struktur der Opferung führt.

„Von Gott wird angenommen, er fordere Opfer; im Prinzip freut er sich nur am Rauch der Ganzopfer; er allein verlangt nach dem auf den Altären aufgetürmten Fleisch.“¹

Bei der Opferung im anthropologischen Sinn ist es auch unerheblich, ob das Opfertier tatsächlich ein Tier ist. Diese Funktion kann ebenso gut von einem Menschen übernommen werden. Das es allerdings in praxi eine Teilung innerhalb der Opferkategorien gibt, zum Beispiel Mensch – Tier, hat nun selbst wieder Opfercharakter. Sie beruht nämlich auf einem Werturteil. Dieses besagt, dass gewisse Opfer, hier vor allem die Menschen, zur Opferung besonders ungeeignet sind, während andere, die Tiere, als Opfer außerordentlich geeignet seien.

¹ Girard, 1999, S.17.

Diese Unterteilung gibt jedoch nicht den Menschen als potentiell Opfer auf. Sie bedient sich nur eines Kunstgriffes, das Menschenopfer in „Vergessenheit“ geraten zu lassen und dennoch im Hintergrund beizubehalten.

Insgesamt ist die Stellvertretung durch dieses „Zwei-Kategorien-Schema“ allerdings immer willkürlich gewählt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass alle Opfer, auch Tieropfer in irgendeiner Weise denjenigen gleichen müssen, an deren Stelle sie treten.¹

Es wird mit der Opferung also Gewalt verschoben. Sie wird kanalisiert, um im sozialen Rahmen keine negativen und zerstörerischen Tendenzen freizusetzen.

Ziel dieser Kanalisierung von Gewalt ist eine Form von „gütlicher Einigung“ ohne sich in direkten Kontakt einer der beiden Streitparteien (sei es Person und Naturgesetz, sei es Einzelner und Gesellschaft) zu begeben. Die Abführung der Gewalt erfolgt somit auf sehr primitiver Ebene.

Die eigentliche gütliche Einigung ist erst im Rahmen einer Weiterentwicklung des Opfergedankens möglich. Erst wenn die scheinbare Gefahr nicht mehr von den „nicht gerächten Opfern“ ausgeht, wie von primitiven Gesellschaften mit Opferkult belegt ist, sondern die Basis geschaffen wurde, in direkter Auseinandersetzung miteinander zu argumentieren, ist eine solche Einigung ohne Blutopfer möglich.

Die Fortführung und der Abschluss des Einigungsgedankens wäre hier eine von der Sozietät anerkannte Gerichtsbarkeit, welche sich bereits auf entwickeltere Gesellschaften beziehen muss (siehe auch: Kap. 3.2.).

1.2.2. Der Opferkult

Alle Mittel, die die Menschen je als Schutz vor eigener Rache, Aggression, etc. eingesetzt haben, kann man mit Girard in drei Kategorien einteilen, welche hier auch in der Reihenfolge ihrer Wirksamkeit aufscheinen²:

¹ vgl. Girard, 1999, S.23f.

² vgl. Girard, 1999, S.36ff.

1. Präventivmaßnahmen, die alle auf opfergebundene Abführung des Rachegedankens zielen
2. Maßnahmen zur Dosierung und Erschwerung der Rache durch „gütliche Einigung“ (politische Einigung)
3. Das Gerichtswesen als wiederherstellende Instanz.

Die Weiterentwicklung der Opferproblematik bedeutet hier nicht, dass es in letzter Instanz keine Opferung mehr gibt. Im Gegenteil ist das Opfer und der Opferkult immer noch vorhanden, wenn auch in ritualisierten und institutionalisierten Vorgängen.¹

Die verschiedenen Opferungsformen und der Kult dazu sind in der einfachen, primitiven Opferung offenkundig als wiederherstellendes Verfahren zur Zügelung der Rache bestimmt. Spätere Ausformungen werden immer stärker latent, weniger sichtbar, ja sogar geheimnisumwittert. Damit werden sie aber immer effizienter, je subtiler ihre Ausformungen sind.

Das System funktioniert also umso besser, je weniger man sich dessen bewusst ist.²

Am Wesen des Opferkultes ändert sich somit auch im Verlauf seiner Entwicklung nichts. Auch wenn unser „zivilisiertes“ System - das Gerichtswesen - uns rationaler erscheint, ist es dennoch so, dass es dem Racheprinzip konsequenter entspricht, als das primitivere. Die Konsequenz, mit welcher auf Bestrafung des Schuldigen bestanden wird, hat hier keinen anderen Sinn, als die Rache zu rationalisieren. So gelingt eine Abspaltung und Begrenzung derselben und damit eine äußerst wirksame Wiederherstellung. Erst in zweiter Instanz gilt es, Gewalt vorzubeugen.

¹ Siehe dazu auch Kap. 2.1. sowie Kap. 3.1. bis 3.3.2.

² vgl. Girard, 99, S.37.

Die Verfahren, mit denen die Menschen ihre Gewalttätigkeit mäßigen, sind somit äußerst ähnlich, nämlich insofern jedes die Gewalt benötigt, das eine die Göttliche, das andere die Staatliche.

Es gilt mit dem Opfer die jeweilige kulturelle Ordnung, den Kontext des Opfers zu bewahren. Die Rangordnung zwischen opferfähigem und nicht-opferfähigem, auch wenn es nur ein gradueller Unterschied ist, macht die Zuordnung der Menschen in ihren Beziehungen zueinander erst möglich. Diese Ordnung gibt erst den Sinn innerhalb eines hierarchischen und organisierten Ganzen. Nur mittels dieser Rangordnung ist es auch möglich, Werte und Objekte zu bilden, mit welchen die Menschen hantieren können.¹

1.2.2.1. Gewalt und Versöhnung in der Opferung

Ist die Gewalt einmal in die Gesellschaft eingedrungen, so hört sie nicht auf, sich dort zu verbreiten und zu verstärken. Um die Kette der Aggression und Gewalt zu unterbrechen, werden Rituale eingeführt, welche Opfer verlangen und so die Gewalt befriedigen können. Nur wenn es möglich ist, solche Opferungen zu etablieren, ist es auch möglich eine Gesellschaft zu entwickeln. In der Opferung geht es stets nur darum, die Verantwortung für das Unheil einem einzigen Individuum zuzuschieben und auf die mythische Frage *par excellence* zu antworten: „Wer hat angefangen?“.

Aller Groll, der sich auf unzählige verschiedene Individuen verteilt, alle auseinanderstrebenden Hassgefühle richten sich nun auf ein einziges Individuum, auf das „versöhnende Opfer“.²

Beispiele für das versöhnende Opfer gibt es in jeder krisengeschüttelten Gemeinschaft. Egal, ob im Krieg, Formen kollektiver Gewalt oder Lynchjustiz. René Girard bezeichnet diesen Mechanismus der gegenseitigen Gewalt als Teufelskreis.:

„...; hat sich die Gemeinschaft einmal in diesen Teufelskreis hineinbegeben, dann ist sie unfähig, wieder herauszufinden.“ (Girard, 99, S. 124)

¹ vgl. Girard, 1999, S.79.

² vgl. Girard, 1999, S.119ff.

Die Begriffe, die sich in einem solchen Zirkel ergeben, sind Rache und Vergeltung. In der Gesellschaft gibt es ein aufgestautes Hass- und Misstrauenskapital, welches zu gegenseitiger Feindseligkeit und Übervorteilung führen muss.

Im Verlauf dieses Kreislaufs steigt zwar das Wissen um die Gewalt, aber es bringt noch lange keinen friedlichen Zustand mit sich. Im Gegenteil wird dieses Wissen auf den anderen projiziert und als von ihm ausgehende Bedrohung wahrgenommen. So nährt und schürt es den Konflikt, die gewalttätige Auseinandersetzung.

Daraufhin lässt diese, bei Eskalation kollektiver Gewalt, vollständige Unwissenheit folgen, da sie das Wissen um die Vergangenheit mit einem Schlag auslöscht.¹

Diese, von Girard als "einmütig" bezeichnete Gewalt ist zuständig für die Wiederherstellung von Ordnung und Frieden in der Sozietät. Die einmütige Gewalt bildet sozusagen die Triebfeder für die Strukturierung des Mythos. Notwendigerweise muss allerdings, damit die Täuschung gelingen kann, in der Sozietät die Überzeugung vorherrschen, dass das versöhnende Opfer vollkommen für den Missstand verantwortlich ist. Das Übel kann nur nach dessen Opferung gestoppt sein.

1.2.2.2. Ritus und Einheit des Opfers

Das Opfer ist eine von Menschen generierte Kategorie, welche in menschlichen Begriffen interpretierbar ist. Die Opferung bezeichnet außerdem eine eigenartige strukturelle Einheit über verschiedenste Kultur- und Sozialkreise hinweg, sodass die Spezifität des Phänomens nicht in Frage gestellt wird.

Kulturgründungen beziehen sich immer auf Ursprungsereignisse und diese sind durchgängig Opferungen. Diese bestehen aus mehrschichtigem Handeln,

¹ vgl. Girard, 1999, S.125.

in dem ein ausgewähltes Opfer ermordet, ausgestoßen oder gebrandmarkt wird. Zugleich wird die Gewalt gebündelt und auf das Opfer selbst verschoben. Das Opfer löst somit als Stellvertreter die Krise auf. Dadurch erscheint das zu opfernde Objekt allerdings auch als Heilsbringer und umgekehrt die Tat der Opferung als Mord oder Ausstoßung.

Nach Vollzug der ersten Opferung, die meist einen Mord darstellt, ist die „Wahrheit“ bekräftigt. Durch den neu erworbenen Frieden oder die Ordnung rechtfertigt sich die Tat selbst, obwohl es nur die unerkannte „einmütige Gewalt“ darstellt. Dieses Heilsgeschehen generiert nun rituelle Wiederholungen dieser ersten Opferung. Diese Wiederholungen verlaufen in abgeschwächter Form und manifestieren den Mythos in der jeweiligen Sozietät.

Erst durch die Einzementierung der Opferung in das jeweilige kulturelle Geschehen werden klare Unterscheidungen möglich: Heil – Unheil, gut – böse; etc...

Die Bedeutung des Ritus ist ab diesem Zeitpunkt gewaltbeladen. Die Ursprungsgewalt ist zwar einmalig und spontan. Die Ritualopfer hingegen stellen sich als sehr vielfältig dar. Diese finden immer und immer wieder eine Wiederholung. Die Riten haben somit die Tendenz, alles, was sich einer Regulierung entzieht, in ein System, ein Reglement zu bringen.

Aus diesem Grund stellt der Ritus auch die Wiederholung des oben genannten „ersten, spontanen Lynchmordes“ dar, in dessen Folge in der Gemeinschaft wieder Ordnung herrscht. Er stellt die verloren gegangene Einheit, welche in der gegenseitigen Gewalt herrschte, gegen das versöhnende Opfer wieder her.¹

Daher stellt sich der Ritus zwar gewaltbeladen dar, er dient jedoch nur der Abwendung einer noch bei weitem schlimmeren Gewalt, gegen die er auftritt.

¹ vgl. Girard, 1999, S.142.

1.3. Nachahmung als zentraler Terminus rituellen Agierens

Das rituelle Opfer unterliegt gleichsam einer Metamorphose, in der es zuerst (in der Folge des ursprünglichen Opfers) die bösartige Gewalt insgesamt auf sich zieht um sofort nach der Opferung gerade diese in gutartige Gewalt, Frieden und Fruchtbarkeit umwandelt.

„Das Spiel der Gewalt, bald wechselseitig und bösartig, bald einmütig und gutartig wird zum Spiel des Universums insgesamt.“ (Girard, 1999. S.144)

1.3.1. Das Opfer ist Mimesis der „Gründungsgewalt“

Die Ursprungsgewalt ist in jedem Fall einmalig und spontan. Dagegen sind die in den Riten dargebrachten Opfer durch die immer wiederkehrenden Wiederholungen äußerst vielfältig.

Die rituell dargebrachten Opfer gründen sich auf einer doppelten Stellvertretung. Diese ergeben sich einerseits aus dem Mechanismus des versöhnenden Opfers, welcher die nie wahrgenommene Stellvertretung der Sozietät durch ein einziges ihrer Mitglieder darstellt und andererseits aus dem rituellen Opfer, das anstatt des Ursprungsofers ein Opfer aus einer opferfähigen Kategorie setzt. Diese zweite, rituelle Stellvertretung überlagert die erste, da ihr zu Opferndes nicht mit der Einmütigkeit des ersten rechnen kann. Es stellt somit eine „Nachahmung“ des ersteren dar und zeigt bereits so den grundlegend mimetischen Charakter des Opfers.

Dieses mimetische Element zeigt auch gleichzeitig einen wichtigen Aspekt des Opfers, den des Gedenkens.

„Ob Ordnung herrscht oder ob sie bereits gestört ist: immer gilt es, sich auf das gleiche Modell zu beziehen, das gleiche Schema zu wiederholen, nämlich jenes der erfolgreich überwundenen Krise in der einmütigen Gewalt gegen das versöhnende Opfer“ (Girard, 1999, S.153 f.).

Matrix aller mythischen und rituellen Bedeutungen ist die Gründungsgewalt. Diese stellt allerdings immer eine absolute, vollkommene und gänzlich spontane Gewalt dar. Sie ist ein Grenzfall, welcher einen Pol der Ritenbildung manifestiert. Den anderen, zweiten Pol bestimmt, wie wir gezeigt haben, die perfekte Wiederholung des Ritus selbst.

Dazwischen kann eine tatsächlich unendliche Reihe von kollektiven Erfahrungen vorausgesetzt werden. Diese generieren bei den Menschen nun unterschiedliche Rezeptionen derselben Handlungen. Daher gibt es verschiedenartige Verschiebungen und Täuschungen. Aufgrund der nur begrenzten schöpferischen Kraft der Zwischenwiederholungen und vorgenannter Verschiebung gibt es eine große Anzahl von lokalen Varianten der Riten, welche sich nach Girard allerdings nur um einige große Themen drehen. Der Inzest und dessen Sühne ist nur ein Thema, welches sich bei Girard zeigt.¹

Wir haben also gesehen, dass im rituellen Denken dieser Gründungsmythos wiederholt wird. Auf seinem Höhepunkt angekommen, wandelt sich dann die böartige, zerstörerische Gewalt in ihr Gegenteil, in die ordnende, friedensstiftende und versöhnende Einmütigkeit. Dies ist eben jenes „höchste“ Gut, welches Ordnung und Frieden, die Auflösung der Opferkult – Krise bedeutet. Im Ritus wird somit jeweils eine Form der Gewalt als „gut“ und die andere als „böse“ eingestuft. Dies passiert jedoch aufgrund willkürlicher und zugleich grundlegender Charakterisierung der jeweiligen Gewalt.

„Je mehr die Riten von ihrer eigentlichen Funktion abkehren, desto mehr unterscheiden sie sich voneinander, desto größer ist ihre Tendenz, Gegenstand von gelehrten Kommentaren zu werden, deren Zweck eine immer größere Differenzierung dieser Riten ist.“²

¹ vgl. Girard, 1999. S.168f.

² Girard, 1999, S.182.

1.3.2. Der rituelle Streit kanalisiert die Gewalt

Girard weist auf eine Besonderheit der Riten hin, welche für unsere Untersuchung von großer Bedeutung ist. Der Opferung gehen in vielen, wenn nicht in allen Riten Scheinkämpfe voraus. Wo die Opferkultkrise nicht besteht, ahmt ein „einleitender Streit“ diese nach. Das Opfer, das auf diesen Streit folgt, imitiert dann die einmütige Gewalt. Das bedeutet, dass sobald der Streit, der „Kampf der Opferer“ aufhört und Einmütigkeit erreicht ist, wiederum das versöhnende Opfer folgt. Dies passiert dann in gleicher Weise, als ob die Opferkultkrise real bestanden hätte. Es macht in der Opferung keinen Unterschied. Rituellem Streit, Kampf oder Krieg dienen demnach dem Ausüben gegenseitiger Gewalt, um das Ursprungsereignis zu simulieren. Nach Ausübung dieser so genannten gegenseitigen Gewalt schlagen alle Beteiligten gleichsam ins „Leere“. Sobald die Gewalt also ritualisiert wurde, gibt es keinen real Verletzten oder einen „echten“, in der Realität verhafteten Krieg der Opferer untereinander. Girard meint dazu:

„Die rituelle Gewalt ruft keine Gegner hervor, sie hat keinen Widersacher mehr vor sich.“¹

Grund für diese gewalttätige Übereinkunft stellt die Notwendigkeit dar, dass die einmal erreichte Einmütigkeit, welche dank des versöhnenden Opfers wiederhergestellt wurde, nicht mehr zerstört werden darf. Nun ist es jedenfalls so, dass die Einmütigkeit niemals lange aufrecht gehalten werden kann. Seien es real existierende, praktische Gegensätze zwischenmenschlicher Beziehungen, seien es theoretische, explizit ontische Fragen im Menschlichen überhaupt. So zerstört die gegenseitige Gewalt, welche als souveräne Gewalt unter den Menschen umherirrt, bald nach der einigenden Opferung alles, was die einmütige Gewalt errichtet hatte.

Auf ihrem Höhepunkt ist die gegenseitige Gewalt nun Instrument, Objekt und universelles Subjekt aller Wünsche. Daher wäre jede soziale Existenz unmöglich, gäbe es nicht das versöhnende Opfer durch das die Gewalt

¹ Girard, 1999, S.184.

kanalisiert wird und in eine wie auch immer geartete kulturelle Ordnung einmündet.

Die Gewalt verschiebt sich in einem Zirkel: Anfangs zerstörerischer Natur durch das versöhnende Opfer befriedet und kreativ nutzbar gemacht, fällt sie durch ein Ereignis in die „alte“ (hier nicht zeitlich zu sehenden) destruktive Gestalt zurück und erneuert sich wieder ...

An die Stelle des Teufelskreises der vollkommenen zerstörerischen Gewalt tritt dann der Kreislauf der schöpferischen und schützenden – der rituellen Gewalt.¹

Auf diese Gewalt wird nun der Wunsch und das Begehren gerichtet, um vom Objekt ablassen zu können.

1.3.3. Der Rivale als Urheber des mimetischen Begehrens

In allen von Girard beobachteten und beschriebenen Wünschen tritt eine dritte Größe in Erscheinung. Nicht nur das „Subjekt“, der Urheber des Wunsches, und das „Objekt“, das zu Begehrende, erscheinen bei genauer Betrachtung involviert, sondern eine Größe, an der sich die beiden vorgenannten gleichsam reiben und identifizieren können. Die Rede ist vom „Rivalen“, welcher dasselbe Objekt begehrt wie das Subjekt. Indem nämlich der Rivale dem Menschen zeigt, dass ein Objekt begehrenswert ist, generiert der Mensch erst den Wunsch nach dem Objekt.

Das Subjekt begehrt das Objekt eben deshalb, weil der Rivale es begehrt.²

Das bedeutet demnach, dass der Wunsch vom Wesen aus mimetisch ist. Er richtet sich sozusagen nach dem Modell – Wunsch des Rivalen und erwählt dasselbe Objekt wie dieser. Jede mimetische Aktion, die einen Wunsch

¹ Girard, 1999, S.213.

² Girard, 1999, S.214.

ausdrückt, muss gezwungenerweise zu einem Konflikt führen. Dieser Konflikt manifestiert sich dann zu einer Opferkultkrise, eskaliert im versöhnenden Opfer und wandelt sich danach wieder in die Einmütigkeit. Augenscheinlich ist hier nur die Rolle des Nachahmers wesentlich. Girard geht dabei sogar so weit, die grundlegende menschliche Situation über diese Rolle zu definieren.¹ Die Wünsche sind analog den Menschen gestaltet. Sie senden, um nicht vom anderen „überevorteilt“ zu werden, immer widersprüchliche Signale aus. Dabei ist sich allerdings keiner der beiden, Subjekt wie Rivale, dessen bewusst, dem Gegner eine Falle zu stellen, da er selbst in eine analoge Situation hineingestoßen wird. Diese Tendenz gleicht dem „double bind“ in der Psychologie, welches hier keineswegs pathologisch anzusehen ist, sondern ein menschliches Grundlegungsmerkmal darstellt. Girard stellt diese doppelten widersprüchlichen Abhängigkeiten, in die wir Menschen uns ständig gegenseitig verstricken als das eigentliche Fundament aller Beziehungen der Menschen untereinander dar.²

Die mimetische Natur des Wunsches führt ihn, wo er nicht zweckgerichtet ist, ständig in diese double bind Situation. Diese „freie Mimesis“ bewirkt somit ihr eigenes Scheitern genau dort, wo Wünsche verschiedener Menschen konkurrieren. Dieses Scheitern lässt wiederum die mimetische Tendenz verstärken, welche nun noch stärker das Objekt begehrt. Dieses Begehren manifestiert sich im Menschen und lässt ihn die Gewalt als das sicherste Zeichen des feindlichen Begehrens verkennen. Diese Verkennung stellt nun eine Verschiebung, ja eine Verkürzung und unsinnige Veränderung des Begehrens des Gegenübers dar.

Ab diesem Zeitpunkt sind der Wunsch und die Gewalt verbunden. Der Mensch kann das eine nicht mehr erleben, ohne das andere zu erleiden. Hier wird die Gewalt zum Bedeutungsträger für das absolut Wünschenswerte, für die göttliche Selbstgenügsamkeit. Der mimetische Wunsch ist somit der „Motor“

¹ Girard, 1999, S.216.

² vgl. Girard, 1999, S. 216f.

der Opferkultkrise, der, gäbe es nicht das versöhnende Opfer und die rituelle Mimesis, die Gemeinschaft zerstören würde. Jeder würde sich im Anfall von mimetischen Begehren auf das Begehrte des Gegners stürzen und am erstbesten Konflikt zerstört werden.

Regeln und Verbote jeglicher Art hindern den Wunsch frei zu schweben und sich willkürlich auf irgendein Objekt festzulegen. Indem jede kulturelle Ordnung diese Energie auf den Ritus und ebenso auf die vom Ritus gut geheißenen Formen von Aktivität lenkt, verhindert diese den Zusammenprall zweier Wünsche auf ein und dasselbe Objekt. Da dies nur in sehr bedingtem Maße gelingt, sind Konflikte vorprogrammiert.¹

1.4. Die Einheit aller Riten am Beispiel des Krieges

Die bisher gezeigten Wirkungen und Abfolgen beziehen sich nicht nur auf einige wenige Riten und Opferkulte. Sie scheinen im Gegenteil allen rituellen Handlungen eigen zu sein.

Die eigentliche Handlung, die dem Krieg zueigen ist, ist der Zweikampf. Wenn wir uns die Unzahl der in ihm tätigen Zweikämpfe vorstellen wollen, ist es einfacher und zielführender den ganzen Krieg als einen „erweiterten Zweikampf“ darzustellen und diesen zu analysieren. In diese Zweikampf wollen beide Parteien die jeweils andere mittels physischer Gewalt zur Erfüllung ihres Willens zwingen.²

Dies passiert augenscheinlich durch teilweise ritualisierte Handlungen.

Diese Abfolgen, die sich aus den zum Ritus des Krieges gehörenden Handlungen ergeben, etablieren Beziehungen. Im eigentlichen Sinn kann man sogar sagen, dass diese Abfolgen Beziehungen sind.

Die ritualisierten Beziehungen stellen nun eine Wirklichkeit im Krieg dar, welche ihn nicht nur zu beeinflussen scheint, sondern ihn ursächlich definiert und dessen Natur ausmacht.

¹ Siehe dazu auch: Kap. 3.2. und Kap. 3.4.

² vgl. Clausewitz, 2003, S.28.

1.4.1. Die Prämissen des Krieges sind Wandlungen

Nach Clausewitz ist der Krieg nicht nur ein stetig in Wandlung begriffenes Agens, er stellt vielmehr ein „wahres Chamäleon“ dar, weil er in jedem konkreten Fall seine Natur ändert.¹

Somit passiert nicht nur auf der Ebene einer sich entwickelnden Handlung eine Veränderung, sondern auch in der Natur des Krieges selbst. Der Angriffskrieg wird bei einer Veränderung der Lage automatisch zur Verteidigung, Abwehr oder ähnliches.²

Genauso ändert sich seine Natur aber auch mit den auf den Krieg bezogenen Tendenzen.

Hier bestehen mit Clausewitz drei grundlegende Beziehungen, die den Krieg auch ausmachen.

1.4.1.1. Hass und Feindschaft

Die erste Beziehung ist der Hass und die Feindschaft. Sie stellt das ursprüngliche, gewaltsame Element des Krieges dar und ist als blinder Naturtrieb anzusehen.

Diese Beziehung stellt Clausewitz in direkten Zusammenhang mit dem Volk. Die Leidenschaften, welche im Krieg entbrennen, müssen bereits in den Völkern vorhanden sein, um eine wirksame Beziehung zum Krieg begründen zu können.

1.4.1.2. Zufall und Wahrscheinlichkeit

Die zweite Beziehung stellt das „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“ dar, die nun aus dem Krieg eine freie Seelentätigkeit macht.

¹ vgl. Clausewitz, 2003, S.46f.

² Clausewitz analysiert den Krieg vorerst als eine Abfolge von Angriff und Verteidigung. Später in seiner Untersuchung stellt sich augenscheinlich heraus, dass die beiden Verhaltensmodi oft nicht unterschieden werden können, ja sogar ein und denselben Bedingungen unterliegen. Das „Kriegstheater“ stellt sich somit eigentlich im großen als grundsätzlich analoges Handeln auf der Basis der Niederwerfung des Gegners dar. Dieses Handeln wird nur dann modifiziert, wenn die jeweils andere Seite einen neuen Aspekt im kriegerischen Diskurs etabliert, auf die der jeweils andere reagiert. Siehe dazu auch: von Clausewitz, 2003, S.384ff., S.558ff. und vor allem S.592f.

Hier stellen das Heer und darin vor allem der Feldherr die zentralen Kategorien dar. An ihnen vollzieht sich der Umfang der Möglichkeiten durch den jeweiligen Mut, Planungs- und Organisationsfähigkeiten, Ausrüstung und ähnlichem.

1.4.1.3. Politisches Werkzeug

Die dritte Beziehung endlich ist die untergeordnete Natur des Krieges als politisches Werkzeug. Dadurch stellt nun der Krieg eine bloße Verstandestätigkeit dar, welche der jeweiligen Regierung alleine zuzuordnen ist.

Die politischen Zwecke, die sich in einem Krieg ergeben und aus deren Gründen ein Krieg begonnen wird, müssen immer von Regierenden definiert und gewollt eingesetzt werden.

Diese drei Tendenzen bedingen die Wandelbarkeit des Krieges, indem sie auf das Geschehen wechselweisen Einfluss ausüben. Die Einflussnahme passiert allerdings immer in verschiedenartiger Qualität und in quantitativ unterschiedlichem Ausmaß.

Daher befindet sich auch die grundlegende Natur des Kriegsgrundes und somit die Natur des Krieges selbst in ständiger Verwandlung, je nachdem welche der vorgenannten Tendenzen gerade im stärksten Maß die Beziehung zum Krieg etabliert und wie dieselbe Tendenz gerade Prioritäten, Aussagen und Emotionen beurteilt.

Von Clausewitz stellt dazu auch fest: *„Die Aufgabe ist also, dass sich die Theorie zwischen diesen drei Tendenzen wie zwischen drei Anziehungspunkten schwebend erhalte.“*¹

¹ Clausewitz, 2003, S.47.

1.4.2. Abfolge und Faszination des Streites als Beziehung

Egal, ob sich die Gewalt physisch oder verbal manifestiert, sie benötigt immer ein Minimum an Zeitlichkeit, um einen Angriff auf einen Gegner auszuführen. Desgleichen benötigt auch der getroffene Gegner Zeit, um sich wieder zu sammeln, um auf den Schlag des Kontrahenden reagieren zu können. Innerhalb der Zeitspanne, die zwischen den Schlägen verstreicht, kann der jeweils Schlagende hoffen, den endgültigen, letzten Schlag getan zu haben und als Sieger aus dem Konflikt hervorzugehen. Es geht also darum, den Sieg innerhalb des Konfliktes zu erringen. Die unwiderstehliche Gewalt, welche zwischen den Kämpfern hin- und herwogt, bedingt hier eine nicht zum Ende kommen wollende Kampf- beziehungsweise Konfliktsituation. Diese kann erst durch eine kollektive Verstoßung außerhalb der Gemeinschaft gebunden werden.¹

Die Beziehung zwischen Gewalt, Wunsch und gar Göttlichkeit gilt als *kydos*, als quasi-göttliches Prestige, das untrennbar mit der durch militärischen Triumph verbundenen mystischen Erwählung verbunden ist. Bei Homer gilt der *kydos*, insbesondere im Zweikampf zwischen Griechen und Trojanern, als genau diese mystische Erwählung.

Er ist die von der Gewalt ausgehende furchtbare Faszination, die, wo auch immer sie sich zeigt, die Menschen in ihren Bann zieht, sie erschreckt und fasziniert. Sobald sie vorhanden ist, besteht bei den Menschen die Sehnsucht nach Einmütigkeit. Diese Einmütigkeit kann nun auf zwei Arten erfolgen: Zum einen mit der Gewalt, zum anderen gegen sie. Der Nutzen, das Ergebnis ist in beiden Fällen jedoch dasselbe. Sie ruft ein Ungleichgewicht hervor, welches das Schicksal, den Zufall Partei für die eine oder andere Seite ergreifen lässt. Spitzt sich die Situation innerhalb der Rivalität nun soweit zu, dass alle konkreten Objekte zerstört oder verjagt sind, nimmt sich die Rivalität per se zum Objekt. Dieses Objekt ist nun genau diese Faszination der Gewalt, dieser magisch-religiös angehauchte Ruhm.²

¹ vgl. Girard, 1999, S.222.

² vgl. Girard, 1999, S.223ff.

Die Wirkungen dieser triumphierenden Gewalt sind in unserer Gesellschaft konkret beobachtbar. Sei es der Eros, das Glücksspiel, Sport, etc...

Der Triumph über den Gegner stellt auch die maßgebliche Motivation im „Kriegstheater“, dem gewalttätigen Konflikt im Krieg und der Vorbereitung desselben dar. Erst, wenn dieser „äußere Feind“ besiegt ist, der „endgültige Sieg“ einem der Kontrahenden zufällt, kann der Frieden wiederhergestellt werden.

Dies ist jedoch ein Ideal, welches niemals erreicht werden kann, da sich die Gegner dasselbe ständig entreißen.

Hier zeigt sich auch ein praktischer Aspekt dieses mystifizierten „Glücks des Tüchtigen“. Der Rückzug innerhalb einer Schlacht kann somit als „strategischer Rückzug“ dargestellt werden, ohne den Misserfolg einerseits zugeben zu müssen und sich andererseits der Gewissheit erfreuen zu können, dass einem das „Glück“ das nächste Mal wieder hold sein wird. So schwankt der *kydos*, die tragische Abfolge von einem zum anderen Kontrahenden und lässt sich ohne mystifizierte, opferkultische Riten nicht lange fixieren.¹

Im vorliegenden *kydos* hält sich die Gewalt an einen Rahmen, der an einen Turnierkampf erinnert. Dies ist in den meisten Fällen jedoch nicht der Fall. Vielmehr geht es in jeder dieser gewalttätigen Auseinandersetzungen geradezu darum, dem Gegner die Seele, den lebensnotwendigen Atem zu entreißen. Dies ist aus Sicht der Kontrahenden aufgrund der Konvergenz der mimetischen Wünsche auf ein Ziel notwendig, welche sich auf ein und dasselbe Objekt beziehen. Girard nennt dies den *thymos* und folgert, dass diese beiden Aspekte nur Teile einer gleichen Beziehung sind, die jedem Menschen eigen ist. Hinter jeder solchen Beziehung steht nun der mimetische Wunsch und der Zwang zur Rivalität.²

¹ vgl. Girard, 1999, S.224ff.

² vgl. Girard, 1999, S. 226f.

1.4.3. Der innere Feind

Desto mehr sich die Krise zuspitzt, umso schneller scheint die Differenz, die die beiden Kontrahenden trennt, hin und her zu schwanken. Es gibt dann auch eine Schwelle, an welcher diese Differenz beider Gewalten nicht mehr erkennbar ist. Sie sind sozusagen dieselben geworden. Der Schlagabtausch ist so schnell, dass sie sich überlagern und ein einziges Bild zweier gleichartiger Kontrahenden bilden, in dem alle bisherigen Gegensätze zusammenfallen, sich vermengen. Das Subjekt nimmt somit den Gegner und sein Selbst als zwei simultane Verkörperungen aller Momente zugleich dar. Girard etabliert hier den Begriff des „monströsen Doppelgängers“, der alle halluzinatorischen Phänomene beinhaltet, die auf dem Höhepunkt der jeweiligen Krise von den Verkannten Reziprozität angehäuft wird.

„Der monströse Doppelgänger tritt die Nachfolge all dessen an und nimmt den Platz all dessen ein, was die Gegenspieler in einem weniger akuten Krisenstadium faszinierte.“¹

Das bedeutet, dass dieser, von den Menschen intern konstruierte Doppelgänger alles verkörpert, was der Mensch verkörpern und zu zerstören wünscht. Das passiert laut Girard allerdings nicht bloß in der pathologischen Persönlichkeit, in welcher es nur überspitzt auftritt, sondern ist eine, jedem Menschen innewohnende Eigenschaft.

Diese Doppelgänger sind jeweils austauschbare, ihre Identität verschleiende Wesen, die eine Zwischenstellung bei Identität und Differenz einnehmen. Sie sind die Mitte, die für die Opferstellvertretung unerlässlich ist. Erst aus dem monströsen Doppelgänger konstruiert sich so die für das versöhnende Opfer notwendige Stellvertretung.

¹ Girard, 1999, S. 243.

1.4.4. Der äußere Feind

Analog dem monströsen Doppelgänger, in dem sich die Gewalt zwischen den verschobenen und verkannten Wunsch-Identitäten abspielt, gibt es dieselbe ursprüngliche Gewalt, welche die rituelle erst ermöglicht, zwischen Gruppen.

Hier stellt die ursprüngliche Gewalt entweder die Teilung der Ursprungsgruppe in zwei Einzelgruppen dar, oder den Zusammenschluss zweier unterschiedlicher Gruppen zu einer einzelnen. Die rituelle Gewalt richtet sich hier allerdings immer auf eine andere Gruppe. Der Ritus bezieht sich somit immer auf zwei bereits konstituierte Gruppen.

Die rituelle Gewalt ist immer weniger immanent als die ursprüngliche. Indem sie mythisch – rituell wird, verschiebt sich die Gewalt nach außen. Durch diese Verschiebung wiederum kommt der Gewalt ein Opfercharakter zu, indem sie den Ort der ursprünglichen Gewalt verbirgt und so die Gruppe schützt. In dieser ist der Friede hergestellt und die Gewalt richtet sich auf den kollektiven Gegner – die Anderen, Monstren, etc... Auch hier zeigt sich die Verschiebung der veränderten Wahrnehmung, des Monströsen auf eine andere Gruppe.

Es stellt sich hier bereits das Prinzip jedes Krieges gegen äußere Feinde heraus: Es gibt für den Zusammenhalt der Gruppe potentiell verhängnisvolle, aggressive Tendenzen und diese richten sich einerseits durch die Verschiebung von innen nach außen und andererseits durch Transformation des „Gesichtes des Feindes“ in gesteigertem Maße zum Angelpunkt des Zusammenhaltes der Gruppe.

Der Krieg gegen äußere Feinde stellt so einen auf die Gruppe, den Staat, die Nation und ähnliches bezogenen opferkultischen Modus dar. Die Beziehungen, welche sich aus dieser rituellen Gewalt ergeben sind daher eine Weiterführung des Krieges in größerem Maßstab. Dies führt uns gleich zur Frage der Diskursivität des Krieges. Liegt dem Krieg nämlich ein mythisches, opferkultisches Denkschema zugrunde, ist dies nicht weit vom Nationalismusgedanken der Neuzeit entfernt und somit der eigentliche Motivator der Kriegsführung überhaupt.

In beiden hier angesprochenen Fällen besteht allerdings die wesentliche Funktion des Krieges darin, Ruhe, Ordnung, Gleichgewicht und Frieden innerhalb der „Elementargemeinschaft“ zu bewahren.¹

¹ vgl. Girard, 1999, S. 369f. und S.409ff.

Kapitel 2

KRIEG ALS DISKURSIVE MACHTSTRUKTUR

2.1. Krieg als Diskursform

2.1.1. Polarität ist Stabilisator der kriegerischen Handlung

In den meisten Kriegen veranschlagt nicht die Handlung, der Kampf an sich den Hauptteil der Zeit, sondern der „Stillstand“, das Abwarten und Verharren. Dies stellt keine Anomalie des kriegerischen Aktes, keinen Widerspruch dar, sondern ist ein notwendiges Element der Natur des Krieges, ja des Streites überhaupt.

Indem das Interesse eines Feldherrn immer in entgegengesetzter Größe zu dem eines anderen gedacht werden muss, wird immer wahre Polarität angenommen. Diese Polarität ist allerdings nur möglich, wo sich am selben Gegenstand positive und negative Kräfte aufheben.

In einer Schlacht will jeder der beiden Teile den anderen besiegen. Nicht der Sieg selbst, vielmehr die Anstrengungen beider gegeneinander, stellt nun diese Polarität dar. Die Entscheidung zum Kampf ist das Faktum, nicht die Verteidigung oder der Angriff.¹

Der Sieg des einen würde demnach eine Aufhebung der Polarität bedeuten. Dies ist allerdings nur in zeitlicher Hinsicht relevant, da die kriegerische Tätigkeit an sich immer polar aufgebaut ist und sich nicht auf das Ergebnis repliziert.

Diese polare Aufteilung tritt nun in einen Diskurs, dessen Ergebnis von vorneherein nicht absehbar ist, da Kräfte, Standorte und ähnliches ursächlich mit dem Verlauf der Auseinandersetzung zusammenhängen.

¹ vgl. Clausewitz, 2003, S.38ff.

2.1.2. Auswahl ist Diskurskriterium

In einem wie auch immer gearteten kriegerischen Diskurs muss eine Auswahl getroffen werden. Sie bestimmt die Kategorie der Opfer, der „Reglements“ und generell die Möglichkeiten, über die verfügt werden kann. Es ist niemals nur ein Mensch, der die Entscheidung trifft, sondern es sind immer, auch in absolutistisch organisierten Apparaten Institutionen, Lobbys, Gesellschaftsteile, vorhandene Mittel, durch welche diese Entscheidungen getroffen werden können. Die Beziehungen, die sich in einem solchen Konflikt ergeben, müssen als diskursiv und somit kritisierbar betrachtet werden, da sich die Unsicherheit, welche die konfliktbeladenen Situationen zu nähren scheint, augenscheinlich aus Unklarheiten im System und dem Verlust von Kontrolle ergibt.

2.1.3. Lokale Kritik und Unsicherheit

In „In Verteidigung der Gesellschaft“ bestimmt Michel Foucault Auswahlkriterien, die die Studenten sondieren, die seine Vorlesung besuchen und erklärt so die Kritisierbarkeit von Institutionen und Praktiken wie folgt: Da er über keine formalen Mittel der Zugangsberechtigung verfügen kann, wählt er ein subjektiv gesetztes „wildes Mittel“ – die Zeit. Foucault setzt die Vorlesung auf halb Zehn Uhr, in der Hoffnung, dass Studenten, welche kein wirkliches Interesse haben „nicht aus den Federn kommen“ und so der Andrang auf die Lehrveranstaltung in Grenzen bleibt.¹

Dies stellt ein Instrument der Auslese dar, das objektiv kritisierbar zu sein scheint, jedoch subjektiv einer inneren Logik folgt. Er nennt es einen „öffentlichen Rechenschaftsbericht“ über seine Arbeit, welche man (gemeint sind die Vorgesetzten Foucaults) ihn mehr oder weniger nach seinem Gutdünken verrichten lässt.

Die Informationen und das aus seiner Vorlesung ausfließendes Wissen stellt er als „frei“ dar. Es steht jedem frei mit der Information so umzugehen, wie es ihm

¹ vgl. Foucault, 1999, S.9.

beliebt, da Foucault selbst angibt, dass er es nicht zu entscheiden habe, was andere aus seinen Forschungen machen.

Er begründet dies mit der Entwicklung der Dinge, Diskurse, Praktiken und Institutionen, welche in größtem Maße kritisierbar geworden sind.

2.1.3.1. Kritik generiert Unsicherheit

Vor allem den am sichersten scheinenden Dingen, die uns am nächsten stehen wie der Rechts- und Strafapparat, die Moral oder die Geschlechterhierarchie wurde „der Boden brüchig gemacht“. Dies bedingt Unsicherheit und ein nicht handhaben können dieser, unseren Körper und unsere alltäglichen Gesten betreffenden Dinge. Als aktuelles Beispiel dient hier die in Lebensplanung und persönliche Sicherheiten eingreifende Diskussion um die „Finanzierbarkeit“ der Renten. Die Diskussion rührt an vitalen Interessen und schürt die Angst in der Bevölkerung, man könne „auf der Strecke“ bleiben. Es ist die Wirkung dieser diskontinuierlichen, partikularen und lokalen Kritiken.

Einhergehend mit diesen generieren die globalen und totalitären Theorien, wie es zum Beispiel Utopien darstellen, lokal einsetzbare Instrumente, welche nur dazu dienen, die theoretische Einheit des Diskurses aufzuheben, zu unterteilen, hin und her zu zerren, zu karikieren, zu verschieben ja zu zerfetzen.¹

Dies stellt mithin die hemmende Wirkung der totalitären und globalen Theorien dar.

Erstes Charakteristikum aus vorangegangenem ist hier der „lokale Charakter der Kritik“. Dieser Charakter weist auf eine autonome, nicht zentralisierte theoretische Produktion hin, die ihre Gültigkeit und Legitimation nicht innerhalb eines allgemeinen Normensystems nachweisen muss. Diese Produktion erschöpft sich allerdings nicht in reproduzierten Faktoren vorangegangener

¹ vgl. Foucault, S. 13f.

Wissen, er stellt vielmehr ein (vorerst) nicht einordenbares Agens dar, das in Opposition zu oben genannten Normen stehen kann.

2.1.3.2. Unterworfenen Wissen

Zweites Charakteristikum ist ein, die lokale Kritik erst möglich machendes, seit „geraumer Zeit in Entstehung Begriffenes“ Agens. Es ist die „Wiederkehr des Wissens“.

Die Gesellschaft verbannte im Sinne der Ökonomisierung und Verwirtschafterung dieses Wissen um des „Geldes“, des „Realen“ und des „mehr Lebens“ Willen aus ihrer Mitte. Im Rahmen dieser Thematik konnte hier etwas entstehen, das Foucault den „Aufstand der unterworfenen Wissen“ nennt.¹

Unterworfenen Wissen bedeutet hier zweierlei: Zum einen werden damit insgesamt historische Inhalte bezeichnet, die unter funktionalen Zusammenhängen und formalen Systematisierungen verschüttet waren und untergingen.

Vor allem funktionale Einrichtungen und systematische Organisationen verschleiern die Einschnitte und Kämpfe, die im Lauf der Zeit passieren. So wurde zum Beispiel eine reale und angemessene Kritik des Auswahlverfahrens zur Personalgewinnung im österreichischen Bundesheer erst möglich, nachdem historische Inhalte neu auftraten.

Im vorgenannten Beispiel über die Personalgewinnung für Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres beispielsweise wurde erst nach einem Zwischenfall mit Todesfolgen auf den Golanhöhen eine psychologische Eignungsfeststellung zwingend vorgeschrieben.

Zum Zweiten stellen die unterworfenen Wissen eine große Anzahl von abgewerteten Wissen dar. Diese können einerseits nicht-begriffliche und

¹ vgl. Foucault, 1999, S.15.

unzureichende Wissen sein. Wissen, welche am unteren Ende der Hierarchie von Wissen angesiedelt sind, jedoch kein „Alltagswissen“ sondern im Gegenteil ein lokales, regionales und differentielles Spezialwissen darstellen. Anhand dieser „ungelehrten“ Spezialwissen vollzieht sich auch die Kritik an einer Einrichtung, Organisation oder ähnlichem.¹

2.1.4. Historisches Wissen vom Kampf

In beiden vorgenannten Wissen, dem gelehrten wie dem disqualifizierten Wissen geht es um das historische Wissen der Kämpfe. Erst in dieser Phase beginnt eine Wiederentdeckung der Kämpfe und Schlachten, welche sich danach als Kritik an Systemen oder Institutionen vollziehen kann. Hier geht es nicht allein um Schlachten, welche mittels Waffengewalt gefochten werden, vielmehr gilt es, die meisten, wenn nicht die gesamten kritischen Auseinandersetzungen innerhalb von Systemen unter diesem Aspekt zu sehen. Die Verbindung von gelehrten Kenntnissen und lokalen Erinnerungen stellt somit eine Verbindung dar, die es ermöglicht, ein solches historisches Wissen der Kämpfe anzulegen und dieses danach in die weitere Vorgehensweise, die „Taktik“, mit einzubinden.

Ein Beispiel für eine solche Vorgehensweise stellt wiederum die Entsendung von Soldaten des österreichischen Bundesheeres in einen Auslandseinsatz dar: Dabei wird heute einerseits auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus Psychologie, Juristik, Sportwissenschaft und ähnliches bei den dafür notwendigen Auswahltestungen eingegangen, andererseits werden auch die Erkenntnisse und Erfahrungen von bereits auslandserprobten Soldaten berücksichtigt, die durch Rückmeldungen an verantwortliche Stellen die Qualität heben sollen und innerhalb der Testungen den „Neulingen“ ein realistisches Bild dessen zu vermitteln versuchen, was auf sie zukommt. (Die

¹ vgl Foucault, 1999, S.15.

Repatriierungen, das heißt die oft unnötige Zwangsheimführung aufgrund von disziplinären, körperlichen oder psychischen Vorfällen, sind seit der Einführung dieses Systems immens zurückgegangen.)

2.1.5. Genealogie der Kämpfe

Diese lokalen, unqualifizierten und nicht legitimierten Wissen werden somit gegen eine theoretische Einheitsinstanz zu Felde geführt. Diese bereits bestehenden Instanzen erheben den Anspruch im Namen wahrer Erkenntnis, im Namen der etablierten Rechte die weiter oben erwähnten Entscheidungen zu treffen, zu filtern und hierarchische Ordnungen zu erstellen.

Genau diese, den herrschenden Formen der Wissenschaft, Macht und Herrschaft entgegentretende Paarung des Wissens bezeichnet Foucault als „Genealogie“.

Analog dazu stellt auch Luhmann die politische Kommunikation, die ebenfalls eine Art der Auseinandersetzung und Gegenpositionierung zum anderen zu sein scheint, dar. Die politische Kommunikation funktioniert durch die „strukturelle Kopplung“, was bedeutet, dass kognitive Prozesse des Systems verwirrt und irritiert, nicht aber determiniert werden.¹

Bei Foucault geht es somit um den Aufstand der Wissen, die aktive und zerstörerische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, welche nicht vernichtet werden darf, jedoch einer „Verbesserung“ zugeführt werden soll. Dies passiert mit gerade diesen Genealogien, welche hier den Begriff „Antiwissenschaften“ tragen, da sie dem Überholen ihrer Pendanten gelten.

2.1.6. Der Kampf im Diskurs

Einem als wissenschaftlich betrachteten Diskurs ist eine Machtwirkung eigen, die dieser Genealogie den Kampf ansagt.

¹ Luhmann, 2000, S. 372ff.
Siehe auch Kap. 3.4.1. und Kap. 3.4.2.

Zunächst ist ein wissenschaftlicher Diskurs immer mit dem Streben verbunden, ein anderes Wissen zu disqualifizieren. Das diskursführende Subjekt falsifiziert die von anderen eingeworfenen Theoreme, Argumente und Beweise analog der opferkultischen Wirkung des freien mimetischen Wunsches des Gegners.¹

Die Genealogie zielt somit auf den Konflikt ursächlich ab. Sie ist demnach ein Unternehmen, um die historischen Wissen aus der Unterwerfung zu befreien. „... sie fähig zu machen zu Widerstand und Kampf gegen den Zwang eines einheitlichen formalen und theoretischen Wissenschaftsdiskurses.“²

Hier geht es also um den Kampf der Wissen gegen den herrschenden, mit aktueller Macht ausgestatteten wissenschaftlichen Diskurs. Dies stellt sozusagen eine „Schlacht“ der Wissen um die Machteffekte des Diskurses dar. Diese Machteffekte steuern durch Legitimation und Auswahl die „Wertigkeit“ des Wissens, die Diskursfähigkeit der Argumente.

Foucault beschreibt die Macht, um die es unausweichlich geht als ein Verhältnis, in welches sich jeder ein Stück hineinwagen kann. In weiterer Folge stellt sich die Macht im wesentlichen sogar als diejenige Komponente heraus, die selbst das ist, was sie unterdrückt.³

Die Macht existiert somit nur im Vollzug und stellt ein Kräfteverhältnis in sich selbst dar. Damit wird zum ersten der Mechanismus, welcher die Macht manifestiert deutlich – die Repression. Und zum zweiten ist Macht statt Kategorien wie Vertrag, Übertragung und Erhaltung der Produktionsverhältnisse vor allem in Kategorien wie Kampf, Konflikt und Krieg zu analysieren.

Daher lautet Foucaults Hypothese:

„Macht ist Krieg, der mit anderen Mitteln fortgesetzte Krieg.“⁴

¹ siehe dazu auch Kap. 1.3.2. und Kap. 1.3.3.

² Foucault, 1999, S.19.

³ Foucault, 1999, S.25.

⁴ Foucault, 1999, S.26

Er dreht somit den von Clausewitz'schen Ausspruch vom Krieg als Weiterführung der Politik um und behauptet die Politik ist viel mehr die Fortführung des Krieges.

Es besteht hier eine Interdependenz zwischen Politik und Krieg, die sich in gleichem Maße auch bei Clausewitz beobachten lässt. Diese ist in beiden Fällen einem dialektischen Verhältnis immanent, lässt jedoch die Zeit als Kategorie und Trennungsmerkmal in einer „pseudo-ideellen“ Position. Die Zustände Krieg und Politik werden jeweils als im Sinne von Machtausübung höherrangige Instanz gesehen, der jeweils andere Faktor wird allerdings nur attribuiert und als zeitlich verschobenes Instrument analysiert.

Die Machtausübung der einen Instanz stellt so eine große, wenn nicht gar absolute „Entmachtung“ der anderen dar.

Auch Luhmann geht hier analog der Foucault'schen Theorie vor. Er stellt anheim, dass Macht auf Antizipation von Gehorsam und ihrer tatsächlichen Anwendung beruht. Dies bedeutet allerdings auch, dass Macht nicht eine Art der Stärke eines Individuums, eine „Kraft“ eines solchen darstellt, sondern sich real nur in einer zeitlichen Problematik, einem zirkulären Verhältnis zu sich selbst manifestiert. Sie existiert nur – und hier entfernt sich Luhmann von der Foucault'schen Position - in Antizipation ihrer selbst.¹

Foucault hingegen sieht den zeitlichen Faktor als gegeben und nimmt die Macht als Folgeerscheinung des Krieges an, welche politische Zustände und Politik generiert.

¹ Eine nähere Differenzierung des Luhmannschen Machtbegriffs passiert im folgenden Unterkapitel. Sowie auch in Kap. 3.1.2.

2.2. Die Machtstruktur des Krieges

2.2.1. Die Macht ist Fortführung des Krieges

Die Umkehrung des Aphorismus über die Fortführung der Politik bedeutet dreierlei: Zum Ersten, dass die in unserer Gesellschaft funktionierenden Machtverhältnisse von einem bestimmten Kräfteverhältnis ausgehen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt herrschen. Diese lassen sich nun durch und im Krieg historisch präzisieren. Die Politik ist demnach nur die Sanktionierung und Erhaltung des Ungleichgewichtes der Kräfte, die sich im Krieg manifestieren. Zum Zweiten bedeutet dies, dass alle im Frieden ablaufenden Prozesse der Machterhaltung, Machterreichung, die im politischen System stattfindenden Kämpfe nur als Fortsetzungen des Krieges gedeutet werden müssen. Der „zivile Friede“ ist demnach nicht existent. Es geht vielmehr darum, diese Teile ziviler Beziehung als Fortsetzung des Krieges zu deuten. Schließlich bedeutet die Umkehrung von Clausewitz etwas Drittes: Egal, ob die Gesellschaft sich in einem kriegerischen, konfliktbeladenen oder friedlichen Zustand befindet, die eigentliche Entscheidung kann nur im Krieg gefällt werden. Somit würde nur die letzte Schlacht die Ausübung von Macht beenden, welche im fortgesetzten Krieg begonnen wurde.¹

Die Macht wird somit in der bewaffneten Auseinandersetzung, in der brutalen Härte des Krieges am deutlichsten. Anhand des Kriegsmodells, des Schemas von Kampf und Kämpfen offenbart sich die Struktur und der mediale Aufbau von Machtverhältnissen, ja der Krieg stellt die zentrale Kategorie der Macht dar.

2.2.2. Macht als Medium des Krieges

Foucault spricht hier vom Studium des „Wie der Macht“, von den Mechanismen der Macht, die zwischen zwei Bezugspunkten oder Grenzen erfasst werden

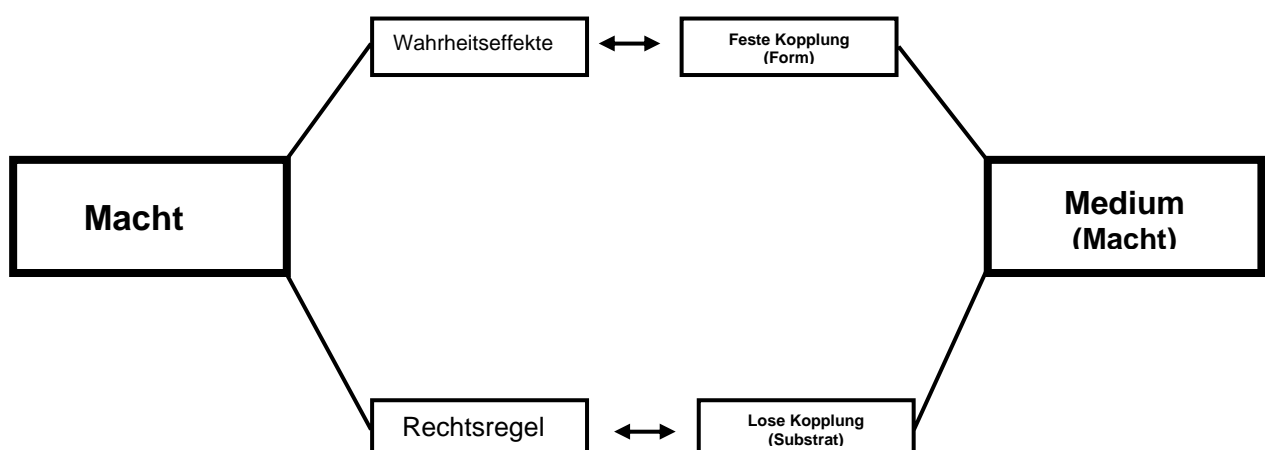
¹ vgl. Foucault, 1999, S.25ff.

muss. Diese Bezugspunkte sind einerseits die Rechtsregeln, welche die Macht formal begrenzen und andererseits die „Wahrheitseffekte“, die von eben dieser Macht hervorgebracht werden. Die Wahrheitseffekte ihrerseits dienen der Erneuerung der Macht und tragen so zum Diskurs zwischen Macht, Recht und Wahrheit ursächlich bei.¹

Ähnlich beurteilt auch Luhmann die Position der Macht, vor allem in der Politik: *„Macht beruht auf Antizipation von Gehorsam und auf Antizipation ihrer tatsächlichen Anwendung. Macht beruht ... auf Selbstantizipation.“*²

Dieser Zirkel stellt ein operativ geschlossenes System dar, das als „Medium“ bezeichnet wird. Innerhalb des Mediums gibt es mit Luhmann eine signifikante Unterscheidung, welche in „fester -“ und „loser Kopplung“ besteht. Er nennt die festen Kopplungen „Formen“ und die losen Kopplungen „mediales Substrat“. Das Medium kann demnach nur verwendet werden, wenn man dessen Möglichkeiten in die Form einer festen Kopplung bringen kann. Diese stellt demnach zum Beispiel eine auf Grundlage der Macht erlassene Weisung dar. Analog zu Foucault stellt somit die feste Kopplung („Form“) die Wahrheitseffekte dar und die lose Kopplung („mediales Substrat“) die Rechtsregeln.

AbB 1: Analogie der Struktur von Macht bei Foucault und Luhmann



¹ vgl. Foucault, 1999, S.31f.

² Luhmann, 2000, S.28.

Hier zeigt sich die Gleichartigkeit der Grundstruktur von Macht im Krieg und Macht in der Politik.

2.2.2.1. Wahrheit als machtgenerierendes Mittel

Gesellschaften sind in der Regel so konstituiert, dass sie von vielfältigen Machtbeziehungen durchzogen sind und diese Machtbeziehungen konstituieren und charakterisieren die Sozietät im Gesamten. Die Funktion eines sozialen Systems hängt somit von der Ökonomie des Wahrheitsdiskurses ab, der sich selbst produziert, akkumuliert und in sich zirkuliert. Darüber hinaus dient diese Produktion von Wahrheit der Ausübung von Macht.

Wir sind geradezu gezwungen, der Macht eine Wahrheit zu produzieren, welche von der Macht verlangt wird. Es ist unabdingbar, dass wir die Wahrheit sagen, gestehen oder finden müssen. Wir werden dazu geradewegs gezwungen, um der Macht genüge zu tun. Die Gesellschaft muss vor allem die Wahrheit produzieren, um überhaupt Reichtümer herstellen zu können und ist andererseits dieser Wahrheit unterworfen, in dem Sinn, dass Wahrheit Gesetz etabliert und produziert. Die Menschen werden somit nach genau diesen Gesichtspunkten beurteilt, verurteilt, klassifiziert und zu Aufgaben gezwungen.¹

Genauso wird den Menschen eine bestimmte Art zu leben oder zu sterben auferlegt. Wiederum entsprechend wahrer Diskurse mit spezifischen Machtwirkungen. Gilt es nun im bewaffneten Konflikt, dem Krieg, zu sterben ist dies genauso eine der Ausformungen derselben Machtverhältnisse, die auch das „Opfer“ des eigenen Lebens fordern. Die Begleitumstände erscheinen demnach zwar nicht rituell, im Gegenteil jedoch ist das „Führen des Krieges“ als verschobene und verschleierte Handlung ein „Ritus im Großen“. Sozusagen eine Ableitung derselben Gewalt, welche auch den „Teufelskreis der gegenseitigen Gewalt“ etabliert. Dabei zeigt sich auch deutlich die Dependenz

¹ Foucault, 1999, S.33.

der Akteure von der mimetischen Verwandlung der Opferung und des Opfers in unserer Kultur.¹

Ausgehend von dieser mimetischen Verwandlung des Krieges als Diskurs ist es relativ einfach, den Begriff des „Kriegstheaters“ zu etablieren. Hier will sich, einer den anderen überbieten wollend, als „monströser Doppelgänger“ die Machtausübung über den anderen erlangen. Analog der politischen Agitation, bei der es zwar nicht um den Tod geht, aber dennoch um die Herabstufung und „Unschädlichmachung“ des Gegners stellen so beide ein vom Opferkult geprägtes, in gegenseitiger Verstrickung gefangenes System dar.

So ergibt sich nun Gleichartigkeit in den beiden Diskursen: Es werden dieselben Taktiken verwendet, es wird nach mimetischen Begehrensmustern interagiert und legitimiert.

2.2.2.2. Konstitution der Gewalt in Machtverhältnissen

Die Macht ist, wie oben dargelegt, mit ihrer Legitimation und der Möglichkeit des Gebrauches der ihr zur Verfügung stehenden Gewalt untrennbar verbunden. Diese Gewalt benötigt nun ebenso die Legitimation, vermittelt über die legitimen Rechte der Souveränität.

Nach Walter Benjamin ist Gewalt erst dann eine wirksame Ursache, wenn sie in sittliche Verhältnisse eingreift. In der Beziehung von Zwecken und Mitteln innerhalb der Gesellschaft ist die Gewalt daher immer ursächlich ein Mittel.²

Die kriegerische Gewalt stellt hier die ursprüngliche und urbildliche Form jeder Gewalt dar, da sie rechtssetzende und eine auf Naturzwecke gerichtete Gewalt darstellt.

Auch Benjamin erkennt die vorherrschende Rolle der (Kriegs-) Gewalt und des „militaristischen“ als eine noch vor dem Recht oder Gesetz stehenden Instanz.

¹ Siehe auch Kap. 1.1. und 1.2.2.

² vgl. Benjamin, 1993, S.29.

Auch Foucault bescheinigt dem Recht, Unterwerfungsprozesse zu generieren, die zwischen den Herrschaftsverhältnissen als Zwischenglieder funktionieren. Die Rechtsprechung sowie das Rechtssystem dienen so nur den vielfältigen Unterwerfungsprozessen innerhalb eines sozialen Systems. Gewalt ist somit ein wichtiger Bestandteil der Macht, der Machtbeziehungen innerhalb der Sozietät und der Verstrickung mehrerer sozialer Gruppen oder Systeme.

2.2.3. Konstitution der Macht und Machtverhältnisse

Die Macht gibt vor, in einem gewissen vom Recht gegebenen Rahmen zu agieren. Dies ist jedoch nur bedingt der Fall, da es an den „Rändern“, den Grauzonen und unbeobachteten Bereichen des Einflussbereichs von Macht immer wieder zu Übertretungen des rechtlich vorgegebenen Rahmens kommt. Ja, es scheint sogar so zu sein, dass die Macht sich der Gesetze nur „bedient“ um eine Legitimation zu erlangen und so ein Ausbrechen eines freien Diskurses innerhalb der eigenen Reihen zu unterbinden.

Sieht man die realen Wirkungen der Macht, den äußersten Rand ihres Wirkens, ihr Anwendungsfeld, so ist erkennbar, dass die Subjekte sich erst über eben diese Ausübung von Macht konstituieren. Sie stellt somit etwas zirkulierendes, eine Verkettung von Machtbeziehungen dar, über welche sich das Subjekt erst konstituiert. Die Macht funktioniert.¹

Die Macht verteilt sich über Netze, welche aus Individuen bestehen. Diese haben die Möglichkeit Macht nicht nur „über sich ergehen“ zu lassen, sondern im Gegenteil sind dieselben immer auch Machtausübende. Die Macht wird demnach von den Individuen (nun: Subjekten) weitergegeben, sie wird nicht auf sie angewandt. Das Individuum stellt in diesem Zusammenhang nicht ein primitives „Atom“, eine unbewegliche und starre Materie dar, auf welche Macht angewendet wird, vielmehr ist das, was als Körper, Geste, Wunsch und als

¹ Foucault, 1999, S.38.

Diskurs konstituiert wird, eben die erste Wirkung von Macht. Das Individuum ist somit die erste Wirkung von Macht. Es generiert sich erst aus ihr und wendet dieselbe über seinen Vollzug an.¹

Diese Funktion von Macht auf den verästelten, niedrigen Ebenen, in welchen sie sich manifestiert und ausgeübt wird, steigt, vermittelt durch ökonomische Vorteile und politische Nutzbarkeiten, in der Akzeptanz nach oben, in höhere soziale Gefüge und wird schließlich zu einem Teil des Ganzen. Die einstige „Übertretung“ des gesetzlichen Rahmens wird somit erst „salonfähig“ und, wenn es weiterhin politische und ökonomische Vorteile verspricht gar zum neuen Gesetz. Auf diese Weise dringt die Macht, auch wenn sie „illegal“ erscheint, in herrschendes Recht vor und etabliert ein neues. Sie „überholt“ das Gesetz und das Recht gleichermaßen und diktiert den Zugang zu denselben.

2.2.4. Recht und Disziplin als Vollzugsmechanismen der Macht

Wenn der Begriff „Recht“ hier als Vollzugsmechanismus der Macht und als Herrschaftsgenerator der Mächtigen bezeichnet wird, trifft dies nur einen Aspekt der ihm eigenen Begrifflichkeit, nämlich das Gesetz. Wenn man von Recht spricht, muss man vielmehr mit Foucault die „Gesamtheit der Apparate, Institutionen und Verordnungen“ ebenso darunter subsumieren.

Auch Benjamin vertritt im Prinzip diese Auffassung, wenn er von der Furcht vor gemeinsamen Nachteilen spricht, welche aus einer gemeinsamen Auseinandersetzung drohen. Dies bedingt ein Recht, das aus einer Gewaltnatur entspringt. Dies dient demnach als Motiv, welches aus oben genannter Furcht besteht, eine temporäre „Versöhnung“ herbeizuführen.²

Luhmann hingegen bescheinigt der Gesellschaft die Notwendigkeit Macht zu generieren, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

So ist es notwendig, Außenbindungen abzubauen und sich innerhalb zu verbinden, vernetzen. Dies bedingt allerdings immer einen Überschuss an

¹ vgl. Foucault, 1999, S.38ff.

² Benjamin, 1965, S.49.

Bindungen und Möglichkeiten, die wiederum im System durch machtbezogene Strukturbildung und Selbstorganisation leidlich umgesetzt werden.¹

Das jeweilige System operiert sozusagen in einem Feld selbsterzeugter Unbestimmtheiten, woraus sich ergibt, dass die Folgen von Entscheidungen unbestimmt sind und es dafür auch keine Sicherheit geben kann.

Auch die Luhmann'sche Position zeigt eindeutig den Charakter mimetischer Agitation, indem das jeweilige (politische) System sich auf ein „Außen“ einlassen muss, die Verbindung zum jeweils Anderen abbaut, nur um sich später, nachdem man „näher aneinander gerückt ist“ mit dem Gegner wieder zu identifizieren, um ein opferfähiges Pendant zu haben, das sich in die Stellvertreterposition gut eingliedern lässt.

2.2.5. Ökonomie der Kräfte

In der Taktikschulung aller militärischen Führungsebenen gibt es den Begriff „Ökonomie der Kräfte“. Gemeint ist hier das Haushalten und sparsamer Umgang mit personellen sowie materiellen Ressourcen, um dem Gegner mit bestmöglicher Kraft und Macht entgegenzutreten zu können. Hier darf „Kraft“ auch im Sinne von „Macht“ verstanden werden. Gemeint ist damit die Macht, seine Mittel in bestmöglicher und ökonomisch günstigster Weise einzusetzen, über die eigenen „Machtmittel“ also so zu verfügen, dass es möglichst wenige Opfer auf der eigenen Seite gibt.

Ausfluss dieses Verfahrens ist ein, wie eben dargelegt, stark effektivierte und ökonomisierte Führungsverfahren, das versucht, das Überraschungsmoment ebenso auszunutzen wie die Verunsicherung des Feindes und vieles mehr.

Genauso wird auch in der Praxis des politischen Systems agiert. Gegner werden definiert und wenn keiner gefunden werden kann, wird einer geschaffen. Dies zeigen auch die meisten praktischen politischen Argumentationen. Auch die Handlungen von politisch sowie wirtschaftlich

¹ Luhmann, 2000, S.18.

bedeutenden Akteuren, welche Feindbilder erschaffen, egal ob diese real existieren, nur um den eigenen Interessen zu dienen, ist dieser Praxis analog.¹ Diese dienen dann der Bereitstellung von Ressourcen, um den vermeintlich allgemeinen Interessen, der Macht der Menge, Geltung und Recht zu verschaffen. Diese gibt dem Volk, dem Souverän, dem Diktator, dann erst die dazu notwendige Überlegenheit, Flexibilität und damit die Kraft, Herrschaft zu etablieren.²

Analog dazu stellt auch Foucault die „Ökonomie der Macht“ dar.

Dem Volk sind die Verbrecher, ihre Bestrafung und ihre Wiedereingliederung in die Sozietät egal, wenn diese ökonomisch nicht von Bedeutung sind. Die Mechanismen hingegen, welche die Delinquenten kontrollieren, sie verfolgen und mit deren Hilfe sie „umerzogen“ werden, sind von Interesse. Vor allem innerhalb des ökonomisch-politischen Systems entsteht dadurch ein Wissen, das einen gewissen ökonomischen Vorteil und einen gewissen politischen Nutzen erkennbar macht. Betrachtet man diese Mechanismen näher, so sieht man, dass diese im Staatssystem mitgetragen und global innerhalb dieses Systems benutzt werden.³

2.2.6. Einsatz von Genealogie und Repression

Der älteste und in Europa real nachweisbare Machtmechanismus ist nach Foucault die feudale Monarchie.⁴

¹ Auch die Beziehung zum Krieg ist diesem Verhältnis immanent: Man muss hier nicht einmal weit zurückblicken um Beispiele für das Manifestieren von Feindbeziehungen aufzeigen zu können. Die jüngste Geschichte ist voll von solchen Agenden. Beispielsweise dient der „Schurkenstaat“ als Konstrukt von im Moment an der Macht stehenden politischen Gruppierungen in den USA als ausreichendes und äußerst effektiv selbsternanntes Feindbild, um im Namen der kulturellen, sozialen und .. „Freiheit“ und der bedrohten Sicherheit sogar Kriege zu beginnen und als Aggressor in ein anderes Land einzufallen.

² Diese, aus militärisch wie politischer Sicht noch etwas ungenaue Definition des Vokabels „Kraft“ kann in unserem Sinne wiederum umgedeutet werden als „Macht“, mit dem Ziel einem Gegner, Feind oder Kontrahenden Repressionen angedeihen zu lassen, wenn er nicht das tut, was das Gegenüber von ihm verlangt.

³ vgl Foucault, 1999, S. 42f. und vor allem S.45ff.

⁴ Foucault, 1999, S. 44ff.

Erst mit einem kriegerischen Diskurs ist es möglich, Machtbeziehungen in Krieg und Politik zu analysieren. Am deutlichsten treten diese im historisch-politischen Diskurs zutage. Dem Diskurs des fortgesetzten Krieges: Es ist möglich die Souveränität als eine Theorie zwischen den Subjekten zu denken, welche eine politische Bindung zwischen denselben errichtet. Das Subjekt besteht in einem Zyklus mit anderen Subjekten und ist hier immer in einer Machtbeziehung unterworfen oder übergeordnet zu denken.

Die Souveränität wird hier nach drei Elementen geformt: Erstens jene des zu unterwerfenden Subjekts, das sich in Verstrickung mit „Gesellschaft“ der Repression zu beugen hat oder untergehen muss. Zum Zweiten die begründende Einheit der Macht, welche meist auf den Ursprungsmythen, Geschichten oder den oben genannten Feindbildern basiert. Und zum Dritten die zu respektierende Legitimität. Diese wird über juristische Argumentation vermittelt und duldet somit keinen Widerspruch.

Diese drei Elemente: Subjekt, Einheit der Macht und Gesetz sind der Theorie der Souveränität eigen und bestimmten den Umgang mit dieser schon die letzten Jahrhunderte.¹

Dennoch erkennt Foucault dieses Modell als ungeeignet, Machtoperationen und Machtbeziehungen zu analysieren.

Erst in einer Auseinandersetzung mit den Herrschaftsträgern, den an der Macht stehenden und politisch handelnden Akteuren und ihrer Abfolge kann dieser historisch-politische Diskurs enttarnt werden als ein Gründungsmythos, ein Manifestieren von Macht aus Repression und Gewalt. Ein unter unzulässigen Argumenten und fadenscheinigen Geschichten gesponnenes Regelwerk, welches bei näherer Betrachtung in sich zusammenfällt und nur durch die gegenseitige Annahme der Regeln durch die Subjekte und die Verschiebung der „unqualifizierten Wissen“ ins Abseits funktionieren kann.

¹ vgl. Foucault, 1999, S.52ff.

2.2.7. Macht und Krieg

Wie ist nun dieses Regelwerk in die Auseinandersetzung allgemein und in den Kampf im Speziellen eingebettet?

Die Antwort kann nur innerhalb des jeweiligen Systems zu finden sein, denn wie schon oben genannt, scheinen die Formen der Opferbildungen, Koalitionsmöglichkeiten und Regelwerke sehr unterschiedlich zu sein.

2.2.7.1. Die historischen Subjekte der Macht

Man kann davon ausgehen, dass es in einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Nationen meist zu Beginn einer Rechtfertigung bedarf, um den jeweils Anderen abschlagen zu können. Eine Rechtfertigung, um auch das Blut des eigenen Volkes, welches in einem Krieg unweigerlich vergossen wird, als gut, notwendig oder gerecht erscheinen zu lassen.

Mit Foucault können nun drei verschiedene Subjekte ausgemacht werden: Zum einen die Barbaren, die je nach Gebrauch verleugnet, inhaliert oder ausgestoßen werden können. Zum Zweiten die Wilden, welche sich jeder Sozialisation widersetzen, aber dennoch als Grundleger der Gesellschaft durch den Tauschhandel gelten. Und zum Dritten die eigenen Bürger, Verbündeten und Gleichgesinnten die den Kreis der „wertvollen“ und somit schützenswerten Subjekte bilden.¹

2.2.7.2. Gewalt als Machtmedium

Der Machthaber kann den Barbaren, den Anderen darstellen, wie es die jeweilige Lage erlaubt und das eigene Volk dies auch zu übernehmen bereit ist. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass eben die physische Gewalt

¹ Michel Foucault unterscheidet im historisch-politischen Feld drei Filterungen des Barbaren, um ihn für eine Nation nutzbar zu machen, ihn sozusagen zu „inhalierten“: Die erste ist ein Ausweichen, ein Umschiffen der Machtausübung. Es wird behauptet, dass es gar keinen Barbaren gibt, welcher als Repressionsgrund anzugeben ist. Die Zweite konzentriert sich auf die Argumentation, dass der Barbar, der Eindringling deshalb so stark ist, weil er brutal und egoistisch orientiert ist, sich aber in der Fremde oder im eigenen Land sozialisiert hat und das eigene System durch das, was einst gefürchtet war befruchtet und gestärkt hat. Und zum Dritten eine Unterscheidung verschiedener Barbareien, von denen eine als gut und die andere als böse angesehen wird (vgl. Foucault, 1999, S.218ff.).

dasjenige Drohmittel ist, welches sich für die Erzeugung des Mediums Macht und zugleich zur Ausdifferenzierung eines Funktionssystems für Politik eignet.¹

Physische Gewalt ist nämlich außerordentlich organisationsfähig. Der Machthaber braucht dieselbe nicht einmal selbst auszuüben.² Es muss nur plausibel sein, dass er sie durch andere ausüben lassen kann.³

Es scheint somit klar zu sein, dass es nicht der direkten, aggressiven Ausübung von Gewalt bedarf, um in einem bewaffneten Konflikt eintreten zu können. Auch Drohung und Stärkenunterschiede sowie taktische und Geländebedingte Vorteile manifestieren in einem Krieg Machtverhältnisse, welche sich dann auch direkt auf das Geschehen auswirken können.

2.2.7.3. Machtnutzung im Krieg

Als Entscheidungsträger wird meist der Machthaber zum Hauptträger der Nutzung der jeweils vorhandenen Möglichkeiten der Ausübung von Macht. Diese Macht ist eben jene konkrete Größe, die ein Individuum innehat, um politische Macht oder Souveränität zu gewinnen.⁴

Durch das oben Gesagte ist allerdings klar, dass dieser nicht unbedingt „am Schlachtfeld“ erscheinen muss, um das durchsetzen zu können, was vom Machthaber als notwendig erachtet wurde.

Innerhalb eines solchen Konfliktfeldes erscheint es dann auch als legitim, dieselben Repressionen den eigenen Soldaten und Gleichgesinnten zuzuführen, welche einstmals dem Gegner zugekommen wären. Die Bestrafungen für Deserteure oder ähnliches sind ein gutes Beispiel für eine solche Umkehrung der Gewalttätigkeit.

¹ vgl. dazu auch: Kap. 3.1.2.

² Hier ist unter „physischer Gewalt“ allerdings nicht nur Waffengewalt zu verstehen. Auch Informationen können dieselben Wirkungen haben, wenn diese von großer Bedeutsamkeit, unangenehm oder aufhetzend sind.

³ vgl. Luhmann, 2000, S.55.

⁴ vgl. Foucault, 1999, S.23.

Diese Umkehrung und die Annahme derselben durch die handelnden Akteure wären allerdings nicht möglich ohne dass es eine relativ ausdifferenzierte und normierte Legitimation gäbe.

2.3. Gesetz und Normierung im Krieg

Durch einen Kriegsfall wird immer auch ein Teil der bereits bestehenden Rechtsgewalt verletzt.

Diese Auflösung von Rechtsgewalt stellt nun einen besonderen Akt der Normierung dar. Sie wurzelt in der eingangs behandelten mythischen Gewalt und kann durchaus, wie Walter Benjamin dargelegt hat *als „...Blutgewalt über das bloße Leben um ihrer selbst ...“*¹ gesehen werden. Diese Gewalt fordert Opfer und drängt andererseits auf die Legitimation und Versöhnung durch dieselben.

Analog dem Terminus des „versöhnenden Opfers“ wird so durch die Schlacht, ein in das Säkulare verschobenes und durch Individuen geprägtes Ritual vollzogen. Dieser opferbildende Ritus geht einher mit der bereits beschriebenen Gewaltlegitimation der Opferung an sich und hat eine starke Affinität zum Sakralen.²

2.3.1. Recht und Grenze der Macht

Das Vorgehen, welches das Recht begründet und rechtfertigt, diktiert somit auch das jeweilige Gesetz. Passiert dies, so stellt es sich immer als Gewaltakt heraus. Ein Gewaltakt, der weder als gerecht, noch als ungerecht in sich selbst ist.

Dieser Punkt, an dem der Diskurs in sich selbst, in seiner performativen Macht gleichzeitig teilhat und begründet, stellt somit auch die Grenze desselben dar.³

¹ Benjamin, 1965, S.60.

² Siehe auch Kap. 1.2.f.

³ vgl. Derrida, 1996, S28ff.

Weil dieses Vorgehen, diese Gründung, in der bewaffneten Auseinandersetzung im Allgemeinen und in der kriegerischen Handlung im Speziellen bereits etabliert ist, sich sozusagen bereits erfüllt hat, existiert sie eben dort nicht mehr.

Eine solche Gründung ist nun wiederum durchaus vergleichbar mit der Gründung des opferbildenden Mythos. Das Ausbleiben einer mimetischen Verstrickung, diese Inexistenz von Mimesis in einer Beziehung hätte hier allerdings zur Folge, dass der eine Teil den anderen nicht verstehen könnte und dass es notwendigerweise zu einem Konflikt kommen muss.

Ein Beispiel für fehlende Mimesis stellt der Konflikt in Afghanistan dar, der durch die USA als Propagandafeldzug „gegen den Terror“ geführt wurde, sich jedoch in diesem Sinn als unwirksam herausstellte. Keine der beiden Seiten konnte das Gegenüber „erkennen“. Es gab weder spiegelbildlichen noch informativen Austausch. Die Etablierung eines Feindbildes war so (vor allem auf US-amerikanischer Seite) unmöglich. Genauso leitete die Propaganda fehl, da die Taliban keine Bedürfnisse aufbauen konnten und dadurch auch keine mimetische Bindung an den Gegner hatten.

Nachfolgend geht es vielmehr darum den Abglanz des jeweiligen Rechtes so lange als möglich zu erhalten. Aus trivialen Gründen, der Teilhabe aller Verbündeten an einer wie auch immer gearteten Rechtslage und utilitaristischer Motivation (Kant würde sagen „pflichtgemäß“, nicht „aus Pflicht“ einem allgemeinen Gesetz folgend) muss nun das „alte“ Recht, die „alte“ Macht vergehen.

Danach, wenn ein Paradigmenwechsel für die eine oder andere Seite feststeht, wird ein neues „Gesetz“ etabliert, das sich meist an der Rechtsmeinung des Siegers orientiert. Dieses Recht und demzufolge auch das Gesetz wird ab diesem Zeitpunkt den zivilen Institutionen als Richtschnur des Handelns gelten und in weiterer Folge von der Politik fortgeführt, entwickelt und ausgebaut.

Hier bietet sich beispielsweise die Betrachtung des Falkland-Krieges seitens Großbritanniens an: Nachdem die Aufständischen ihre Unabhängigkeit

erklärten musste das Empire mittels eines bewaffneten Konfliktes eben diesen Aufstand niederschlagen. Danach wurde die englische Gesetzgebung und Herrschaft im Atlantik gefestigt.

Dieser Einsatz ziviler Institutionen dient bislang jedoch nur als Instrument für einen Krieg, der grundsätzlich ein Krieg bleibt. Sie sind Instrumente einer Herrschaft, welche eine Herrschaft kriegerischen und invasorischen Typs ist.¹

Auch irreguläre Kriege können mit diesem Modell erklärt werden. So zum Beispiel ein Aufstand oder eine Revolution, der die Rechtslage ändert, bis hin zum Bürgerkrieg, in dem es um die (Wieder-) Erlangung von brauchbaren Lebensverhältnissen geht.

2.3.2. Gesetz, Herrschaft und Unterwerfung

Um Gesetze und Herrschaft im historischen Sinn herstellen zu können braucht man eine Instanz in der sich diese Beziehungen festigen können. Die Nation ist einer der Begriffe, welche auch M. Foucault dafür tätigt.

2.3.2.1. Die Nation als Generierung von Herrschaft

Das Paar Gesetz – Gesetzgebung ist die formale Bedingung einer Nation.

Um aber über den Formalismus hinauszugelangen und eine Nation auch empirisch manifestieren zu können braucht es weitere substanzielle Bedingungen. Diese sind hier nicht durch eine horizontale Beziehung zu anderen Gruppen charakterisiert, sondern sind im Gegenteil eine vertikale Beziehung. Diese manifestiert sich ausgehend vom Körper der Individuen, die in der Lage sein müssen, einen Staat zu bilden, hin zur Manifestation der effektiven Existenz des Staates.

Innerhalb dieser Achse Nation/Staat lässt sich nun die Nation erst charakterisieren und situieren.²

¹ vgl. Foucault, 1999, S.260.

² vgl. Foucault, 1999, S.253ff.

Bevor es also einen realen Staat geben kann, muss es diese Nationalität (als staatliche Virtualität) geben.

Innerhalb der Nation wird demnach nicht der Ruf nach Beherrschung anderer Nationen oder Staaten laut. Vielmehr ist jede Nation eben mit dem Gegenteil beschäftigt, der Selbstverwaltung und der Konstitution und Erhaltung der staatlichen Macht.

Sie ist somit nicht mehr in der barbarischen und daher kriegerischen Tradition verhaftet, sondern stellt einen eigenständigen Teil der je eigenen Selbstverwaltung und Herrschaft dar.

„Die Nation ist der aktive und konstitutive Knoten des Staates.“¹

2.3.2.2. Gesetzeskraft als Unterwerfungsstrategie

Es gibt kein Gesetz ohne Anwendbarkeit und keine Anwendbarkeit des Gesetzes selbst ohne Gewalt.

Mit Derrida vereint Gewalt in diesem Zusammenhang zwei Bedeutungen: die der Gewalttätigkeit, einer rohen und „barbarischen“ Form der Gewalt, und die einer legitimen Macht, einer gerechtfertigten Autorität.²

Das Gerechte und Angemessene impliziert die Notwendigkeit der Gewalt mit der es durchgesetzt werden muss. Das bedeutet aber auch, dass es Situationen gibt, in denen die Gewalt (in Derridas Sinne „Kraft“) bestimmen könnte, was gerecht und angemessen bedeutet. Im rekursiven Schluss hat dies aber keine reale Bedeutung, da die (augenscheinliche) Wahrheit vom jeweiligen System determiniert ist und bei einem Paradigmenwechsel durchaus in eine abgeänderte Form überführt werden kann.

„Die Gerechtigkeit des Rechts ... , die Gerechtigkeit als Recht ist nicht (dasselbe wie) die Gerechtigkeit.“³

¹ Foucault, 1999, S.258.

² vgl. Derrida, 1991, S.13

³ Derrida, 1991, S.25.

Ähnlich beurteilt hier auch Luhmann bei der ursprünglichen Legitimität des Politischen diese beiden Rollen der Gewalt: Einerseits gibt es Gewalt, die man nicht auf sich beruhen lassen kann und es gibt andererseits eine ordnungsstiftende zur Austreibung von irregulärer Gewalt dienende „politische und insofern legitime“ Gewalt.¹

Diese Legitimität der Gewalt hat man jeweils an kulturelle und institutionell etablierte Wertbeziehungen gebunden und die Individuen der Nation darunter subsumiert. Der Bürger ist somit durch diese Gesetzeskraft, welche sich aus diesen Verbindungen und Institutionen ergibt, gebunden. Er ist unterworfen, in dem Sinne der tradierten Sache dienlich zu sein.

2.3.3. Souveränität als Disziplinierung und Normierung

Die rechtlich-politische Theorie der Souveränität stammt aus dem Mittelalter und war eine Wiederbelebung des römischen Rechts. Ursprünglich war die Theorie der Souveränität zurück zu beziehen auf einen effektiven Machtmechanismus – die feudale Monarchie. Später diente sie als Instrument der Rechtfertigung bei der Konstitution der großen administrativen Monarchien. Danach diente Sie genauso als Waffe für die Machtstärkung der Könige sowie als Machtbegrenzung gegen dieselben. Zuletzt ging es darum, den autoritären Monarchien ein Alternativmodell entgegenzusetzen: die parlamentarische Demokratie.

Solange die Gesellschaft feudalen Typs andauerte, erfasste diese Theorie nur den allgemeinen Mechanismus der Macht und die Ausübung derselben von oben nach unten. Das Souveränitätsverhältnis deckte also ursprünglich den gesamten sozialen Korpus ab. Die Art der Machtausübung konnte jedenfalls mit Souverän – Untertan ausgedrückt werden.

Mit der Etablierung der ökonomischen, über Steuersysteme und Güterherstellung erreichbaren Machtpositionen änderte sich auch der Typus

¹ vgl. Luhmann, 2000, S.122.

von Machtausübung. Nun verbindet sich die Theorie der Souveränität mit den Gütern und Reichtum. Dadurch wird ab dem 17. – 18. Jahrhundert Macht ausgeübt.

Diese Souveränität bedingt allerdings ein Rechtssystem, dem die Disziplin unterzuordnen ist, da sonst eine Disziplinarmacht und das Zusammenleben ausgeschlossen gewesen wäre. Die Rechtssysteme ermöglichten sozusagen eine Demokratisierung der Souveränität. Dies drückte sich auch darin aus, dass der Disziplinarzwang zugleich Herrschaftsmechanismus war (noch immer ist?), welcher in praxi durch Gesetzesbücher und vervollständigte Rechtsapparate präsent gehalten wurde.¹

2.3.3.1. Souveränität und Disziplin

Der aus diesem Diskurs der Theorie der Souveränität hervorgegangene Mechanismus der Disziplin muss vom öffentlichen Recht der Souveränität unterschieden werden.

Die Disziplin, besser: die Disziplinen, gehorchen nun nicht mehr den Regeln des souveränen Willens, sondern stellen einen von den natürlichen Regeln abgeleiteten Diskurs dar. Sie definieren Gesetze und Gesetzmäßigkeiten, welche ein System der Normalisierung darstellen.

Auch der Diskurs der Humanwissenschaften wird grundsätzlich durch diese beiden parallel ablaufende Diskurse überhaupt erst ermöglicht.

Heute wird Macht durch das Recht einerseits und durch die in das Recht eindringenden Techniken der Disziplin ermöglicht. Die Normalisierungsverfahren kolonisieren sozusagen das Recht und die Gesetzesverfahren.

2.3.3.2. Souveränität und Norm

Die Normalisierung und die disziplinarischen Normalisierungen kollidieren mehr und mehr mit dem Rechtssystem der Souveränität je klarer die

¹ vgl. Foucault, 1999, S.47ff.

Unvereinbarkeit des einen mit dem anderen hervortritt. Je mehr dies augenscheinlich wird, umso notwendiger wird auch ein schlichtender Diskurs. Foucault nennt diesen einen „Macht- oder Wissenstyp, der seine wissenschaftliche Sakralisierung neutralisieren würde“.¹

Gerade im Krieg kann man sehen, wie sich der Mechanismus der Disziplin und das Prinzip des Rechts gegenseitig einschränken, kollidieren und dennoch auf gewisse Weise austauschen.

In diesem Konflikt, in dem sich Disziplin als Normierungsfaktor und das Recht als Souveränität befinden, generiert sich die Macht. Es sind dies die Machtmechanismen, welche Unterdrückung und Herrschaft im modernen Sinn schaffen.

Die Theorie der Souveränität etabliert so einen Kreislauf zwischen Individuen, welche in einem Herrschaftsverhältnis zueinander stehen. Sie pendelt sozusagen von einem Subjekt zum anderen und zwischen Macht und Mächten. Des Weiteren zielt sie darauf ab, die wesentliche Einheit der Macht zu begründen.

Diese Theorie, wie sie vor allem Foucault darstellt, ist allerdings nicht brauchbar um Machtbeziehungen zu analysieren. Sie dient lediglich als Spielball für die wechselseitig bedingte Dualität von Legitimation und Gesetzgebung.²

Auch Luhmann erkennt dies und nennt die Ausflüsse dieser Machtbeziehung „Souveränitätsparadoxie“, die durch verschiedene Strategien des Entscheidens entschärft werden musste. Die letzte und auch für uns

¹ Foucault, 1999, S.49.

² M. Foucault nennt dies „eine Art Sackgasse ... wir können das ... nicht immer so weiterlaufen lassen.“ (Foucault, 1999, S.50.) Was Foucault allerdings nicht sagt, ist, dass die Unfähigkeit zur Analyse hier nicht die Notwendigkeit der Betrachtung ausschließt. Im Gegenteil ist es notwendig diese Betrachtung zu machen, um eine Fortführung des Machtgefüges kenntlich werden zu lassen. Denn dieses Machtgefüge operiert auch heute noch im realpolitischen Alltag und bestimmt diesen in äußerst dominanter Form.

bedeutsamste Strategie arbeitet mit dem Begriff der „Gewaltenteilung“, die sich entwickelt und in der heute üblichen Form der Legitimation gipfelt.¹

2.3.4. Gesetz und Krieg

Schon von Clausewitz erkannte, dass man einer kausalen Einteilung von Gesetzen des Krieges keine Beachtung oder nur in sehr geringem Umfang gewähren sollte. Je mehr sich Wirkungen in unserer materiellen Welt äußern, desto unübertragbarer stellen sich einzuhaltende Gesetze im Krieg dar.

Die innere Ordnung, Führung und Anlage eines Gefechtes ist leichter durch eine theoretische Gesetzgebung zu bestimmen als den Gebrauch derselben real durchzusetzen.

Hierbei muss die Taktik, welche angewandt wird und praktisch wirksam ist, jedenfalls unterschieden werden von der Strategie, die sich im Vorfeld eines Kampfes mit den globaleren Attributen und Grundsätzen beschäftigt.

Die Theorie muss sozusagen passen, wenn die Praxis passiert. Daher wird auch die Taktik jeweils weniger Schwierigkeiten einer Theorie haben als die Strategie.

Daher fordert von Clausewitz auch auf, die Theorie des Kriegsgesetzes und der Gesetzmäßigkeiten im Krieg als Betrachtung aufzufassen und nicht als Lehre.²

Die These lautet somit: Die Praxis der Kriegsgeschehnisse entzieht sich der gesetzgeberischen Komponente der Strategie und bildet eine mäßig reflexive Komponente auf die Gesetze des jeweiligen Machtapparates.

Ähnlich, wenn auch nicht in dieser Strenge, beurteilt auch Foucault das „Recht auf Tod“³ im evolutionstheoretischen und rassistischen Zusammenhang.

¹ Luhmann, 2000, S.33.

² vgl. von Clausewitz, 2003, S.110.

³ Foucault, 1999, S. 298.

2.3.4.1. Rassismus als Legitimation

Man kann seinem Gegner nicht den Krieg erklären, ohne dass man seine eigene Bevölkerung dem Krieg aussetzt. Zu diesem Anlass greift die Macht (wie auch immer diese manifestiert wurde) ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Rassismus.

Es geht ab diesem Zeitpunkt somit nur mehr darum, den Anderen, Andersartigen oder Fremden als „Monströsen Doppelgänger“ zu erkennen. Dieser muss dann mit allen Mitteln unschädlich gemacht werden, auch zum Schutz der eigenen Leute.

Beginnend mit diesem Kriegs-rassismus, welcher am Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal auftrat erschien es notwendig, Krieg zu führen. Eine Bio-Macht bestimmte sozusagen die Absicht, Krieg zu führen und wusste nicht, wie sie den Willen zur Zerstörung des Gegners und das Wohl der eigenen Rasse, die umsorgt und beschützt werden musste, miteinander verbinden sollte.

Im Krieg geht es somit nicht nur darum, den politischen Gegner zu liquidieren. Sondern darüber hinaus die gegnerische Rasse, als eine Art biologischer Gefahr, welche sie für die eigene Rasse darzustellen scheint, zu zerstören.

Es handelt sich dabei jeweils um eine biologische Extrapolation des Themas des politischen Feindes. Die Vernichtung des Gegners wird hier als Gesetz behandelt, das von höchster Stelle des kriegerischen Treibens gegeben erscheint. Überdies dient dieser „gerechte“ Krieg nicht nur als Stärkung der eigenen Rasse durch die Vernichtung der gegnerischen, sondern auch der „Reinhaltung“ des eigenen Erbgutes.

„Je zahlreicher jene sein werden, die durch uns umkommen, um so reiner wird die Rasse sein, der wir angehören.“¹

¹ Foucault, 1999, S.298.

Auch in der Politik zeigt sich die Tendenz, dass das jeweilige Gesetz und die Gesetzgebung als ein Akt höchster politischer (vorher war es die „kriegerische“?) Gewalt begriffen wird. Das „Recht“, mit welchem agiert wird, ist in diesem Sinne „positives“ Recht und umgekehrt wird die Politik danach gezwungen, sich daran zu halten.¹

Jeder, der sich dieser Direktive widersetzt gilt als Gegner und wird analog behandelt, wie die rassistische Kriegsmaschine ihre Gegner behandelt.

2.3.4.2. Bio-Macht ist Disziplinierungsinstrument

Um nun die Ziele der Machterhaltung im rassistischen Kontext durchsetzen zu können, benötigt das System einen klaren Auftrag zur Disziplinierung der Masse der Bevölkerung. Erst in einer universell versicherungsförmigen, universell regulierenden, universell beruhigenden und disziplinären Gesellschaft, die als ein unmittelbares Ziel die Kontrolle über die den biologischen Prozessen eigenen Zufälle erlangen will, ist die „vollkommenste Entfesselung der Tötungsmacht“ auch denkbar.²

Im Zweifelsfall ist in einem so gelagerten Staat jedermann erlaubt, das Recht über Leben und Tod auszuüben. Und sei es nur durch Denunziation, Nachrede oder sonst eine verbale gewalttätige Machtausübung. Diese dient demnach dem Staat wirksam zu werden und den „Anderen“ als Auswurf und wertlose Kreatur zu handeln, ihn sozusagen aus der Gesellschaft „hinauszukomplimentieren“ und so der Vernichtung anheim zu stellen.

Auch in unserer Gesellschaft gibt es analoge Verhaltensmuster, wenn auch nicht in dieser Strenge, so doch aus denselben Grundlegungen. Hier stellt das Schlechtmachen, Mobbing oder ähnliches eines anders Denkenden,

¹ vgl. Luhmann, 2000, S.389f

² Gemeint ist in diesem Zusammenhang das Nazi-Regime, das wie kein anderes in der Geschichte die biologischen Regulierungen auf straffere und nachdrücklichere Weise aufgenommen und sublimiert hat. Die Bio-Macht sowie die Disziplinarmacht wurden von diesem Regime aufgegriffen und zum äußersten Einsatz gebracht. Sei es der Zugriff auf das Biologische, die Fortpflanzung, die Nachkommen bis hin zur Erfassung von Krankheiten und Unfällen. Vgl. dazu auch Foucault, 1999, S.300.

Andersfärbigen oder eines in sozialer Schicht meist schlechter gestellten Menschen die verkappte, sublimierte und verschleierte Form eben dieser „Bio-Erhaltung“ dar. Meist allerdings wiederum aus Unwissenheit, Unsicherheit oder Unverständnis der Situation. In diesem Zusammenhang stellt die Unsicherheit der Menschen gewiss das größte Problem dar. Auf die Notwendigkeit von Unsicherheitsabsorbktion für ein solches System wird im Laufe dieser Arbeit noch näher einzugehen sein.¹

Ein weiteres Argument für den Schutz der eigenen Rasse stellt die Bio-Macht in der Prämisse, dass der Krieg explizit zum politischen Ziel erklärt wird. Nicht einfach um einen politischen Zweck zu erreichen, sondern um etwas zu etablieren, das eine Art letzter Zweck, eine entscheidende politische Phase darstellt. Die Politik muss gezwungenermaßen in den Krieg münden, der Krieg sozusagen die „Krönung“ all dessen sein.²

2.3.4.3. Machtmittel des Krieges

In einem so gearteten System fügen sich nun die beiden Mechanismen, der klassische, der dem Staat das Recht über Leben und Tod verleiht und die Bio-Macht, die den Bürger rund um Disziplin und Regulierung organisiert zu einem Gebilde zusammen. Die Bio-Macht kommt so zum Ziel, die eigene Bevölkerung genauso töten zu können wie es vormals nur dem Feind zugekommen wäre.

Ein Ausfluss dessen, was Bio-Macht als Disziplinierungsmechanismus etabliert, ist die Vorstellung, dass Gesellschaft oder Staat oder das, was an die Stelle des Staates treten soll, im Wesentlichen die Aufgabe hat, das Leben in Beschlag zu nehmen, es zu gestalten, wo es notwendig erscheint umzugestalten, zu vermehren und die Zufälle, die immer passieren, möglichst

¹ Siehe zum Begriff der „Unsicherheitsabsorbktion“ auch Kap.3.1.2.1.

² Vgl. auch Foucault, 1999, S.301.

zu kompensieren. Die Chancen und biologischen Möglichkeiten müssen davon durchlaufen und eingegrenzt werden.¹

Vor allem im biologischen, evoluierten Rassismus ist dies manifest. Sei es, um das Recht zu disqualifizieren durchzusetzen, sei es sich das Recht herauszunehmen zu eliminieren oder zu töten.

Aus diesem Grund ist auch ein Krieg nicht denkbar ohne zumindest einen Rückgriff auf diese biologistische Machtvariante zu tun. Die Möglichkeiten unserer Politik als Rechtsetzungsinstanz allerdings werden immer wieder auf der einen oder anderen Argumentation zu denselben Problemen Stellung nehmen und dazu auf diese Bio-Macht zurückgreifen. Sie funktionieren somit in letzter Instanz, in der Instanz, die sich mit der aktiven und praktischen Auseinandersetzung abspielt immer in den Kategorien der Bio-Macht und stellen so nichts anderes dar, als die sich im Krieg augenscheinlich manifestierende Rechts- und Disziplinierungsmacht.

Weil es dabei meist nicht mit denselben Mitteln passiert, ist hier die Grundannahme der Bio-Macht in ihrer disziplinierten und rechtssetzenden Rolle allerdings ebenso grundlegend. Die Abgrenzung der beiden Theorien liegt so nicht in der zeitlichen Abfolge (wie auch später noch darzulegen sein wird), sondern alleine in der Wahl der Mittel.

¹ Vgl. Foucault, 1999, S.302ff.

Kapitel 3

GEWALT UND HERRSCHAFT IM POLITISCHEN SYSTEM

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“¹ (Karl Marx)

K. Marx geht in diesem Zusammenhang von der Verteilung der „so genannten ursprünglichen Akkumulation“ aus. Diese stellt ursprünglich nur einen Erweiterungsprozess des Kapitals dar und dient der Genesis des industriellen Kapitalisten.²

Die ursprüngliche Akkumulation verteilte sich in mehr oder minderer zeitlicher Reihenfolge auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England im 17. Jahrhundert. Im späten 17. Jahrhundert etabliert in England dann das herrschende Kolonialsystem verschiedene Systeme, wie das Schuldensystem, Protektionssystem, etc. Diese Methoden beruhten teilweise auf brutaler Gewalt und teilweise auf ihrer veränderten, sublimierten Form, der Staatsmacht.³

Auch in der politischen Variante der Gewalt ist es notwendig, diese, wenn auch auf ökonomische Potenzen gerichtete Aussage zu verifizieren. Die Gewalt, ob ökonomischer, politischer oder kriegerischer Natur, ist hier der Ursprung von Herrschaft und Machtausübung.

3.1. Gewalt in der Politik

Die Gewalt, die in der Politik wirkt, muss unterschieden werden von der Gewalt, welche durch sie wirkt. Die eine ist, wie wir sehen werden, die Politik erst möglich machende, interne, etablierende und legitimierende Gewalt. Die

¹ Zit.: Karl Marx: „Das Kapital – Erster Band“, Karl Dietz Verlag, Berlin, 2001, S.779.

² Siehe dazu vor allem K. Marx: „Das Kapital - Erster Band“, VII. Abschnitt, 23. Kap, S.640ff. und S.657ff. über den Akkumulationsprozess; sowie VII. Abschnitt, 24. Kap., S. 741 über die so genannte ursprüngliche Akkumulation. Hier vor allem über die Genesis des industriellen Kapitalisten, S. 777ff.

³ Auch wenn es bei Marx um den ökonomischen Aspekt geht, kann die Wirkungsweise der Gewalt und hier vor allem der Staatsgewalt als treffende Beschreibung für die politische und die kriegerische Gewaltwirkung herangezogen werden.

letztere ist die Gewalt, die sich über das eigentlich politische Agieren hinausbewegt, die Gewalt, welche delegiert wird und an anderer Stelle, wie im Gerichtswesen, den staatlichen Institutionen und der Exekutive praktisch wirksam wird.

Am besten kommt Gewalt in den Konflikten zum Vorschein, die sich noch nicht durch bereits etablierte Machtverhältnisse beeinflusst darstellen. Dies ist bei der direkten Ausdifferenzierung eines politischen Systems der Fall. Hier geht es nicht allein darum, praktisch wirksame Entscheidungen zu treffen, wie es in einem bereits etablierten System der Fall ist, sondern auch und vor allem darum, Strukturen zu bilden, die ein praktisches Arbeiten und Zusammenleben erst ermöglichen.

3.1.1. Konflikte im politischen System

Die Ausdifferenzierung eines politischen Systems kann nur gelingen, wenn intern auch Konflikte zugelassen werden.

Ein Versuch, ohne interne Konflikte zu bestehen, stellte schon die Gremien der französischen Revolution vor ein nicht lösbares Problem.

In der Vorstellung, sie seien die „volonté générale“ lies man zunächst keine Fraktionsbildung zu. Dies änderte sich jedoch rasch, als die ersten Entscheidungen getroffen werden sollten, welche kontrovers diskutiert wurden.

Die Mitglieder der Assemblée Nationale teilten sich bei dieser Gelegenheit in verschiedene Lager, aus welchen auch der Abstimmungserfolg für die jeweilige „Fraktion“ ersichtlich wurde.¹

Dieses Schema von links/rechts ist ein rein politisches. Und so zeigt sich die politische Konfliktaustragung als Deutung, bei gewissen Themen als „Entscheidungshilfe“ zu dienen. Es wird gleichermaßen ein politischer Konflikt

¹ vgl. Luhmann, 2000, S.94f.

Es ist hierbei müßig zu erklären, welche der Fraktionen welcher gedanklichen, philosophischen und politischen Richtung zuzuordnen war und noch immer ist. Die Begriffe „rechts“ und „links“ haben seither mannigfache Wandlungen erfahren und sie haben heute augenscheinlich andere, dekonstruierte Positionierungen als zur Zeit ihrer Etablierung.

inszeniert, sodann eine Parole, ein „Slogan“ ausgegeben, und diese dient danach als Garant für die Linientreue der „Verbündeten“.

Sollte es dennoch zum Widerspruch eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppierung innerhalb der Fraktion kommen, wird der Opferungsmythos bemüht und der- oder diejenigen, die es betrifft, im Sinne einer klassischen Überhöhung zum „monströsen Doppelgänger“ erklärt.¹

Dieser muss demnach geopfert werden und gilt danach nicht mehr als Gefahr. Die derzeitige politische Gefährdung wird so auf eine andere Ebene verbannt, abgekapselt und in praxi Schadensbegrenzung betrieben.

Hier zeigt sich offensichtlich dieselbe Unterordnung, welche wir im Herrschaftssystem des bewaffneten Konfliktes bereits erwähnt haben.

Der Vorgang gliedert sich in die Praxis des täglichen politischen Geschäfts nahtlos ein, wird automatisiert und in das Unterbewusstsein verschoben. Danach kann die Strategie oftmals angewandt werden, ohne dass die jeweilige Fraktion Erklärungsbedarf hätte oder gar um ihr Bestehen bangen müsste.

3.1.2. Machtbeziehung und Gesellschaftsstruktur

Macht ist in ihrer Struktur ein generalisiertes Potential, ein generalisiertes Medium.

Es liegt dabei nahe, dieses Potential als Mittel für (vorerst) undefinierte Zwecke zu sehen und erst später den Gebrauch derselben zuzulassen. Drohung mit physischer Gewalt allein baut bereits in einer Sozietät solche Spannung und Repression auf, dass man darauf einen regelrechten „Erzwingungsapparat“ aufbauen kann.²

Geht man von einem Gesellschaftssystem aus, welches diese Drohmacht nicht mit Waffengewalt ausüben muss, gibt es subtilere „Varianten“ der

¹ Siehe auch Kap.1.3.3.

² Luhmann, 2000, S.56.

gewalttätigen Drohung, welche allerdings immer auf dieselbe Struktur hinauslaufen.

Vor allem bei Organisationen, welche nicht mit Pistolen regiert werden, sondern mit der Förderung und Nichtförderung von Karrieren, besteht ein ursächlicher Zusammenhang mit der real ausgeübten Gewalt einer rivalisierenden opferkultischen Handlung und einer angedrohten Entlassung.

Überall, wo physische Gewalt nicht direkt zur Verfügung steht, können dann einerseits rechtliche Regulierungen und andererseits noch subtilere Mechanismen eingreifen, die sich aus der Organisationskultur, dichten wechselseitigen Abhängigkeiten oder etablierten Interaktionssystemen ergeben.¹

3.1.2.1. Unsicherheitsabsorption als Bindungsmodus

Unsicherheit kann ein Medium darstellen, welches vor allem in Sozietäten als Machtmedium gebraucht werden kann. Wer über die Möglichkeit verfügt, sich die Unsicherheit anderer zunutze zu machen, hat die Möglichkeit innerhalb eines sozialen Systems diese Macht zu gebrauchen. Dabei sei es dahingestellt, ob derjenige die Macht überhaupt nutzbar machen kann, sie zu nutzen versteht.

Unsicherheitsabsorption ist in diesem Zusammenhang eine angenommene, positive Kommunikation innerhalb eines Machtgefüges. Informationen werden ausgewertet, mit der Folge, dass im weiteren Verlauf der Kommunikation nur mehr diese Auswertung besprochen wird. Die Ausgangsinformationen per se bleiben damit unberührt.

Die negative Form dieser Kommunikation wäre eine abgelehnte Variante der Information: Die Information wird erinnert und als eine nicht realisierte Möglichkeit „potenziert“. Das System reproduziert sozusagen ein Negativbild einer vergebenen Möglichkeit.²

¹ vgl. Luhmann, 2000, S.56f.

² vgl. Luhmann, 2000, S.36f. sowie S.237ff.

Diese Zweiteilung der Möglichkeit der Kommunikation nennt Luhmann „Bifurkation“.¹

Nach erfolgter Bifurkation kehrt das System nie mehr an seinen Ausgangspunkt zurück. Es kann sich (wie im Übrigen der Verlauf eines Gefechtes mit Waffengewalt auch) nicht mehr in der Zeit rückwärts bewegen um an den Ausgangspunkt vor der Informationsgebung zu gelangen.

Als zweite Möglichkeit von Unsicherheitsabsorption in vielen Organisationen dient die Sicherheit, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen.

Hier steht vor allem die politische Organisation auf dem Programm. In einem operativgeschlossenen System können im Lauf der Zeit die Entscheidungsprozesse „durchsichtiger“, berechenbarer und beobachtbarer gemacht werden. Dadurch passiert es, dass Autorität die Entscheidungen ausreichend erläutert und begründet.

Das Subjekt kann damit in einem gewissen Ausmaß an der Entscheidungsfindung teilhaben, auch wenn es keine Einwirkungsmöglichkeit hat.

So erzeugt die Organisation über Unsicherheitsabsorption eine innere Bindung an ihre eigenen Sichtweisen und Gewohnheiten.

Dadurch wiederum sichert sie sich die Loyalität der Individuen und bringt sich in eine vorteilhaftere Lage. Einerseits kann äußeren Bedrohungen verstärkt begegnet werden und andererseits können innere Spannungen, bei unklaren Ausgangslagen oder Unsicherheiten des Systems, abgebaut werden, um Problemlösungen zu finden.

Um diese Bindungen zu festigen, muss das System mehrere Taktiken entwickeln – die Herrschaftsoperatoren.

¹ Luhmann folgt hier einen auf Organisationen bezogenen Begriff von James G. March und Herbert A. Simon. In den näheren Kontext gehen wir in dieser Arbeit im folgenden Kapitel über die politische Organisation näher ein.

3.1.2.2. Herrschaftsoperatoren im System

Diese Herrschaftsoperatoren dienen dazu, Beziehungen zu festigen, die sich auf Vorgesetzten – Untergebenenverhältnisse begründen.

Sie suchen nicht (wie oben dargelegt) die Souveränität als Machtquelle, sondern auf Herrschaftsträger verteilte Machtpositionen, die wechselseitig entweder als Verstärkung, oder als Verminderung von Macht dienen können.

Die Operatoren stellen keine Negation der großen Machtapparate dar, sie befinden sich auf den niedrigen Ebenen eben dieser Machtapparate und funktionieren als Herrschaftsdispositive und bauen die Machtssysteme auf.¹

Konkret kann man sie am Lernapparat einer Gesellschaft beschreiben, um an solche Dispositive als Beispiele zu gelangen: Man darf dies nicht als großes System heranziehen, sondern die Analyse an den Enden, wo Unterwerfung und Unterordnung passiert, beginnen. Wenn man sozusagen den umgekehrten Weg geht, von den Stellen herantritt, wo sie agieren und sich gegenseitig stützen, sieht man, wie dieser Apparat auf der Basis vielfältiger Unterwerfung eine große Menge globaler Strategien festlegt.

Diese Strategien können die Unterordnung des Schülers unter den Lehrer darstellen, die der Kinder unter die Eltern, des Unwissenden unter den Gebildeten, das Haus und die Familie unter der Verwaltung. Egal in welcher Verbindung das einzelne Individuum oder ein Teil der Gesellschaft mit diesen Operatoren in Verbindung tritt, das begründete Verhältnis stellt immer eine Form der Unterordnung, Subsumierung oder Unterwerfung dar.

„All diese Mechanismen und Herrschaftsträger sind der effektive Sockel des globalen Apparats,... die Machtstrukturen als globale Strategien betrachten, die lokale Herrschaftstaktiken durchqueren und benutzen.“²

¹ vgl. Foucault, 1999, S.53ff.

² Foucault, 1999, S.55.

Diese Herrschaftsoperatoren werden in Kräfteverhältnissen ausgedrückt und diese Kräfteverhältnisse können wiederum als kriegerisches Element innerhalb des politischen Systems gefunden werden.

Die politische Kraft sowie die Macht der Herrschaftsoperatoren fängt somit nicht dort an, wo der Krieg endet. Es ist vielmehr so, dass kriegerische und politische Operatoren (auch wenn diese nicht unbedingt in denselben Individuen und Institutionen vereinigt sind) sich in Funktion und Wirkungsweise gleichen.

3.2. Kampf als Begriff des Staates

Durch den Einsatz der zivilen Institutionen innerhalb des politischen Systems wird deutlich, dass der Krieg immer noch latent vorhanden ist. Diesmal allerdings nicht als Krieg selbst, sondern als Kampf.

Dieser Kampf ist nun von einer anderen Substanz als der mit Waffengewalt geführte. Es handelt sich dabei um Anstrengung, Rivalität, ein Streben hin zur Universalität des Staates.

„Der Staat und die Universalität des Staates sind zugleich der Einsatz und das Schlachtfeld des Kampfes;“¹

Dieser Kampf hat sich im zivilen Umfeld manifestiert. Die Hauptbetätigungsfelder dieser Auseinandersetzungen bestehen in der Ökonomie, den Institutionen der Reproduktion und der Verwaltung.

Es handelt sich somit um einen „zivilen“ Kampf, hinsichtlich dessen der militärische oder „blutige“ Kampf nur als eine Ausnahmerecheinung oder als Krise wahrgenommen wird. Unbestreitbar erscheint allerdings, dass die Abfolgen und die Struktur analog gehandelt werden müssen.

¹ Foucault, 1999, S.260

Unter diesem Gesichtspunkt – der Gleichartigkeit von zivilem und militärischem Kampf – kann nun auch der Bürgerkrieg analysiert werden.

Den Aspekt des „irregulären“ Krieges, wie der Bürgerkrieg oder der Aufstand es darstellen, kann man mit diesen Mitteln nun auch klarer definieren.

Ab diesem Zeitpunkt stellen sich die verschiedenen Formen des Kampfes, sei er nun politisch, kriegerisch, ökonomisch, institutionell oder sonst wie festgelegt unter einem Aspekt dar: Analog der von René Girard etablierten Sichtweise des religiösen Rituals, welches aus dem versöhnenden Opfer entspringt, werden Aggression, Unsicherheit und andere labile Zustände innerhalb der eigenen Sozietät mittels eines (in den meisten Fällen) säkularisierten Rituals beseitigt.

Auch wenn es nur beim Versuch der Beseitigung bleiben mag und die Gewalt in einem Krieg brutal und tödlich zum Vorschein kommt, ist es unbestreitbar so, dass diese Gewalt die der Rechtsprechung oder der ökonomischen Gewinnmaximierung gleicht. Sie hat dieselben Wurzeln und folgt denselben Regeln.

Der Gewalt ist es einerlei, ob und wie sie zum Vorschein kommen mag. Sie ist die Quelle der Ausdifferenzierung politischer, kriegerischer, ökonomischer oder wie auch immer gearteter Wertgemeinschaften, Systemen und Zusammenschlüssen.

Sie stellen somit Diskurse von Gewalt-Herrschaft dar und sind in diesem Maße als gewalttätige Herrschaftsdiskurse auch kritisierbar.

3.3. Staat, Nation und politisches System

Die Analyse eines gewalttätigen Herrschaftsdiskurses scheint nicht ohne Unterwerfungsstrategien oder Machtmechanismen auszukommen. Darum werden wir an dieser Stelle die Legitimationsstrategien und Machtbeziehungen einer historischen Analyse unterziehen.

3.3.1. Ausdifferenzierung des politischen Systems

Macht lässt sich nicht auf Dauer bewahren, ohne dass sie innerhalb eines Systems funktioniert.

Sie kann zwar in allen sozialen Belangen durch die Ausnutzung der „Drohmacht“ eingesetzt und genutzt werden. Das passiert allerdings dann nur in geringfügiger Auswirkung, zeitlich begrenzt oder eben zum Fortbestand oder der Etablierung eines Systems.

Erst durch die Ausdifferenzierung eines politischen Systems wird diese frei schwebende Macht zu politischer Macht befördert.

Um nun ein politisches System ausdifferenzieren zu können, benötigt man ein bereits gut ausdifferenziertes soziales Gefüge. Innerhalb dieses Gefüges muss es dann als unbestreitbarer Vorteil gelten, Entscheidungen und Zentralisierung in sozialer, politischer und ökonomischer Hinsicht zusammenzufassen. Vor allem muss die politische Kommunikation schneller agieren können, als ein eventueller Widerstand.¹

Erst auf der Grundlage dieser Zentralkompetenzen können sich Hierarchien ausbilden, welche meist unter Kategorien wie Befehl und Gehorsam beschrieben werden. So werden auch Nachteile, die sich in dezentral organisierten Systemen finden, ausgeglichen und übervorteilt.²

Die Ausdifferenzierung eines machtbasierten, zentralisierten, politischen Systems setzt allerdings voraus, dass die Macht selbst in den Focus eben dieser Systembildung rückt.

3.3.1.1. Macht in der Systembildung

Manifest und sichtbar wird Macht mit der Etablierung politischer Ämter und Funktionen.

¹ vgl. Luhmann, 2000, S.69ff.

² Unter diesen Systemen kann man mit Luhmann durchaus segmentäre Gesellschaften verstehen. Darin werden Konflikte zwischen den Teilsystemen zunächst durch Inklusionshierarchie aufgefangen. Die politische Autonomie bleibt allerdings bei den Familienverbänden.

Folge dieser Einrichtung ist politischer Machtgebrauch, der von anderen Formen wie soziale Repression oder stillschweigende Rücksichtnahme unterschieden werden kann.

Dabei spielt die realpolitische Machtposition des Inhabers noch keine Rolle. Erst wenn es zur Auseinandersetzung im politischen Tagesgeschäft geht, wird diese Realmacht sichtbar.

Im Vergleich zum kriegerischen Machtgebrauch lässt sich auch hierbei anmerken, dass die beiden Positionen wiederum gleich geartet erscheinen. So stellt der realpolitische Einsatz der politischen Macht analoge Konsequenzmuster anheim wie die Taktik, die reale Kampfkraft und Stärke der Truppen im Krieg. Auch ist von der Strategie eines Heerführers im Krieg und dem Machtgebrauch des Inhabers eines politischen Amtes im politischen System Gleiches zu sagen.

Analog verhält es sich auch bei Machtverlusten in bestimmten Bereichen. Kein politisches System kann einen kompletten Machtverlust aushalten. Hält sich der Machtverlust in Grenzen, wie bei in gewissen Regionen verlorenen Wahlen, wird sofort der Einsatzbereich der Partei oder das Programm derselben in Mitleidenschaft gezogen, wie es auch (wenn auch mit ungleich brutaleren Konsequenzen) beim Verlust einer Schlacht im Krieg geschieht.

Die Ausdifferenzierung von politischen Ämtern allein sichert allerdings noch keine Kontrolle des politischen Mediums Macht. Sie erhält allerdings die Aufgabe des Zusammenhaltes für das sich ausdifferenzierende politische System.

Für die Politik muss nun die Politik selbst als solche kenntlich gemacht werden. Das ist Aufgabe eben dieser noch nicht unbedingt real existierenden Macht. Sie produziert einen systemimmanenten Zirkelschluss – die operative Schließung.

3.3.1.2. Operative Schließung des politischen Systems

Zu den allgemeinen Folgen der Ausdifferenzierung von Systemen gehören laut Luhmann, dass Außenbindungen abgebaut und in so genannte „strukturelle Kopplungen“ übergeleitet werden.¹

Durch diese Kopplungen passiert innerhalb des jeweiligen Systems eine Eigendynamik. Es ermächtigt sich selbst Entscheidungen zu treffen, unterliegt daher „Stress“, welcher sich daraus ergibt, dass für die Folgen der eben getroffenen Entscheidungen keine Sicherheit besteht.

Das Verhältnis von Macht und Unbestimmtheit der Entscheidungsgewalt ist als Zirkel zu sehen. Dieser Zirkel muss im Sinne einer abgeschlossenen Kommunikation zwischen den Operatoren nun geschlossen, „abgearbeitet“ werden.²

Die operative Schließung dient somit der Erzeugung von strukturell unbestimmten Operationen, wie oben am Beispiel der Bindungsmodi durch Unsicherheitsabsorption bereits dargelegt.³

Diese Unbestimmtheiten manifestieren wiederum eine Verteilung von Macht auf verschiedene Positionen, welche sich entscheiden können, Informationen, Befehle oder Entscheidungen ins Ungewisse zu verschieben und so zu mehr Macht zu kommen.

Gemeint sind hier Politiker und deren Handlanger als praktisch gewordene Machtrezipienten. Diese können allerdings nur in menschlichen Kategorien planen und handeln. Diese Planungsvorhaben und Handlungen werden in der politischen Praxis meist fraktionell genutzt, um einen möglichst großen Nutzen für die Partei beziehungsweise den Zugehörigkeitsapparat zu erreichen.

Das Handeln dieser Machtrezipienten stellt die Rückführung, die Schließung des Zirkels dar. Das System schließt sich vermittelt durch die (scheinbar)

¹ Zum Begriff der strukturellen Kopplung siehe auch Niklas Luhmann: „Die Politik der Gesellschaft“, Suhrkamp, 1999, vor allem S.18 und S.372ff.

² Luhmann, 2000, S.74f.

³ Siehe auch Kap.3.1.2. sowie Kap. 3.1.3.

Praxis gewordene Individualität und „startet“ von einem neuen, irreversiblen Punkt in die weitere Kommunikation.

„Operative Schließung besagt: eigene Rekursivität, Orientierung an selbstproduzierten Eigenwerten, Selbstversorgung mit Gedächtnis und mit Oszillation im Rahmen eigener Unterscheidungen, also Herstellung und Fortschreibung einer eigenen Vergangenheit und einer eigenen Zukunft.“¹

Das politische System erscheint so als Grundlage für die Etablierung von Staaten allgemein. Es ist notwendig, um Staaten überhaupt bilden zu können.

3.3.2. Staat, Nation und Nationalstaat

Geht man von der ursprünglichen Terminologie des Staates in der allgemeinen Staatslehre aus, benötigt man für die Etablierung eines solchen drei Elemente: Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet. Keines dieser Elemente darf in diesem Zusammenhang fehlen, wenn von einem Staat die Rede sein soll.

In dieser Einteilung vertritt das Volk die so genannte „Unruhe“, die Staatsgewalt die dem Volk entzogene „Ordnung“ und das Staatsgebiet den verorteten Gültigkeitsbereich des jeweiligen Rechts.

Während so das Territorium und das Volk als Quantitäten „abzählbar“ und in der Praxis vorhanden zu sein scheinen, gibt der Begriff der „Staatsgewalt“, des ausgeübten Rechtes, Rätsel auf. Bezieht man sich hierbei auf Polizei und Militär als Mittel der Ausübung von Staatsgewalt, wird der Gewaltbegriff vorausgesetzt und nicht beachtet. Wird im Gegenzug nur die Gewalt betrachtet, kommt man nicht in die Praxis der polizeilichen oder militärischen Intervention.

Diese Beschreibung ist in unserem Zusammenhang allerdings als Begriffsdefinition unbrauchbar. Es ist nicht möglich zu erkennen, was mit der

¹ Luhmann, 1999, S.111.

Zusammenfassung der drei Begriffe in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht gemeint ist. Einzelne ist eine Präzisierung durch Reduktion möglich, betrachtet man aber beide Begriffe über den Staatsbegriff, bleiben diese kontrovers.¹

3.3.2.1. Staat ist Selbstbezeichnung politischer Ordnung

Für unsere Untersuchung bietet sich eine andere Definition des Staatsbegriffes an. Ein Staat stellt hier eine schon erreichte, von den „Stämmen“ des Adels unabhängige Zentralisierung der politischen Funktion dar. Diese geht von der gesellschaftlichen Funktion politischen Entscheidens aus und wird nur als Selbstbezeichnung einer wie auch immer gearteten Form von politischer Ordnung bezeichnet.

Wie Personen haben Staaten den Vorteil Namen zu haben. Wenn ein neuer Staat entsteht, was durch Teilung eines alten Staates, wie es der Zerfall der Sowjetunion in den frühen Neuzigern darstellt, passieren kann, oder durch Zusammenschluss, wie die Fusion der DDR und BRD, muss das „Produkt“ einen Namen bekommen.

Der neue Staat beginnt somit mit einer Namensgebung, die als erster, kommunikativ existenznotwendiger Akt beschlossen wird. Erst danach kann es einen Bezug auf andere Dinge geben.

Gehen wir vom „Staat“ aus, der in der alltäglichen Kommunikation verwendet wird, so erscheint auch ein territorialer Bezug dennoch unentbehrlich.

3.3.2.2. Militarismus ist Legitimation von Staatsgewalt

Der letzte Faktor unserer staatlichen Untersuchung ist somit wieder die in einem Staat wirkende Gewalt. Egal ob kriegerisch oder politisch generierte Gewalt, sie stellt immer ein rechtsetzendes Mittel dar. Wenn man die kriegerische Gewalt als eine ursprüngliche Form für jede Gewalt darstellt, wohnt aller derartiger Gewalt ein rechtsetzender Charakter bei.

¹ vgl. Luhmann, 2000, S.190ff.

Allgemein ist somit zu sagen, dass Militarismus der Zwang zur allgemeinen Anwendung von Gewalt ist, welche als Mittel für Zwecke eines Staates angesehen werden.¹

Die Funktion der Gewalt dient somit nach Benjamin als Mittel zu Rechtszwecken. Dabei ist mit dieser Gewalt des Militarismus auch die rechtserhaltende Gewalt verbunden. Die allgemeine Wehrpflicht stellt eines dieser Beispiele für erhaltende, militante Gewalt dar. Das Gesetz zur Wehrpflicht ist hier die rechtsetzende Gewalt, die Wehrpflicht als Ausübung die rechtserhaltende.

Auf der Ebene ideologischer Betätigung stellt dies auch rechtfertigende Gründe dar. Das heißt, es müssen Semantiken entwickelt werden, wofür sich die legitime Gewalt einsetzt.

Eine etablierte Staatsgewalt kann sich danach auch als Strafgewalt gegen den Verdacht der Parteinahme oder Emotionalisierung durchsetzen.

3.3.3. Die Nation ist Trennung von Staat und Gesellschaft

Der Staat hat die Möglichkeit, sich selbst zu benennen, sozusagen über sich selber Rechenschaft abzulegen und seine eigene Geschichte zu begründen. Er ist somit das Subjekt, welches historisch gewachsen über sich selber reflektiert.

Spricht man hingegen von einer Nation, ist bereits ein Bruch mit der Historie geschehen. Es spricht dann nicht mehr der Staat über sich selber, sondern etwas anderes spricht in der Geschichte und macht sich selber zum Objekt.

Der moderne Nationalstaat in seiner Begrifflichkeit nicht mehr in der originären Version des Vokabels „natio“ verbunden. Die Begrifflichkeit verweist nur mehr auf einen Zusammenschluss, der erst noch zu organisieren ist. Um eine

¹ vgl. Benjamin, 1965, S.39f.

Auch wenn Benjamin in diesem Zusammenhang den Staat nur in seiner „klassischen“ Tradition, das heißt in der Trinität von Volk, Gebiet und Gewalt erkennt, ist diese Analyse für uns wertvoll. Er legt sozusagen die Gewalt in die Hände der Herrschaftsoperatoren und auf diesen begründet sich danach das Recht. Im Gegensatz dazu steht die Legitimation, welche durch das gewalttätig eingesetzte Recht erst in das politische System einfließt. Das mag Benjamin vielleicht nicht bewusst gewesen sein, es dringt dennoch durch seine Argumentation und mag eine Sichtweise seiner Gewalttheorie begünstigen.

Nation manifest werden zu lassen, muss über staatliche Mittel sprachliche, religiöse und kulturelle Einheit innerhalb eines gewissen Territoriums hergestellt werden. Es muss sozusagen eine Vereinheitlichung der Organisation passieren, eine Identität gestiftet werden.

Nationale Identität ist nicht von Natur aus vorhanden, sie muss definiert, gewonnen und verteidigt werden. Das bringt eine Verschmelzung von Sprache, Kultur und Staat zu einer politischen Aufgabe mit sich.

Die Probleme der Nation liegen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Vergangenheit, denn dort werden nur noch die historischen Referenzen (Legitimationen für politische Zielsetzungen) gesucht. Die Probleme der Identität, sobald sie Nation geworden ist, liegen vielmehr in der Zukunft. Dorthin werden die Aufgaben verschoben, um die Nation besser gegen Zugriffe von außen zu sichern.¹

Die Nation ist in diesem Zusammenhang allerdings so lange nur eine imaginierte Gemeinschaft, bis sie durch einen Staat konkretisiert wird. Dies passiert für die Nation wie für den Staat im gleichen Atemzug durch die Herbeiholung einer territorialen Identität.

In einer Nation geht es nicht mehr um Untertanenverhältnisse, wie sie sich aus der Kriegs- und Heiratspolitik der königlichen Dynastien ergaben. Für die Nation soll man leben, töten und sterben.

Treten alle diese Zustände ein, so entsteht unter diesen Bedingungen ein staatsbezogen agierendes politisches System. Dieses politische System stellt sich dann auf ein dementsprechendes Aufgabenverständnis ein und zugleich wird mit Hilfe der (theoretischen) Nation der Staat in seinem Eigenwert bekräftigt. – Der Nationalstaat ist entstanden.

„Innerhalb der Nation kann es durchaus Konflikte geben, aber nicht Konflikte, die auf Vernichtung des Gegners abzielen.“²

¹ vgl. Luhmann, S.210ff.

² Luhmann, 2000, S.212.

3.3.4. Nationalstaat ist Negationsunmöglichkeit von Differenz

Der Nationalstaat benötigt somit die Nation als immanente Differenz, die es ermöglicht, interne Konflikte und Differenzen in den Hintergrund treten zu lassen.

Besteht ein Nationalstaat ohne feste Nation, nationales Gefüge oder wird die Struktur, welche dahinter steht geschwächt, verändert sie sich oder wird sie von innen oder außen subversiert, kommt der Nationalstaat zwingend in Bedrängnis. Diese kann bis zur Auflösung der Nation gehen, auf jeden Fall aber zu einem massiven Identitätsverlust des Nationalstaates.

Diese Tendenz zeigt sich vor allem in den Auflösungsbewegungen der ehemaligen Sowjetunion. Die Staaten, welche vorerst unter der Sowjetdiktatur ihre nationalen Identitäten nicht oder nur in geringem Umfang pflegen konnten, traten nach dem Zerfall des Ostblocks wieder in eine Art „ultranationales Staatsentstehen“ ein. Einerseits auf der Basis der vor der Etablierung der Russischen Föderation bestehenden Geschichte, andererseits gerade in Opposition dazu.

In einigen dieser heute ultranational arbeitenden Staaten kommt es gerade aufgrund nationaler, ökonomischer und juridischer Minderheiten und Derivaten zu sozialen, politischen und dadurch zu nationalen Spannungen. Hier zeigt sich mit Blick auf die Slowakische Republik offen, welche bereits immensen Spannungen im Nationalstaat durch den Verlust des vorher so stark bindenden nationalen Gefüges entstanden. Gepaart mit ökonomischen Schwierigkeiten und Korruption stellt dies eines der größten Probleme der ehemaligen Ostblockländer dar.

Luhmann negiert hier die Vernichtung des Gegners. Es zeigt sich allerdings auch in seiner Argumentation, dass sich die Rollen des politischen Gegners sowie die des Kriegsgegners gleichen, was sich nur auf einer temporären Überlagerung auswirken kann. Ob beispielsweise ein Kanzler abgewählt wird

und somit keine Entscheidungsgewalt mehr hat, unterscheidet sich in der Praxis der Auswirkung durchaus von einem Kommandanten einer militärischen Einheit, welcher in einem Einsatz das Leben verliert. Die Auswirkungen sind natürlich aufgrund der veränderten Mittel, die verwendet werden unterschiedlich. So unerhört es aber auch klingen mag, die Struktur, welche dahinter steht ist dieselbe und aus diesem Grund muss dementsprechend auch die Position Luhmanns in diesem Zusammenhang anders gedacht, wenn nicht gar negiert werden.

3.4. Die politische Organisation

Die politische Organisation darf nicht mit dem politischen System verwechselt werden. Im Systembegriff manifestiert sich lediglich die theoretische und grundlegende Komponente des Politischen. Im Sinne der Luhmannschen Position aufgrund kommunikativer Elemente innerhalb der Gesellschaften, im Sinne Foucault´s als Folge gezähmter, kriegerischer Elemente.

Davon unterschieden ist der Begriff der politischen Organisation, die einen Ausfluss aus der vorher genannten Theorie darstellt, welche in der Praxis des Alltags von Individuen wirksam wird.

Eine dieser politischen Organisationen stellt nun die politische Partei dar. An ihrem Beispiel zeigt sich am deutlichsten die Verstrickung von Organisation und System in der Politik.

Die politische Partei und deren jeweiliger Problemlösungsmodus kann durchaus als Pendant des Kriegsgeschehens und der Schlacht gedeutet werden.

Gleichsam dem von Clausewitz'schen Begriff der Streitkräfte, die sich in das „Kriegstheater“ einfügen, ist auch diese politische Organisation als „Erfüllungsgehilfin“ des politischen Systems zu betrachten.

3.4.1. Organisation als historisch gewachsenes Bedürfnis

Sie entspringt einem Bedürfnis des Systems. Um sich zu erhalten, zu verwalten und das tägliche politische Geschäft zu delegieren ist es notwendig, eine Instanz zu schaffen, welche diese Tätigkeiten in die Praxis umsetzt.

Ursprünglich sind Organisationen politisch nicht verankert. Sie stellen vielmehr ein historisches, im politischen System gewachsenes Element dar. Dieses führt alle Aufgaben durch, beginnend bei der allgemeinen Finanzierung von Vorhaben, Durchsetzung von Rechtsansprüchen bis hin zur Vorbereitung von Kriegen.

Daraus folgt auch, dass ein politisches System auf verschiedenste Organisationen angewiesen ist.

Diese Organisationen rekrutieren ihre praktische Macht und Durchführungskompetenz aus Individuen. Ohne den Menschen, der die gestellten Aufgaben erledigt, die Planung von Vorhaben macht und delegiert, kann keine Organisation praktisch wirksam werden. Die Sozietät, besser: das jeweilige Gesellschaftssystem bedingt die Ausbildung von Organisation im Allgemeinen und von politischen Organisationen im Speziellen. Ohne funktionierendes Gesellschaftssystem ist auch ein politisches System nicht möglich.

„... daraus folgt, dass das politische System auf Organisationen der verschiedensten Art angewiesen ist.“¹

Gesellschaftssystem und Organisation stehen sich allerdings nicht wie getrennte Einheiten gegenüber. Sie bedingen sich vielmehr, sind wechselseitig voneinander abhängig und bilden einen gemeinsamen Rahmen, durch den sich gesellschaftliche Evolution vollzieht.

¹ Luhmann, 2000, S.229.

3.4.2. Organisation ist Entscheidungskompetenz

Hat sich nun eine Gesellschaft soweit entwickelt, dass Organisationen etabliert werden, so benutzen diese als Autopoiesis die Operationsform der Entscheidung.

Als Vollzug von Gesellschaft muss daher das Entscheiden als Kommunikation vollzogen werden. Dabei geht es nicht um ein privates Bewusstsein der Auswahl zwischen Alternativen, sondern vielmehr um die Etablierung einer Kommunikation, die früher oder später als Entscheidung gedeutet werden kann.

Luhmann ist der Meinung, dass, wenn eine Entscheidung getroffen wurde, diese nicht mehr dieselbe ist, die es vorher zu treffen galt.

Er bescheinigt der Entscheidung somit einen paradoxen Charakter, welcher sich in temporärer Unterschiedlichkeit äußert. Die Entscheidung passiert in der Gegenwart. Die Gegenwart wiederum entsteht durch die Unterscheidung von Vergangenheit und Zukunft. Die Entscheidung ist somit als Einheit „selbzeit“.¹

Im Gegensatz dazu stellt Girard eben diese Entscheidung in die Dienste der freien Mimesis. Wie weiter oben dargestellt, kann erst über den Wunsch des Anderen die Generierung von Wünschen passieren und zur Etablierung der Voraussetzung von Entscheidung werden. Wesentlich ist hier nur die Rolle des Nachahmers, über die die grundlegende menschliche Situation definiert werden muss.²

Sobald sich dieses Entscheiden allerdings über Mitglieder eines sozialen Systems vollzieht, steht eine Organisation im Hintergrund der Entscheidung, da dadurch immer auch die Entscheidung anderer mit einbezogen werden.

Diese Organisation legt demnach ebenso die Zugangsvoraussetzungen und Mitgliedschaftsrollen fest. Es passiert also eine Einteilung nach innen und

¹ Luhmann, 2000, S.235. Das Mysterium der Entscheidung bestimmt sich an eben dieser Unterscheidung: Die Gegenwart ist nur der Knotenpunkt der Unterscheidung Vergangenheit und Zukunft. Sie ist somit an sich selbst inexistent.

² Vgl. Girard, 1999, S.216.

außen, die von bereits in einer Organisation befindlichen Mitgliedern getroffen wird. Analog dem mimetischen Begehren und dem Rivalen als Urheber desselben wird hier eine Grenze etabliert, welche das Innen vom Außen zu trennen vermag.¹

Exakt diese Unterscheidung zwischen Freund und Feind, Rivale oder Opfer, Systemimmanenz und Exclusion ist der Motor der Organisation. In ihr und über die ihr angehörenden Subjekte werden Entscheidungen getroffen, die sich je nach Situation für oder gegen eine politische, kriegerische, gewaltlose oder gewaltsame Variante richten.

So wird auch in der Luhmannschen Position die Notwendigkeit einer Verschiebung der Gewalt zugunsten einer „Entrückung“ auf Opfer offenbar.²

3.4.3. Politische Partei als evolutionärer Dissens

Die politische Partei muss immer einem Gründungsakt unterliegen. Egal, ob sie als Interessensgemeinschaft oder evoluierte Kraft in die Gesellschaft getreten ist, die Gründung wird immer als Akt der Entscheidung gesehen.

Die Funktion einer wie auch immer gearteten politischen Partei liegt nun in der unverbindlichen Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen.³

Durch diese Funktion konzentriert sich eine Partei stark auf sehr spezifische Problemfelder und Themen, welche sie für sich zu gewinnen sucht. Diese Konzentration dient nun der weiter oben angeführten „Unsicherheitsabsorbtion“, um Entscheidungsfähigkeit nicht nur zu demonstrieren, sondern diese auch in erster Linie zu erlangen.

Sie richtet sich auf die eigene Durchsetzungsfähigkeit. Diese Durchsetzung kann nur in Konsensualität oder im Dissens erfolgen. Dabei wird immer der

¹ Siehe dazu auch Kap. 1.3.3.

² Auch wenn der Gedanke noch nicht im notwendigen Maß ausdifferenziert ist, scheint doch eine gewisse Analogie des Opferbegriffes bei Luhmann und Girard gegeben. Abgesehen von der Herangehensweise (Luhmann leitet das Oper organisatorisch-systemisch ab – Girard anthropologisch-mimetisch) scheinen die Funktionen, welche sich aus dem Begriff des Opfers ergeben, gleich geartet.

³ Diese Entscheidungen gehen von juristischen Beschlüssen bis hin zu Regierungsbildungen, Oppositionsarbeit und Ähnlichem.

„Erfolgsquotient“ der Partei als Maßstab der Glaubwürdigkeit herangezogen und von ihr in eigene Machtapparate und Entscheidungsfunktionen integriert.¹ Erst dadurch kann eine Gefolgschaft mit einem politischen Publikum aufgebaut werden.

Die Unterscheidung zwischen Politik, politischem Publikum und Verwaltung ist laut Luhmann von äußerster Wichtigkeit für eine Orientierung von Interaktion im politischen System. In dieser Unterscheidung bezieht sich der Begriff des Publikums auf die in der Stimmabgabe notwendige Repräsentation zu einem bestimmten Zeitpunkt. Danach verliert das Publikum sein Mitspracherecht und die Partei wird zum gestaltenden Element der Kräfteverhältnisse der Politik.

Um sich so die Gefolgschaft möglichst großer Mengen von Menschen zu sichern, stellt die Partei „Werte“ an den Beginn ihrer Argumentation, ihres öffentlichen Bekenntnisses. Diese Werte müssen hinreichend abstrakt sein, um einerseits den „guten Willen“ der Partei zu demonstrieren und andererseits eine Reaktion zur Machterhaltung auch gegen das herrschende Programm einzusetzen.²

In dieser Ausdifferenzierung liegt mit Luhmann auch vermutlich die Entfremdung zwischen Partei und politischem Publikum. Bei Parteibeschlüssen kann das Publikum nicht mitwirken, da die Partei eine Organisation darstellt, die auf Basis deren Zentrum / Peripherie – Schemas funktioniert.

3.4.3.1. Zentrum und Peripherie als Entscheidungsfaktoren

Mitunter ist es in der politischen Organisation notwendig, Einheit zu erhalten, obwohl sich das System bereits in einem sehr komplexen und kaum zu überblickenden Rahmen bewegt.

¹ Vgl. Luhmann, S.266ff.

² Die hier beschriebenen Werte und die sich daraus ergebenden Programme gleichen sich in vielerlei Hinsicht mit dem Clausewitz'schen Begriff der „Strategie“. Auch wenn die Herkunft der Begriffe nicht analog zu fassen ist, stellen ihre Wirkungen jedoch dieselben Prämissen. Auch die Strategie soll (nur) eine Betrachtung des Krieges im Großen, den Grundsätzen darstellen. Die Taktik hingegen organisiert die Handlungsanweisungen im realen Einzelfall.

Dabei ist es notwendig, das jeweilige Zentrum (wie die Führung einer Armee übrigens auch) hierarchisch zu organisieren. Hier werden die real bedeutsamen Entscheidungen getroffen und jeweils geltendes Recht etabliert.

Analog der Organisation der Gerichtsbarkeit, in der das einzelne Gericht als zentral angesehen werden muss, da es normative Erwartungen stabilisiert, sind alle anderen rechtserzeugenden Möglichkeiten wie das Errichten eines Vertragswerkes als Peripherie anzusehen, da es sich um Gestaltungsmöglichkeiten handelt, welche man benutzen oder aber auch unbenutzt lassen kann.¹

Die politikinterne Unterscheidung von Zentrum und Peripherie erfüllt nun die Funktion Einheit und Komplexität des Systems zugleich zu ermöglichen.

Dies passiert mittels Etablierung politisch orientierter Interessensverbände. Diese Interessensverbände dienen der politischen Partei allgemein als „Zulieferungsdienste“ für die Entscheidungsfindung. Sie sollen Themen soweit verdichten, um zu politisch wirksamen Forderungen zu gelangen.

3.4.3.2. „Lobby“ als interne Unterscheidung

Der Begriff, welcher sich dafür etabliert hat wird heute offen als „lobbying“ umschrieben. In den meisten Fällen geht es dabei allerdings darum, die ökonomisch beste Situation auszunutzen. In unserem Kontext stellt der Begriff „lobbying“ allerdings zusätzlich einen mittelbar Recht setzenden Anspruch dar. Die Partei wird forciert und somit deren Rechtsansicht für das eigene Klientel gestärkt.

Je breiter diese Interessengrundlage ist oder sein soll, die für Politik aktiviert werden kann und je mehr mögliche Themen politisiert werden können, desto

¹ Vgl. Luhmann, 2000, S.249f. Luhmann kommt dabei auch auf die ökonomische Variante des Zentrum / Peripherie – Phänomens zu sprechen. Dabei wird dem Bankensystem die zentrale und den Bedingungen Produktion und Konsum die periphere Rolle zugeteilt. Dies deckt sich jedoch nicht mit unserer Auffassung, da die Produktion erst der Grund zur Ausbildung eines Bankensystems zu sein scheint und dadurch die Luhmann´sche Position zumindest in diesem Punkt zu unterminiert. Die vollständige Beantwortung dieser Frage wird allerdings erst in einer Folgearbeit möglich sein.

straffer muss die Organisation an ihren Enden sein. Denn dort passiert das Aufgreifen von Themen, das Abtasten von Konsenschancen und die Vorbereitung von Entscheidungen. Dafür muss dann eine verbindliche Form der kollektiven Lösung gefunden werden, um ebenso kollektiv bindende Entscheidungen herbeizuführen.¹

3.4.3.3. Entscheidungslosigkeit ist Dissenskriterium

Den Haupteffekt der Unterscheidung von Zentrum und Peripherie stellt somit die Anhäufung vieler nicht erfolgter Entscheidungen dar, über die in weiterer Folge auch relativ gefahrlos gesprochen werden kann.

Damit vergleichbar ist der „Stillstand im kriegerischen Akt“, der, wenn keine sofortige Entscheidung gesucht wird, unweigerlich eintritt und darin gipfeln kann, dass das Ziel des Krieges aus den Augen verloren und derselbe nur mehr als „Halbding“ betrachtet wird.²

Ähnlich ergeht es auch der Entscheidung im politischen Akt: Der Vorteil, den ein solches inkonsistentes Entscheidungsfordern erbringt, ist, dass die angesprochenen Themen nicht schon vorab auf die Aussicht einer rationalen Lösung gebunden sind. Man kann darüber reden und es muss in praxi nichts passieren. Die Entscheidung kann sozusagen aufgeschoben, wenn nicht sogar ausgesetzt werden.

Luhmann meint dazu:

„Das System wird immer mit einer hohen Quote von Nichtentscheidungen arbeiten, ohne dass dadurch eine besondere Art von Herrschaftspraxis zu sehen wäre. Die Bifurkation Entscheidung / Nichtentscheidung ist zunächst einfach eine Umarmung und Auflösung der Paradoxie der Einheit von Komplexität.“³

¹ Zum Zentrum / Peripherie – Problem siehe auch: Luhmann, 2000, S.244ff. und S.251f.

² vgl. Clausewitz, 2003, S.202ff. Clausewitz geht dabei sogar so weit, darzustellen, dass ein Krieg oft nicht mehr ist, als eine Art der bewaffneten Neutralität dem Anderen gegenüber.

³ Luhmann, 2000, S.246f.

Stellt sich nun heraus, dass eine Entscheidung zu Ungunsten des Publikums aber zur Machterhaltung der Partei notwendig ist, so tritt der Fall ein, dass die politische Partei gegen den Willen des sie in der Machtposition erst ermöglichenden „Volkes“ handelt. Sie sozusagen übervorteilt und damit aus der Kommunikation hinauswirft. Dadurch tritt in der Folge die unlösbare Paradoxie erst zutage: Das Volk ist zugleich Souverän und dennoch sein eigener Untertan.

Wie es zu diesem Dilemma von „selbstverschuldeter“ Abhängigkeit in Freiheit kommt erklärt sich aus der evoluierten Praxis des Politischen.

3.5. Politische Evolution

Evolutionstheorie und die Theorie autopoietischer Systeme sind ursprünglich getrennt entstandene Theorieansätze, welche durch Luhmann auf eine operative Ebene zusammengeführt werden. Diese beziehen sich einerseits auf Differenzen zwischen System und Umwelt und andererseits in elementare Operationen und allgemeine Strukturen.

Nach Luhmann ist Politik in ihrer Entstehung bereits ein solches evoluiertes Agens, welches sich als autopoietisches System bereits selbst reproduzieren kann. Die Theorie einer politischen Evolution muss, wie bei jeder Evolutionstheorie bereits voraussetzen, dass es das, was evoluiert, bereits gibt. Die Erklärung durch Rückgriff auf einen „auslösenden Anfang“, eine „Initialzündung“ ist für sie nicht möglich. Sie erklärt sich vielmehr zirkulär. Anfänge sind, sofern nicht schon ein System existiert, welches sich beobachten kann, im System selbst reproduzierte Ursprungsmythen.¹

¹Vgl auch Kap.1.2. und vor allem Kap. 1.2.2. René Girard beschreibt die Gründung der gewalttätigen Auseinandersetzung aus anderer Perspektive: Die rituelle Gewalt der Ursprungsmythen scheint der eigentliche Generator der ersten mimetischen Verklärung zu sein. Luhmann erhebt hier allerdings den Einspruch, dass der Gründungsakt nur Fiktion sei und das System bereits immer vorhanden. Er „umschiff“ sozusagen das Problem des Anfangs und stellt sich in eine bereits fertig gebaute Struktur (er setzt sich sozusagen in ein „fertig gemachtes Nest“). Damit kommt er auch nicht in den Erklärungsnotstand des Beginns und der Manifestation erster, ursprünglicher Gewalt.

Da Luhmann in diesem Zusammenhang die theoretische und praktische Reproduzierbarkeit der verschiedensten Systeme darlegt und alle diese Systeme in rekursiver Kommunikation stehen, kann allerdings vieles gesagt werden, was im Diskurs nicht oder nur ungenügend verifiziert werden kann. Dieselbe Rekursivität auf das Kommunikationssystem (und damit auf das laut Luhmann eigentliche autopoietische System) lässt die Kommunikation in einen Zirkel geraten, aus dem es für die Kommunikation selbst kein Entrinnen gibt. Sie reproduziert sich so immer weiter, beobachtet sich ständig, evoluiert und beginnt von neuem sich zu reproduzieren.

Dieser Zirkel kann nun nur mehr gewaltsam durchbrochen werden, was von einem Faktor vollzogen werden muss, der nicht im Blickfeld des Systems liegen kann, einem gewalttätigen Faktor, einem Faktor, der das System am Ende lähmt und unter Umständen sogar vernichtet.

Diesen Faktor stellt nun der Krieg, die Revolution, die gewalttätige Auseinandersetzung dar. Foucault würde sagen „der Aufstand der verlorenen Wissen“ oder der „geheimen Krieg“.¹

Dieser geheime Krieg ist es, der den historischen Diskurs bei Foucault entfacht, das Wissen und damit auch die Kommunikation in Kategorien der Auflösung, in den Mechanismen und Ereignissen der Stärke, der Macht des Krieges selbst „irrelativiert“.

Somit bietet sich die Luhmannsche Systemtheorie als phänomenologisch orientierte Hilfe an, versagt allerdings in der erkenntnistheoretischen Aufbereitung durch eine Art „hermeneutischem Zirkel“, aus dem sie sich nicht mehr entfernen kann.

Die Beobachtungen durch die Systeme und in denselben spiegeln allerdings Muster wieder, wie sie analog auch bei Girard vorhanden sind.

¹ Vgl. dazu auch Foucault, 1999, S.68f

3.5.1. Festschreibung von Politik

Obwohl die Theorie einer politischen Evolution nur Strukturen betrifft, welche bereits in bestehende Systeme gehören, lohnt es sich über diesen Zugang zumindest die phänomenologische Aufbereitung der Bildung von Differenzen zu tätigen. In diesem Zusammenhang erklärt auch Foucault, dass nur über die Ausprägung solcher differenzierter Handlungsabläufe ein Subjekt entstehen kann, das in der Geschichte als Kraft wirksam und somit politisch tätig wird.

3.5.1.1. Politik braucht ein differenziertes Sozialsystem

Die eigentliche Herausforderung, die eine Ermöglichung einer eigenständigen politischen Machtpraxis beinhaltet, ist in rein stammesgeschichtlich entwickelten Gesellschaften, welche rein segmentär organisiert und in annähernd gleiche Einheiten geteilt sind, unmöglich durchzuführen.

Es wird von Luhmann daher prämissenlos vorausgesetzt, dass es Gesellschaft als ein sinnhaft-kommunizierendes Sozialsystem bereits gibt. Daran vollzieht sich nun die evolutionäre Ausdifferenzierung spezifisch politischer Systeme. Diese Systeme ermöglichen danach die Eigenevolution, da sie komplex genug sind, um autopoietisch wirksam zu werden.

Analog dazu stellt auch Foucault das Subjekt der Geschichte in diesen tribalen Gesellschaften. Er stellt fest, dass sich politische Macht in praxi nur über dieses Subjekt vollziehen und auf zwei Arten analysiert werden kann. Einerseits nach dem Schema „Vertrag und Unterdrückung“, andererseits nach „Krieg und Unterdrückung“.¹

Diese Schemata verlangen ebenso wie die evolutionistische Variante Luhmanns ein bereits in den Grundzügen ausdifferenziertes Gesellschaftssystem, welches bereits ein Herrschaftsverhältnis begründet hat. Dadurch stellt die Repression die passiert, nichts anderes dar, als die

¹ Vgl. Foucault, 1999, S.28.

Erstellung eines fortdauernden Kräfteverhältnisses im Inneren eines Pseudofriedens, den ein Krieg bearbeitet.

3.5.1.2. Politische Rollen mit Nachfolgebedarf

Im evolutionären Kontext ergeben sich mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft Bedürfnisse, eine ständige politische Erledigung der Repression von Konflikten und dadurch kollektiv bindende Entscheidungen.

In dem Maße, als sich diese Bedürfnisse entwickeln, profilieren sich nun Häuptlinge und ähnliche Personen, welche sich originär politischen Rollen widmen. Diese Rollen haben Nachfolgebedarf und stellen damit eine gewisse überlegene Macht dar, die herausgefordert und ihrerseits dadurch wieder zum Gegenstand politischer Konflikte werden kann.¹

3.5.1.3. Zentralismus durch Variation

Erst mit Einsetzen der Stadt- oder Reichsbildung als Zentralisierungstendenz beginnt sich Politik als evolutionär gebildete Kraft zu manifestieren. Als sich die gesellschaftliche Differenzierung im Sinne der Zentrum / Peripherie – Differenzierung ändert, schreibt sich Politik als gesellschaftsbindender Faktor fest.

Dies wird auch von den rechtsetzenden Stellen organisiert, welche „Herrschaft“ ermöglichen und die Macht und die legitimen Rechte dem Souverän unterordnen.²

Das Rechtssystem ist in diesen zentralisierten Gesellschaften beispielsweise vollständig um den König herum zentriert und damit letztlich Verdrängung der tatsächlichen Herrschaft und ihrer Folgen.

¹ Siehe dazu auch: Luhmann, 2000, S.413ff. Luhmann bleibt hier allerdings in seiner geschichtlichen Aufarbeitung sehr tendenziös, da er das Bedürfnis nach Machtnachfolge erst als indirektes Resultat der Kolonialherrschaft begründet und keine eigenständige Entwicklung sieht.

² Vgl dazu auch Kap. 2.2.3. sowie Kap. 2.3.2.

In dieser Differenz hat das Zentrum, beispielsweise der Adel oder die Reichsbürokratie, die Möglichkeit, andere Formen politischer Herrschaft auszuprobieren. Die Peripherie ist dabei in noch sehr rückschrittlicher Form, wenn nicht sogar archaisch tribal organisiert.¹

Erst wenn somit politische Macht als solche gefragt und gefährdet ist, kann ihre eigene Evolution beginnen. Erst dann sind Erfolg und Misserfolg der Politik erkennbar, formbar und reproduzierbar.

Erst ab diesem Zeitpunkt wird Macht als symbolisch generalisiertes Medium ausdifferenziert und die politischen Ziele der Machthaber meist schon auf Grund von Antizipationen des Machtgebrauches derselben erreicht.²

Das Resultat dieser Erstphase politischer Evolution kann somit durchaus mit Luhmann mit dem Begriff der „Herrschaft“ bezeichnet werden.

3.5.2. Herrschaft als politischer Stabilitätsfaktor

Mit der gesellschaftlichen, in alle Lebensbereiche ausstrahlenden Einflussnahme des Souveräns, sozusagen der „Einbettung“ der politischen Errungenschaften in die gesamtgesellschaftliche Ordnung wird dieser Begriff von Herrschaft begründet.

Diese Souveränität muss nun mit der parallel konstituierten Ordnung des Grundbesitzes und ökonomischer Interessen in Diskurs treten.

„Der Begriff des Herrn fordert den Gegenbegriff des Landes, und zusammen beschreiben diese Begriffe dann die Totalität sozialer Ordnung.“³

¹Dieses Problem der Differenz ist allerdings keine neue Entdeckung. Bereits bei Karl Marx, im dritten Teil des „Kapital“ wird diese Differenz bereits in Auszügen deutlich. Es geht dabei vor allem um den Kreislauf des Kapitals. Hier beurteilt auch Marx die Funktion der russischen Landarbeiter analog als eine Differenzierung von den (zentral) wirtschaftenden Grundeigentümern. Die Landarbeiter entwickelten sich zwar aus den Leibeigenen, können allerdings nicht in den Kreis der Kapitalisten, welche alleine durch die Genese des Leibeigenen zum Lohnarbeiter bereits von Grundeigentümern zu industriellen Kapitalisten mutieren. Vgl. dazu Marx, 2003, I/1 S.39 und vor allem I/4 S.120.

² Vgl. dazu Luhmann, 2000, S.416. sowie Foucault, 1999, S.33. sowie S.53ff.

³ Luhmann, 2000, S.416.

In dieser Ordnung von Land und Herrschaft beruht die politische Herrschaft auf eben ihrer gesellschaftlichen Einbettung.

Diese Form von Territorialherrschaft führt allerdings unweigerlich zu Konflikten, die sich in weiterer Folge auch in die Gesellschaft fortpflanzen und dort zu Spannungen führen.

Ein Beispiel dafür stellt die mittelalterliche, feudale Herrschaftsform dar. Sie war aufgrund der sich ständig verstärkenden Bedingungen zur Erhaltung der Herrschaft gezwungen, ihre Fähigkeit zur Kriegsführung zu erhalten. Das führte wiederum zu Belastung mit Heeres- und Finanzverwaltung.

Das Problem der Politik lag in der Machterhaltung im Verhältnis zu möglichen Rivalen. Diese Rivalen konnten einerseits durch die ständische Ordnung, durch konkurrierende auswärtige Herrscher oder durch den Herrschaftsapparat selbst bereitgehalten werden.¹

Die Herrscher generieren sich also analog dem Rivalen als Urheber des mimetischen Begehrens ebensolche Divergenzen, um die Herrschaftsausübung an einem „monströsen Doppelgänger“ (dessen Funktion die Gegenspieler augenscheinlich einnehmen) zu vollziehen. Sei es nun ein innerer oder äußerer Feind – die Macht der Souveränität scheint umso zwingender und größer zu werden, je mehr dieselbe in Bedrängnis kommt.

Die als Staat konzentrierte Politik trägt so selber dazu bei, die internen gesellschaftlichen Differenzen abzubauen, um Sicherheit zum Staatszweck zu erheben. Dadurch bindet die Souveränität, die jeweilige Regierung oder das jeweilige Regime die Bevölkerung als politisches Publikum an sich und versucht so, die Machterhaltung des jeweiligen Systems zu garantieren. Sie ist sozusagen ein Machtfaktor, der sich über mimetische Verstrickungen nicht nur

¹ Was den Begriff des Rivalen angeht argumentiert Luhmann hier in derselben Weise wie Girard. Dies ist sehr erstaunlich, weil die phänomenologisch orientierte Divergenz, welche die beiden Autoren aus der Herangehensweise wie auch in geistesgeschichtlicher Tradition trennt, umso grösser erscheint, da Luhmann die Autopoiesis der Systeme betont, während Girard das Individuelle als Angelpunkt für Mimesis für gegeben hält.

etabliert, sondern sich dadurch auch mehr und mehr Platz auf der jeweiligen politischen Bühne verschafft.

„Sicherheit wird zum Staatszweck.“¹

Beispiel für die Bindung einer Bevölkerung an das eigene System stellt die aktuelle Antiterrorpolitik der USA dar, welche sich auch gegen systemimmanente Personen richtet, indem die Bedrohung durch die monströs überhöhten Terroristen wahllos jeder Andersdenkende mit eingeschlossen wird. Dadurch entsteht ein gewisser Grad an Hoffnung auf Unsicherheitsabsorption und diese Agitation bindet den Einzelnen weiter an das herrschende System.²

3.5.3. Kontingenz durch Revolution

Wenn es nun nicht mehr um die Etablierung und Stabilisierung von politischer Herrschaft geht, sondern um die Stabilität der Herrschaft aus den vorangegangenen Tendenzen, stellt das System durch seine Selbstproduktion und seine Eigendynamik eine Struktur her, die wiederum selektiert und approbiert zu sein scheint. Diese Selektion passiert, wo immer möglich, durch Rückgriff auf einen Anschluss an eine historisch gegebene, allerdings schon in den Systemstrukturen bestimmte Lage.

Die Politik beschäftigt sich somit ständig mit der Änderung ihrer eigenen Entscheidungen.

Diese Veränderlichkeit der politischen Möglichkeiten stößt immer auf Widerstände und Legitimationsprobleme.³ Diese können sich von Widerspruch

¹ Luhmann, 2000, S.419.

² Auch wenn die hier angesprochenen Problemstellungen noch lange nicht als abgeschlossen gelten, da der Prozess der Bindung durch die neokonservative Agitation der US-Regierung noch anhält, ist dies augenscheinlich zum heutigen Zeitpunkt in zumindest kurzfristigen Aktionen sehr erfolgversprechend.

³ Hier ist auf die gängige politische Praxis hinzuweisen, die bei Entscheidungsänderungen (vor allem bei Wahlversprechen) politischer Fraktionen im täglichen Gebrauch oft zu beobachten ist. Diese sehen vor der Machtübernahme meist anders aus als danach, wenn sich die Fraktion in einem bereits relativ gesicherten Machtausübungsmodus befindet.

durch Oppositionskomponenten über Demonstrationen bis hin zu revoltierenden Tendenzen abspielen.

Die sich aus dem Zustand der Revolution evolvierende Komponente stellt dann die bereits in den irregulären Krieg entwickelte Komponente der politischen Möglichkeiten dar.

Im Gegenzug dazu stellt nun die „Verfassung“ eines Staates eine auf die Dauer gestellte Revolution dar. Es handelt sich hierbei „um Instabilität als Prinzip. Um Kontingenz“¹

Es herrscht somit ein unbestimmter Kriegszustand. Es ist dies ein Balanceakt zwischen den Polen einer einzigen Machtausübung. Egal ob man diesen Zustand der Manifestation, Etablierung und Legitimierung von Macht als „Krieg“ (im Sinne Foucaults oder Girards) bezeichnet oder ob man diesem Zustand als „Politik“ (im Sinne Luhmanns aber vor allem von Clausewitz) benennt, die Zeitlichkeit der Unbestimmtheit ist im einen wie im anderen Fall gegeben. Der Unterschied vorgenannter Modalitäten liegt demnach nur mehr in den Mitteln, der Entfernung beider von zur Verfügung stehenden Ressourcen und vor allem in der jeweils wechselnden Zeitlichkeit, in denen sie sich bedingen.

¹ Luhmann, 2000, S.421.

CONCLUSIO UND AUSBLICK

In vorliegender Arbeit geht es vor allem um den Begriff des Krieges als anthropologischen Faktor und seiner Verstrickung mit der Politik. Wir haben versucht, den Krieg in seiner Begrifflichkeit einerseits phänomenologisch zu verorten und dessen Substanz in ein (derzeit noch vorläufiges) Regelwerk zu integrieren.

Die Tendenzen, welche sich aus Sicht der politischen Reglementierungen ergeben, erscheinen den kriegerischen gleich geartet. Daher stellt sich hier auch die Frage nach einer eventuellen Gleichwertigkeit der beiden Systeme. Einerseits des Krieges und andererseits der Politik in jeweiliger Verstrickung mit dem sozialen Umfeld, in dem sich beide je nach zeitlicher Folge etablieren.

Krieg ist ein Begriff des Menschen und von diesem Standpunkt aus gesehen gibt es eine Fülle von Erklärungs- und Legitimationsmodellen.

Fasst man den Krieg nun im Clausewitzschen Sinne als erweiterten Zweikampf auf, müssen auch die Begriffe Nation, Staat und Volk im reflektorischen Sinn als Souveränität ermöglichende Faktoren berücksichtigt werden.

Souveränität kann allerdings erst ermöglicht werden, wenn auf der Grundlage bereits ausdifferenzierter Sozietäten und Systemen ein „Kompromiss“ geschlossen werden kann.

Dieser kann mittels roher Gewalt oder auf diskursiver Ebene „verschobener“, sublimierter Gewalt geschlossen werden.

Diese Problematik bringt den Menschen und seine Bedürfnisse in unsere Betrachtung. Die Bedürfnisse werden generiert, indem Manipulatoren der Gesellschaft Parolen ausgeben. Diese Manipulatoren rekrutieren sich wiederum aus derselben Gesellschaft und verstärken so die mimetischen Beziehungen in derselben.

Diese Bedürfnisbefriedigungen können sich nun innerhalb oder außerhalb einer Sozietät oder eines Staatsgebildes vollziehen, was wiederum zur Etablierung von Herrschaftsverhältnissen führt.

Die Durchführung einer solchen Herrschaft generierenden Diskurses zwischen Siegern und Besiegten folgt jeweils mimetischen Tendenzen, ja stellt den eigentlichen Akt von Mimesis dar und führt uns unweigerlich auf das Opfer hin.

Ausgehend vom Begriff des Opfers im Sinne René Girards dient dieses nun der Sublimation, Kontrolle und Verschiebung der für die Bildung von Gesellschaft notwendigen Aggression. Unter dem Vorwand einer mythischen Überhöhung des Gegners zu einem Ebenbild der eigenen Menschen und deren Befindlichkeiten wird derselbe zu einem (beinahe) unbesiegbaren, monströsen Verdoppelung der eigenen Furcht, Ängste und Unfertigkeiten. Daher muss dieser monströse Doppelgänger auch beseitigt werden und dies passiert in der Opferung.

Es passiert dies durch subtile Mechanismen, welche nun in der Opferung in unserer „postmodernen“ Kultur versteckt sind. Diese Mechanismen passieren nun bei Etablierung von Sozietäten am sichtbarsten im Diskurs eines fortgesetzten Krieges.

Zuerst stellt dieser Diskurs augenscheinlich den Krieg „Alle gegen alle“ dar, er entwickelt sich jedoch über den historisch-politischen Diskurs hin zu einem Diskurs, welcher die Gesellschaft über seine Vermittlung in den „Verfassungen“ die Aufgabe hat, das Leben in Beschlag zu nehmen, es zu gestalten, zu organisieren oder zu terminieren.

Die Kategorien, welche sich im Krieg ergeben, sei es der Angriff, die Verteidigung oder ein Hinauszögern von Entscheidungen, bedingen sich in einem Wechsel. Dieser Wechsel ist bei näherer Betrachtung allerdings ein Voraussetzen des einen im anderen.

Angriff und Verteidigung sind somit eins.

Genauso herrscht bei der Evolution innerhalb eines politischen Systems dasselbe Verhältnis von Aktion gegen den Gegner und Legitimation eigener Macht.

Die Macht und ihre Anwendung stellt sich hier in der Politik aus ihrer Struktur analog der Macht im Krieg heraus. Der Unterschied besteht wiederum nur in den Mitteln, derer sie sich in praxi bedient.

Die politische Handlung beruft sich also auf dieselbe Macht wie auch die kriegerische Handlung.

In diesem Sinne ist auch ein Teil des Ausspruchs von Clausewitz unhaltbar, der Krieg sei eine Fortführung der Politik.

Analog hat allerdings auch Foucault in der Umkehrung des Aphorismus unrecht, wenn er sagt, dass die Politik als „aufgeschobener“ Krieg gilt.

Vielmehr kommen wir in dieser Untersuchung zu dem Ergebnis, dass der Krieg und die Politik in ihrer Struktur gleichen. Die Phänomene, in welchen sie ihre Systemausdifferenzierung preisgeben, ihre Gewalt tätigen und ihre Macht äußern sind jedoch sehr unterschiedlicher Natur.

Somit ergibt sich der Schluss, dass der Krieg wie die Politik denselben Strukturen folgt. Sie etablieren sich auf derselben Grundlage von Macht und Opferbildung, sie definieren sich durch die Geschichte als unabhängige, im Sinne Luhmanns „autopoietische“ Systeme und dienen nicht zuletzt derselben Machterhaltung beziehungsweise Etablierung von Macht.

Der Unterschied, und hier müssen wir Clausewitz und Foucault Recht geben, liegt in der Tat bei der unterschiedlichen Ausprägung der Mittel, deren sich diese beiden „Zustände“, Polaritäten, Antagonisten einer Sache bedienen. Somit gibt es weder das Ideal des „totalen Krieges“, noch das Ideal der „reinen Politik“ nicht mehr. Das bedeutet demnach allerdings, dass der Faktor, in welchem sich diese beiden Zustände befinden, Zeitlichkeit ist. Sie bedingen sich als Pole einer Sache gemeinsam, können niemals in nur einer Ausprägung vorkommen und bestehen jeweils (auch bei Annäherungen an das jeweilige „Ideal“) aus dem einen und dem anderen in Gleichzeitigkeit. Zustände in einer Sozietät oder zwischen diesen können somit als „eher politische“ oder als „eher kriegerische“ angesehen werden und niemals als reine Zustände von Frieden, Politik oder eben Krieg.

Die Triangulität von Macht, Kommunikation und Gewalt stellt sich im Sinne unserer Darstellung auch in der Pädagogik als Faktor bildungspolitischer Agitation dar. Die Pädagogik stellt in diesem Zusammenhang beispielsweise in der „neuen“ Hochschulreform die Gewalt, die politischen Faktoren die Macht und die Verbindung zwischen all den darin liegenden Komponenten die Kommunikation dar.

Durch den Einfluss des Geldes als ökonomischem Faktor, welcher nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist, scheint nun auch die Pädagogik mehr und mehr derselben gewalttätigen Verstrickung zu dienen, die dem politischen System eigen ist.

Durch den Eingriff des Kapitals als geldwirtschaftliche Instanz wird nun die Kommunikation gestört, verfälscht oder ganz zum Erliegen gebracht, was einen Bedarf an Pädagogik festigt.

Als eine mögliche Weiterführung dieser Thematik bietet sich daher der in dieser Arbeit nur gestreifte und noch nicht ausreichend behandelte Aspekt der „Knappheit“ an.

Dieser, wie der ökonomische Faktor oder der Aspekt der Globalisierung und Totalisierung politischer Systeme und des Krieges konnte hier nur unzureichend beantwortet werden. Das Aufwerfen dieser Thematik muss somit in einer folgenden Arbeit passieren, welche sich dann originär mit politischer Ökonomie und ihren systemtheoretischen sowie phänomenologischen Formen auseinanderzusetzen hat.

LITERATURVERZEICHNIS

Aristoteles: „Politik“, dtv, München, 1998.

Benjamin, Walter: „Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze“; Suhrkamp; Frankfurt/Main; 1998.

Derrida, Jacques: „Gesetzeskraft. Der mystische Urgrund der Autorität“; Suhrkamp; Frankfurt/Main; 1996.

Foucault, Michel: „In Verteidigung der Gesellschaft“; Suhrkamp; Frankfurt/Main 1999.

Girard, René: „Das Heilige und die Gewalt“; Fischer; Frankfurt/Main; 1999.

3. Auflage 1999. Ungekürzte Ausgabe des Fischer TB- Verlages vom April 1992.

Luhmann, Niklas: „Die Politik der Gesellschaft“; Suhrkamp; Frankfurt/Main, 2000.

Marx, Karl: „Das Kapital – Erster Band“, Karl Dietz Verlag; Berlin; 2001.

36. Auflage 2001. Unveränderter Nachdruck der 11. Auflage 1962.

„Das Kapital – Dritter Band“, Karl Dietz Verlag, Berlin, 2003.

15. Auflage 2003. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1964.

Von Clausewitz, Carl: „Vom Kriege“, Ullstein, München, 2003.